



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK  
EUROSYSTEM

# STATISTIKEN

Daten & Analysen

Stabilität und Sicherheit.

Q2/17

Die Quartalspublikation *Statistiken – Daten & Analysen* fokussiert ihre Berichte auf die österreichischen Finanzinstitutionen, Finanzströme und Außenwirtschaft.

**Medieninhaberin und  
Herausgeberin** Oesterreichische Nationalbank  
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien  
Postfach 61, 1011 Wien  
www.oenb.at  
statistik.hotline@oenb.at  
Tel. (+43-1) 40420-5555  
Fax (+43-1) 40420-04-5499

**Schriftleitung** Johannes Turner, Gerhard Winkler, Michael Pfeiffer

**Koordination** Patrick Thienel

**Redaktion** Brigitte Alizadeh-Gruber

**Grafische Gestaltung** Abteilung Informationsmanagement und Services

**Layout und Satz** Sylvia Dalcher, Walter Grosser

**Druck und Herstellung** Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

**DVR 0031577**

**ISSN 2310-5364 (Online)**

© Oesterreichische Nationalbank, 2017. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/028/024



# Inhalt

## Editorial

### Kurzbericht

Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der Kreditinstitute 2016 – Leichter Rückgang des konsolidierten Jahresergebnisses	8
---	---

*Birgit Hebesberger, Stefan Kinschner*

Stabile Datengrundlage und Steigerung der Stammdatenqualität durch Standardisierte Stammdaten-Meldung	11
--	----

*Klaus Bernhard*

### Analysen

Executive Summaries/Übersicht	14
-------------------------------	----

Private sichern sich längerfristig historisch geringe Kreditzinssätze – Kredite, Einlagen und Zinssätze österreichischer Banken	16
--	----

*Patrick Thienel*

Privater Sektor setzt 2016 trotz Niedrigzinsphase vermehrt auf Bankeinlagen	22
---	----

*Stefan Wiesinger, Erza Aruqaj*

Österreichs Zahlungsbilanz 2016	28
---------------------------------	----

*Thomas Cernohous, Bianca Ullly, Patricia Walter*

Die Rolle der Anleihe am österreichischen Finanzmarkt – Finanzierungs- und Veranlagungsgeschehen im internationalen Vergleich	40
--	----

*Andrea Fenzal, Matthias Fuchs, Bianca Ullly*

Die österreichischen Einlagensicherungssysteme und die Verwendung ihrer Mittel	46
--	----

*Birgit Hebesberger*

Kreditnachfrage erneut gestiegen – Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom April 2017	54
---	----

*Gerald Hubmann*

Daten	
Tabellenübersicht	66
1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	67
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	68
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	69
4 Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	70
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	71
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	72
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	73
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	74
9 Sonstige Finanzintermediäre	75
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	76
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	77
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	78
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	79
14 Direktinvestitionen	80

# Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Wie gewohnt beschäftigt sich der einleitende Artikel des vorliegenden Statistiken-Heftes mit den wichtigsten Entwicklungen bei den österreichischen Finanzinstituten. Patrick Thienel fokussiert diesmal – als Rückblick auf die OeNB-Pressekonferenz vom 22. März 2017 – auf das Jahr 2016, das vor allem von historisch niedrigen Kundenzinssätzen geprägt war. Auf der Kreditseite reagierten die Kunden darauf, indem sie sich mit längerfristig fixierten Zinssätzen das günstige Niveau sicherten. Das Einlagenvolumen stieg trotz geringer Einlagenzinssätze auch im Jahr 2016. In noch größerem Umfang als bisher wurde in täglich fälligen Einlagen veranlagt, was nicht zuletzt auf den sinkenden Zinsvorteil von längerfristig gebundenen Einlagen zurückzuführen ist.

Stefan Wiesinger und Erza Aruqaj analysieren die Entwicklung des Geldvermögens und die Finanzierung des privaten Sektors in Österreich im Jahr 2016. Dass sowohl private Haushalte als auch Unternehmen trotz Niedrigzinsphase der klassischen Bankeinlage vermehrt ihr Vertrauen schenken, wird auch hier ersichtlich. Das in der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung enthaltene Finanzvermögen privater Haushalte belief sich im Jahr 2016 auf 625,2 Mrd EUR.

Im Zusammenhang mit der OeNB-Zahlungsbilanz-Pressekonferenz vom 4. Mai 2017 wirft der Beitrag von Thomas Cernohous, Bianca Ullly und Patricia Walter einen eingehenden Blick auf Österreichs Außenwirtschaft 2016 und analysiert unter anderem die Zusammensetzung der Leistungs- und Kapitalbilanz. Zudem ermöglicht der Zugang zu neuen Datenquellen Einblicke in die Regionalgliederung ausländischer Investoren.

Birgit Hebesberger gibt in ihrem Beitrag einen Überblick über die österreichischen Einlagensicherungssysteme und ihre Mittelverwendung. Hintergrund dafür ist, dass seit dem 1. Quartal 2016 Daten zu gesicherten Einlagen und Wertpapierdienstleistungen erhoben werden, um eine Beurteilung und Überwachung der gesetzlichen Vorgaben im Zusammenhang mit der österreichischen Einlagensicherung durchführen zu können.

Matthias Fuchs, Andrea Fenzal und Bianca Ullly untersuchen die Rolle der Anleihen am österreichischen Finanzmarkt. Trotz der historisch stark etablierten Kreditorientierung des österreichischen Finanzwesens spielen Instrumente des Kapitalmarkts – insbesondere Anleihen – in der Veranlagung und der Finanzierung der österreichischen Volkswirtschaft eine wichtige Rolle. Ein weiterer Fokus liegt auf der Untersuchung der Auswirkungen der jüngsten Wirtschafts-, Finanz- und Fiskalkrise auf das Emissionsgeschäft im Hinblick auf das Nachfrageverhalten der Anleger sowie die Finanzierungsbedingungen.

Die aktuellsten Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft werden Ihnen wieder von Gerald Hubmann präsentiert. Sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite der Kreditvergabe wie auch die Refinanzierungssituation werden näher beleuchtet.

Zwei Kurzbericht sowie eine Kurzauswahl von 14 Tabellen ergänzen das vorliegende Heft. Auf unserer Website steht Ihnen unter <http://statistik.oenb.at> ein umfassendes Datenangebot zur Verfügung. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auf folgende Links aufmerksam machen:

Standardisierte Tabellen: <http://www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html>

Benutzerdefinierte Tabellen:

<http://www.oenb.at/isaweb/dynal.do?lang=DE&go=initHierarchie>

Veröffentlichungskalender: <http://www.oenb.at/isaweb/releasehierarchie.do?lang=DE>

Seit November 2011 steht Ihnen das umfangreiche OeNB-Statistikangebot für Smartphones und Tablets kostenlos mobil nutzbar zur Verfügung. Die App wird auf der OeNB-Website unter <http://app.oenb.at> präsentiert.

Sollten Sie Fragen zum Datenangebot der OeNB haben, wenden Sie sich bitte an unsere Statistik-Hotline, +43-1-40420-5555 oder [statistik.hotline@oenb.at](mailto:statistik.hotline@oenb.at).

Wenn Sie per E-Mail über Neuerscheinungen informiert werden möchten, bitten wir Sie, sich unter [www.oenb.at/Service/Newsletter.html](http://www.oenb.at/Service/Newsletter.html) zu registrieren.

Johannes Turner  
Gerhard Winkler  
Michael Pfeiffer



# Kurzbericht

# Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der Kreditinstitute 2016 – Leichter Rückgang des konsolidierten Jahresergebnisses

Birgit Hebesberger,  
Stefan Kinschner<sup>1</sup>

Das konsolidierte Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen von allen in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten wurde im Jahr 2016 mit insgesamt 4,8 Mrd EUR angegeben. Dies entspricht einem Rückgang um 359 Mio EUR im Vergleich zum Jahr 2015 (5,2 Mrd EUR).

Die Bilanzsumme aller in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute betrug zum 31. Dezember 2016 946,3 Mrd EUR und lag damit um 109,7 Mrd EUR unter dem Vergleichswert zum 31. Dezember 2015.

Aufgrund der Abspaltung eines wesentlichen Teilgeschäftsbereichs einer Großbank und der damit zusammenhängenden geänderten Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung sind einzelne Aufwands- und Ertragspositionen im Jahresergebnis nur stark eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die hier angeführten prozentuellen Veränderungen beziehen sich deshalb auf eine um diese Großbank bereinigte Datenbasis. Das ausgewiesene Jahresergebnis (4,8 Mrd EUR) bleibt davon jedoch unberührt. Auf Basis der derzeit vorliegenden Zahlen ist ersichtlich, dass das Jahresergebnis 2016 durch die Abspaltung um rund 1,1 Mrd EUR geringer ausfallen würde. Die Bilanzsumme per 31. Dezember 2016 wies aufgrund der vor dem Bilanzstichtag vollzogenen Abspaltung bereits einen um rund 100 Mrd EUR geringeren Wert aus.

## Entwicklung des bereinigten konsolidierten Jahresergebnisses im Detail

Im Jahr 2016 lagen die bereinigten Betriebserträge (ohne Risikovorsorgen) der österreichischen Kreditinstitute um 4% unter dem Vorjahreswert. Starke Veränderungen gab es vor allem beim Nettozinsergebnis, das als wichtigste Ertragskomponente der österreichischen Kreditinstitute einen Rückgang um 3% verzeichnete. Negativ auf die Betriebserträge wirkten sich zudem das um 2% gesunkene Provisionsergebnis, die um 32% geringeren Dividenden und Beteiligungserträge (UGB) sowie das deutlich gesunkene sonstige betriebliche Ergebnis aus. Einen leichten Anstieg verzeichnete hingegen der um 8% verbesserte Handelserfolg<sup>2</sup>.

Das bereinigte konsolidierte Betriebsergebnis (ohne Risikovorsorgen) wies einen Rückgang um 16% aus. Dies ist vor allem auf die um 16% gestiegenen Abschreibungen<sup>3</sup> von Vermögenswerten zurückzuführen. Zudem wurden um 1% höhere Verwaltungsaufwendungen verbucht, wobei den gestiegenen Personalaufwendungen geringere Sachaufwendungen gegenüberstehen. Insgesamt konnte das bereinigte konsolidierte Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen um 8% verbessert werden.

Dass es trotz des gesunkenen Betriebsergebnisses zu einem Anstieg des konsolidierten Periodenergebnisses nach

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, Birgit.Hebesberger@oenb.at, Stefan.Kinschner@oenb.at

<sup>2</sup> Handelserfolg: Handelsergebnis und sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP, zuzüglich sonstiger realisierter Gewinne bzw. Verluste aus Finanzgeschäften.

<sup>3</sup> Diese Position beinhaltet Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inkl. Firmenwerte), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und Beteiligungen.



Tabelle 1

## Konsolidierte Ertragslage der Bankkonzerne und Einzelinstitute

	2016	2015	Differenz		Differenz bereinigt <sup>3</sup>
	in Mio EUR		absolut	in %	
Zinsergebnis	14.713	18.375	-3.662	-20	-3
+ Provisionsergebnis	6.567	7.727	-1.160	-15	-2
+ Handelserfolg <sup>1</sup>	1.240	1.532	-292	-19	8
+ Dividenderträge, Erträge aus Beteiligungen (nur UGB)	435	638	-203	-32	-32
+ Sonstiges betriebliches Ergebnis	-310	-125	-185	-148	-105
= Betriebserträge netto	22.645	28.146	-5.501	-20	-4
- Verwaltungsaufwendungen	14.568	15.763	-1.195	-8	1
- Abschreibungen von immateriellen und materiellen Vermögen, Wertminderungen nichtfinanzieller Vermögenswerte und Beteiligungen	2.111	1.904	207	11	16
= Betriebsergebnis	5.966	10.479	-4.513	-43	-16
- Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	1.005	3.978	-2.973	-75	-63
- Sonstige Rückstellungen <sup>2</sup>	274	486	-212	-44	-53
- Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen	-64	109	-173	-159	-188
+ Sonstiger Saldo in Summe	834	1.976	-1.142	-58	-57
= Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	5.584	7.882	-2.298	-29	-2
- Ertragssteuern	1.252	1.281	-29	-2	8
+ Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen <sup>2</sup>	1.169	-669	1.838	275	111
- Minderheitenanteile <sup>2</sup>	683	754	-71	-9	-30
= Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	4.819	5.178	-359	-7	8

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Handelsergebnis + sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und GAAP FINREP + sonstige realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften.

<sup>2</sup> Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach IFRS erhoben.

<sup>3</sup> Bereinigte Darstellung ohne jene Großbank, die aufgrund ihrer geänderten Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung (Abspaltung Teilgeschäftsbereich) zu wesentlichen Verzerrungen im Vergleich der Jahresergebnisse führt.

Anmerkung: Datenstand: Presseaussendung vom 11. April 2017.

Steuern kam, ist vor allem auf die um 63 % gesunkenen Risikovorsorgen im Kreditgeschäft zurückzuführen. In diesem Zusammenhang konnten insbesondere zwei Großbanken ihre Risikovorsorgen im Kreditgeschäft vor allem in Zentral- und Osteuropa reduzieren bzw. wesentliche Erträge aus dem Eingang von bereits abgeschrieben Forderungen verbuchen. Ergebnisverbessernd wirkten sich auch das stark verbesserte Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen sowie das um 30 % geringere, den Minderheiten zuzurechnende Jahresergebnis aus.

### Entwicklung der bereinigten konsolidierten Vermögenslage im Detail

Die bereinigte Bilanzsumme aller in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute lag zum 31. Dezember 2016 um 0,5 % über dem Wert des Vorjahrs. Aktivseitig gab es die größten absoluten Anstiege beim Kassenbestand und den Guthaben bei Zentralbanken (+18 %) und bei den Krediten und Forderungen gegenüber Nichtbanken (+2 %). Größere Rückgänge wurden hingegen bei den Krediten und Forderungen gegenüber Kreditinstituten (-7 %) und den mate-

riellen Vermögenswerten einschließlich der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte (–25%) verzeichnet.

Passivseitig gab es die größten absoluten Anstiege bei den Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken (+6%) und beim Eigenkapital samt Fremdanteilen

(+8%). Wesentliche Rückgänge wurden bei den Schuldverschreibungen und anderen finanziellen Verbindlichkeiten (–8%), den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (–7%) und den zur Veräußerung gehaltenen Verbindlichkeiten (–100%) verzeichnet.

# Stabile Datengrundlage und Steigerung der Stammdatenqualität durch Standardisierte Stammdaten-Meldung

Klaus Bernhard<sup>1</sup>

Mit den standardisierten Stammdaten (SSD) wurden die OeNB-Stammdaten im österreichischen Bankensektor verankert. Sie haben dadurch erheblich an Bedeutung gewonnen. Der regelmäßige Abgleich von OeNB-Stammdaten mit Daten der Melder verbessert die Datenqualität sowohl in den „Kernbankensystemen“ als auch im OeNB-Stammdatensystem OBServ. Zusätzlich können Falschzuordnungen von OeNB-Identnummern in Meldersystemen geortet und in der Folge auch korrigiert werden. Mithilfe der SSD wird eine Harmonisierung der Stammdaten in der österreichischen Kreditwirtschaft erreicht und die Qualität von OeNB-Statistiken gehoben. Die Verwendung einheitlicher Klassifikationsdaten schafft

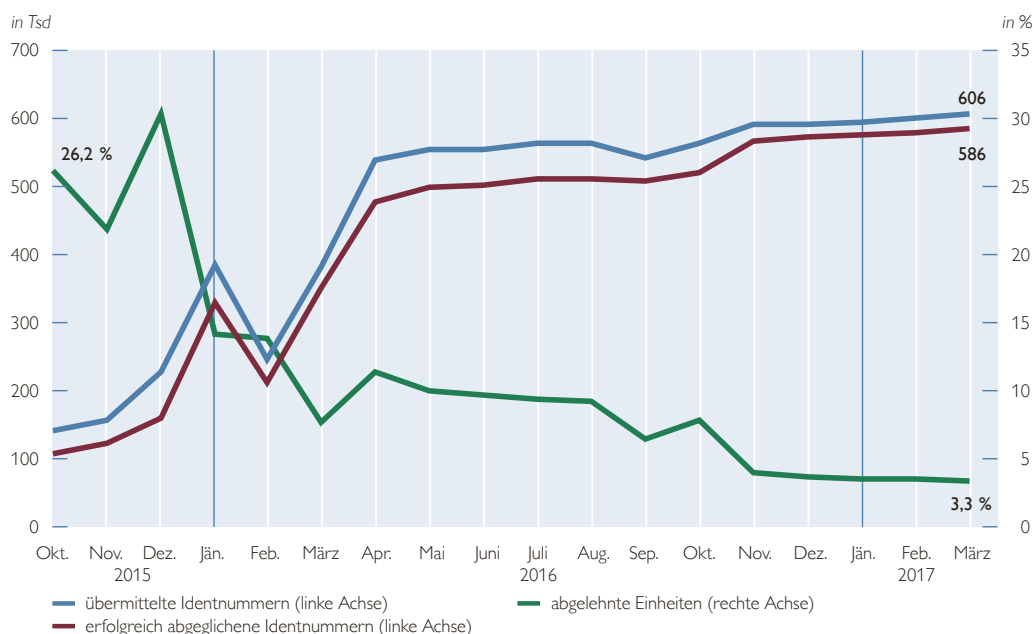
eine konsistente und stabile Datengrundlage. Der direkte Bezug der Klassifikationsdaten garantiert eine solide Basis für das sogenannte „gemeinsame Datenmodell“.

## Fortschritt seit Produktivsetzung

Seit der Produktivsetzung der SSD im Oktober 2015 erhöhte sich die Anzahl der gelieferten und abgeglichenen Einheiten von 141.620 OeNB-Identnummern in der ersten Meldeperiode auf 606.087 in der Meldeperiode März 2017. Positiv entwickelte sich auch die Anzahl der identifizierten (ohne Fehler abgeglichenen) Einheiten. War der Abgleich in der ersten Meldeperiode bei 73,8% der Einheiten erfolgreich, so waren es in der Meldeperiode März 2017 bereits 96,7%. In absoluten Zah-

Grafik 1

### Positive Entwicklung der SSD



Quelle: OBServ.

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Informationssysteme und Datenmanagement, klaus.bernhard@oenb.at

len wurden in dieser Meldeperiode 585.967 von 606.087 übermittelten Einheiten identifiziert. Hauptsächlich aufgrund von Datenunterschieden oder nicht übermittelten Mussfeldern wurden im März 2017 20.120 Einheiten abgelehnt. Dies entspricht einer Fehlerquote von 3,3% oder durchschnittlich 38,5 abgelehnten Einheiten pro Melder.

Grafik 1 verdeutlicht den Anstieg der übermittelten Einheiten, die Steigerung der erfolgreich identifizierten Einheiten und den Rückgang der abgelehnten Einheiten. Der Rückgang der Fehlerquote erklärt sich einerseits daraus, dass einige Melder technische Fehler bei der SSD-File-Erstellung beheben, und andererseits aus der Tatsache, dass die Stammdaten im österreichischen Bankensektor mittlerweile einheitlicher sind als im Jahr 2015.

Der kurzfristige, aber auffallend starke Rückgang der Anzahl der geschickten und erfolgreich abgeglichenen Identnummern im Februar 2016 ist auf einen kurzfristigen Rückgang bei den Meldungen des Sparkassensektors zurückzuführen.

### **Ausblick**

Aufgrund von Anforderungen der EZB im Zuge des AnaCredit-Projekts sind

im Jahr 2017 mehrere Erweiterungen bei der SSD-Meldung geplant. Ab Anfang des 3. Quartals 2017 werden die Melder den OeNACE-Code einschließlich eines Qualitätskennzeichens sowie das Kennzeichen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und die KMU-Attribute (Jahresumsatz, Mitarbeiterzahl, Bilanzsumme und den jeweiligen Stichtag der Daten) im SSD-Lieferfile an die OeNB ergänzen. Ist eine Einheit erfolgreich abgeglichen, können der OeNACE-Code und die KMU-Attribute im OeNB-Stammdatensystem OBServ gespeichert und anschließend an die EZB übermittelt werden.

Das Qualitätskennzeichen des OeNACE gibt Aufschluss über die Qualität der OeNACE-Einstufung (wie etwa über die Frage: Ist beim Kunden eine Risiko- oder Bilanzanalyse erfolgt oder wurde der OeNACE-Code lediglich nach Ermessenskriterien festgelegt?). Wenn mehrere Melder unterschiedliche OeNACE-Codes zu einer Einheit übermitteln, kann durch dieses Qualitätskennzeichen eine qualitativ höherwertige Klassifizierung bestimmt werden. Die standardisierten Stammdaten werden daher auch in Zukunft für die Qualität der OeNB-Statistiken einen wesentlichen Beitrag liefern.

Analysen

# Executive Summaries

## Retail borrowers secure themselves long-term benefits from historically low interest rates Kredite, Einlagen und Zinssätze österreichischer Banken

Reflecting the key interest rates of the European Central Bank (ECB), retail interest rates in Austria have been historically low. Borrowers have reacted by securing themselves long-term favorable conditions through low fixed rates – in

particular for housing loans. Despite low deposit interest rates, the volume of deposits continued to expand in 2016, with the share of overnight deposits also increasing, not least because of declining interest on longer-term deposits.

## Private sector increasingly preferred bank deposits in 2016 – despite low interest rates

Financial wealth and financing in Austria's private sector showed a mostly stable development in 2016. Despite low interest rates, both households and nonfinancial corporations showed an increasing preference for traditional bank deposits.

Households' deposits reached an all-time high of EUR 235.2 billion, while those of the corporate sector climbed to EUR 65.7 billion.

## Austria's balance of payments in 2016

Though global markets failed to provide any additional growth impulses, Austria's external sector performed well in 2016, producing a current account surplus on a par with previous years. Tourism – an increasingly decisive factor in the current account balance – contributed considerably to this successful result. As trade in goods only recorded a balanced result, business services did not make a strong contribution to exports. The net international investment position moved in parallel with

surpluses generated in the real economy. Within the functional categories of the financial account, there have been strong shifts, caused mainly by restructuring measures on the part of multinational groups and balance sheet restructuring carried out by domestic banks. Changes in the creditor structure of domestic government bonds also have affected the financial account. Furthermore, access to new data sources has made it possible to gain insights into the regional breakdown of foreign investors.

## The role of bonds in the Austrian financial market Financing and investment in an international comparison

In Austria's financial system, capital market instruments have always faced fierce competition from the dominant deposit and credit business. Nevertheless, bonds are an important financing instrument, especially for the Austrian government and banks. The recent economic, financial and fiscal crisis has markedly influenced investor demand and financing conditions, and thus banks' underwriting business. Although they

no longer carry the highest possible rating, Austrian government bonds have remained an attractive safe haven for international investors. Domestic banks, on the other hand, have adjusted their financing models to reflect the major changes that have occurred in the economic environment over the last years.

## Austria's deposit guarantee and investor compensation schemes and the use of their funds

For the purpose of monitoring compliance with legal requirements relating to Austria's deposit guarantee and investor compensation schemes, the OeNB started to collect data on guaranteed deposits and securities services in the context of

the VERA A1c asset statement in the first quarter of 2016. The following analysis provides an overview of Austria's deposit guarantee and investor compensation schemes and sheds light on how the funds of these protection schemes are used.

## Loan demand has increased further

The demand for loans to enterprises continued to increase in the first quarter of 2017. From the fourth quarter of 2016, the related survey results have clearly pointed to positive growth of demand – for the first time since 2007 – reflecting the current economic upturn. The demand for loans to households also improved slightly in the first quarter of 2017.

Banks further eased margins on average loans in corporate business in the first quarter of 2017. Otherwise, lending behavior remained largely unchanged. However, banks report that the current credit standards are tight in a long-term comparison since 2003 (the first year in which the euro area bank lending survey was conducted). Moreover, credit standards have tended to become tighter in the course of the last few years.

Austrian banks' access to refinancing has shown signs of a recovery since mid-2016. This development continued in the first quarter of 2017.

According to the survey participants, the Eurosystem's expanded asset purchase programme has had positive effects on their liquidity positions and their market financing conditions, and negative effects on their profitability (decrease in net interest margins). Improved liquidity positions are mainly attributable to an increase in customer deposits.

Banks reported an ongoing downward pressure on lending rates and, to an even greater extent, a strain on interest income due to the ECB's negative deposit facility rate.

## Private sichern sich längerfristig historisch niedrige Kreditzinssätze Kredite, Einlagen und Zinssätze österreichischer Banken

Der niedrige Leitzinssatz der Europäischen Zentralbank (EZB) sorgte in Österreich für historisch niedrige Kundenzinssätze. Kreditnehmende reagierten darauf, indem sie sich – insbesondere bei Wohnbaukrediten – langfristig günstige Konditionen bei niedrigen Fixzinssätzen sicherten. Trotz der

niedrigen Sparzinssätze stieg das Einlagenvolumen auch im Jahr 2016. In noch größerem Umfang als bisher wurde dabei in täglich fällige Einlagen veranlagt, nicht zuletzt aufgrund sinkender Zinsen bei längerfristig gebundenen Einlagen.

## Privater Sektor setzt 2016 trotz Niedrigzinsphase vermehrt auf Bankeinlagen

Die Entwicklung des Geldvermögens und der Finanzierung des privaten Sektors in Österreich zeigt für das Jahr 2016 ein weitgehend stabiles Bild. Sowohl private Haushalte als auch Unternehmen schenken trotz Niedrigzinsphase ihr Vertrauen vermehrt

der klassischen Bankeinlage. Dabei stiegen die Einlagen von Haushalten auf ein Rekordhoch von 235,2 Mrd EUR, jene des Unternehmenssektors auf 65,7 Mrd EUR.

## Österreichs Zahlungsbilanz 2016

Trotz des Ausbleibens zusätzlicher Wachstumsimpulse von den Weltmärkten konnte sich Österreichs Außenwirtschaft im Jahr 2016 behaupten und einen Leistungsbilanzüberschuss auf dem Niveau der Vorjahre erzielen. Ein entscheidender Erfolgsfaktor ist dabei zunehmend der Tourismus. Bei einem ausgeglichenen Gütersaldo konnten sich die unternehmensbezogenen Dienstleistungen nicht als starke Säule der Exportwirtschaft etablieren. Das Nettoauslandsvermögen entwickelte sich analog zu den Überschüssen aus der Realwirtschaft.

Innerhalb der funktionalen Kategorien der Kapitalbilanz gibt es starke Verschiebungen, verursacht vor allem durch Umstrukturierungen multinationaler Konzerne sowie durch Bilanzrestrukturierungen bei heimischen Banken. Verschiebungen in der Gläubigerstruktur inländischer Staatsanleihen beeinflussen die Kapitalbilanz. Zudem ermöglicht der Zugang zu neuen Datenquellen Einblicke in die Regionalgliederung ausländischer Investoren.

## Die Rolle der Anleihe am österreichischen Finanzmarkt

### Finanzierungs- und Veranlagungsgeschehen im internationalen Vergleich

Kapitalmarktinstrumente stehen innerhalb des österreichischen Finanzwesens traditionell in hartem Wettbewerb zum dominierenden Einlagen- und Kreditgeschäft. Dennoch stellen Anleihen vor allem für den Staat und die österreichischen Banken ein wichtiges Finanzierungsinstrument dar. Die jüngste Wirtschafts-, Finanz- und Fiskalkrise hat ihr Emissionsgeschäft im Hinblick auf

das Nachfrageverhalten der Anleger sowie die Finanzierungsbedingungen deutlich beeinflusst. Österreichische Staatsanleihen blieben ungeachtet des Verlusts der höchsten Bonitätsbewertung international ein sicherer und attraktiver Hafen. Heimische Banken passten ihr Finanzierungsmodell hingegen an das stark veränderte Wirtschaftsumfeld der vergangenen Jahre an.

## Die österreichischen Einlagensicherungssysteme und die Verwendung ihrer Mittel

Zur Beurteilung und Überwachung der gesetzlichen Vorgaben im Zusammenhang mit der österreichischen Einlagensicherung werden seit dem 1. Quartal 2016 Daten zu gesicherten Einlagen und Wertpapierdienstleistungen im Rahmen des

VERA A1c-Vermögensausweises erhoben. Die nachfolgende Analyse gibt einen Überblick über die österreichischen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssysteme sowie die Verwendung der Mittel dieser Sicherungseinrichtungen.

## Kreditnachfrage erneut gestiegen

Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten ist im ersten Quartal 2017 erneut gestiegen. Die diesbezüglichen Umfrageergebnisse weisen ab dem vierten Quartal 2016 erstmals seit 2007 eine eindeutig positive Entwicklungsrichtung auf. Diese Belegung ist vor dem Hintergrund einer stärker werdenden Konjunktur zu sehen. Auch im Privatkundengeschäft kam es im ersten Quartal 2017 zu einer leicht gestiegenen Nachfrage. Im Unternehmenskundengeschäft haben die Banken im ersten Quartal 2017 die Margen für durchschnittliche Kredite weiter gelockert. Ansonsten blieb das Kreditvergabeverhalten weitgehend unverändert. Es wird jedoch betont, dass sich die aktuellen Kreditrichtlinien im langfristigen Vergleich seit 2003, dem Jahr der ersten Umfrage, auf einem straffen – und in den letzten Jahren tendenziell straffer gewordenen – Niveau befinden.

Beim Zugang der Banken zu Refinanzierungsquellen setzte sich die insgesamt seit Mitte 2016 zu beobachtende Erholung im ersten Quartal 2017 fort.

Die Umfrageteilnehmer schreiben dem Ankaufprogramm des Eurosystems eine Verbesserung ihrer Liquiditätssituation und ihrer Finanzierungsbedingungen sowie eine Verschlechterung ihrer Ertragslage (gesunkene Nettozinsspannen) zu. Das Mehr an liquiden Mitteln stammt vor allem aus gestiegenen Kundeneinlagen.

Der negative Einlagenzinssatz äußert sich gemäß den Ergebnissen der Umfrage in einem anhaltenden Abwärtsdruck auf die Kreditzinsen und mehr noch in einer Belastung der Zinserträge der Banken.

# Private sichern sich längerfristig historisch niedrige Kreditzinssätze

## Kredite, Einlagen und Zinssätze österreichischer Banken

Patrick Thienel<sup>1</sup>

*Der niedrige Leitzinssatz der Europäischen Zentralbank (EZB) sorgte in Österreich für historisch niedrige Kundenzinssätze. Kreditnehmende reagierten darauf, indem sie sich – insbesondere bei Wohnbaukrediten – langfristig günstige Konditionen bei niedrigen Fixzinssätzen sicherten. Trotz der niedrigen Sparzinssätze stieg das Einlagenvolumen auch im Jahr 2016. In noch größerem Umfang als bisher wurde dabei in täglich fällige Einlagen veranlagt, nicht zuletzt aufgrund sinkender Zinsen bei längerfristig gebundenen Einlagen.*

### 1 Stagnation bei Einlagen- und Kreditzinssätzen

Die EZB-Leitzinssatzsenkung vom 10. März 2016 auf 0,0% ließ die Geldmarktzinssätze und die Kundenzinssätze auf neue Tiefststände fallen. Der 3-Monats-Euribor – ein wichtiger Referenzzinssatz bei neu vergebenen Krediten – reduzierte sich von –0,13% im Dezember 2015 auf –0,32% im Dezember 2016. Das hatte entsprechende Auswirkungen auf die Kredit- und Einlagenzinssätze nichtfinanzieller Unternehmen und privater Haushalte (in Summe betrachtet), die neue historische Tiefststände erreichten. Die entsprechenden durchschnittlichen Zinssätze neu verbogener Kredite bzw. Einlagen waren im Dezember 2016 bei 1,79% bzw. 0,33%. Damit gab es im Vergleich zu den Werten des Vorjahrs nur geringfügige Rückgänge (um 11 bzw. 8 Basispunkte).

Betrachtet man die Entwicklung der Zinssätze nach volkswirtschaftlichen Sektoren im internationalen Vergleich, so zeigt sich, dass sich die Zinssätze in den verschiedenen Euroraumländern annäherten und die Zinsdifferenzen reduzierten. Damit einhergehend verloren österreichische private Haushalte und Unternehmen sukzessive ihren Zinsvorteil gegenüber dem Euroraum.

Die Zinssätze für Kredite an private Haushalte gingen im Jahresvergleich in Österreich um 9 Basispunkte (BP) auf 2,24% zurück, während die Entwicklung im Euroraum-Durchschnitt mit –52 BP auf 2,33% deutlich dynamischer war. Der Zinsvorteil österreichischer privater Haushalte gegenüber dem Euroraum war somit kaum mehr gegeben und lag nur noch bei 9 BP.

Bei Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen hatte Österreich im Dezember 2016 keinen Zinsvorteil mehr; verantwortlich dafür waren vor allem Großkredite über 1 Mio EUR. Mit einem kapitalgewichteten Durchschnittzinssatz von 1,63% lag Österreich sogar geringfügig über dem Euroraum-Durchschnitt von 1,62%. Auch hier war im Euroraum eine stärkere Reduktion (–25 BP) als in Österreich (–14 BP) erkennbar, vor allem aufgrund stark rückläufiger Zinsniveaus in den Südländern.

### 2 Wohnbaukredite historisch günstig

Bei neu vergebenen Konsumkrediten lag der kapitalgewichtete Durchschnittzinssatz in Österreich (4,89%) im Dezember 2016 weiterhin unter dem Euroraum-Durchschnitt (5,38%). Im Wohnbaubereich hingegen – hinsichtlich

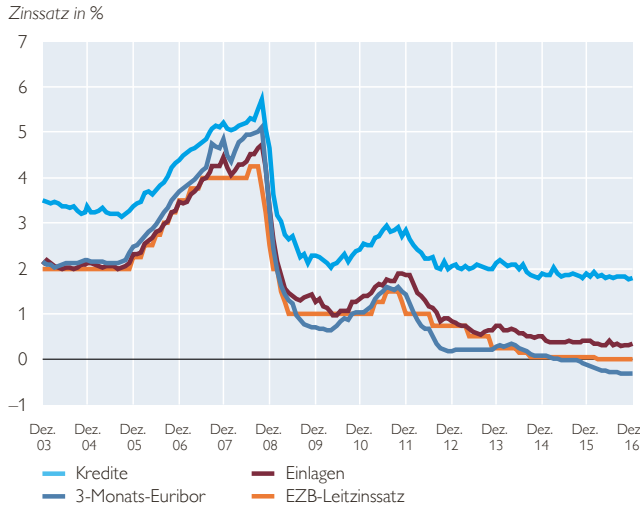
<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, patrick.thienel@oenb.at



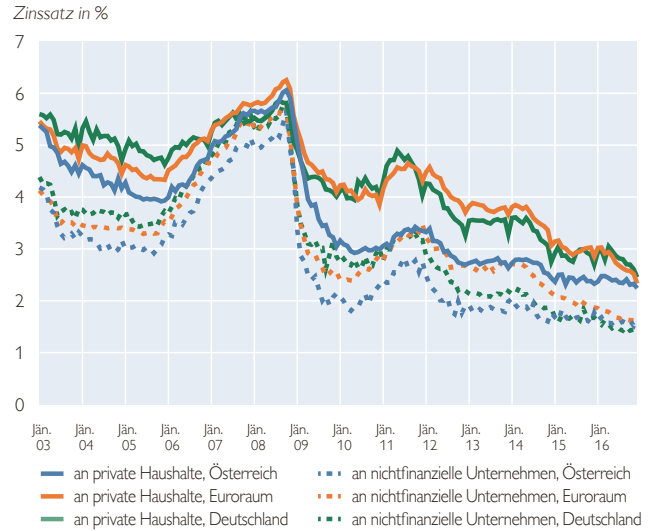
Grafik 1

**Zinssätze für das Einlagen- bzw. Kreditneugeschäft privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen**

**Zinssätze Kredite, Einlagen, Euribor, EZB**



**Zinssätze neu vergebener Kredite**



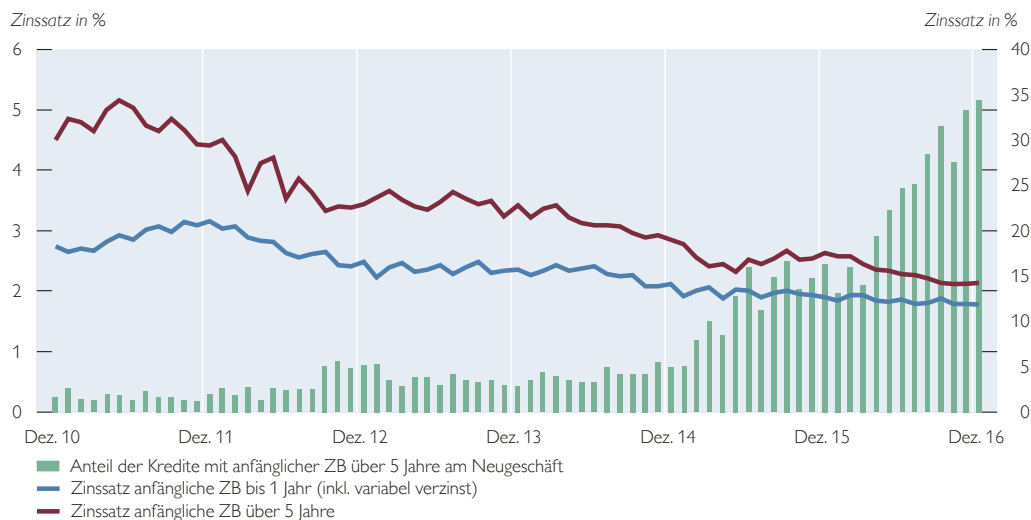
Quelle: OeNB, EZB.

Volumen der wichtigste Verwendungszweck privater Haushalte – verlor Österreich im Jahr 2016 seinen Zinsvorteil gegenüber dem Euroraum und lag mit einem Zinssatz von 1,86% (–15 BP) geringfügig über dem Vergleichswert des Euroraums (–50 BP auf

1,78%). Sowohl in Österreich als auch im Euroraum lagen die entsprechenden Zinssätze damit auf historisch niedrigem Niveau. Der geringere Rückgang beim Zinssatz neu vergebener Wohnbaukredite in Österreich war insbesondere auf eine Strukturveränderung im Neugeschäft

Grafik 2

**Neugeschäft Wohnbaukredite nach anfänglicher Zinsbindungsfrist in Österreich**



Quelle: OeNB.

(mehr fixzinsgebundene Kredite) zurückzuführen.

### 3 Trend zu Fixzinsbindung

Die Zinsdifferenz zwischen Krediten mit langfristig (über 5 Jahre) fixiertem Zinssatz und jenen mit anfänglicher Zinsbindung bis 1 Jahr (inklusive variabel verzinsten Kredite) hat sich in den letzten Jahren deutlich verringert. Im Dezember 2016 betrug der Zinssatz für neu vergebene Wohnbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung über 5 Jahre 2,14% und lag damit nur 37 BP über jenem mit anfänglicher Zinsbindung bis 1 Jahr (1,77%). Ende 2010 hatte die Zinsdifferenz noch 175 BP betragen.

Betrachtet man die Zusammensetzung der neu vergebenen Wohnbaukredite nach der anfänglichen Zinsbindungsfrist, so zeigt sich, dass sich in Österreich der Trend zu Kreditprodukten mit längeren Zinsbindungsfristen verfestigte. Der Anteil neu vergebener Wohnbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung über 5 Jahre stieg im Vergleich zu den Vorjahren (2015: 12%, 2014: 4%) deutlich an und erreichte im Dezember 2016 einen Wert von 35%. Neu vergebene Wohnbaukredite mit einer anfänglichen Zinsbindung bis 1 Jahr (inklusive variabel verzinsten Kredite) hatten im Dezember 2016 nur noch einen Anteil von 50% am gesamten Neugesäftsvolumen, der geringste Wert seit 2006. Österreich wies damit zwar weiterhin einen deutlichen Strukturunterschied zum Euroraum auf, wo zu einem überwiegenden Teil (79%) Kredite mit einer anfänglichen Zinsbindungsfrist von über 5 Jahren vergeben wurden, folgte aber dem langjährigen europäischen Trend. Hatten z. B. bei unserem deutschen Nachbarn im Jahr 2012 71% der vergebenen Wohnbaukredite eine anfängliche Zinsbindungsfrist von über 5 Jahren, so lag

damals der entsprechende Wert in Österreich bei 5%. Vier Jahre später ist der Wert für Deutschland um 10 Prozentpunkte, jener für Österreich um 30 Prozentpunkte gestiegen.

Aufgrund des in der Vergangenheit sehr hohen Anteils an variabel verzinsten Krediten schlugen sich die rückläufigen Geldmarktzinssätze in Österreich schneller auf den Bestandszinssatz durch als im Euroraum. Im Dezember 2016 lag der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz, den österreichische Haushalte auf ihre aushaftende Kreditschuld bezahlten, bei 2,47%, der Euroraum-Durchschnitt bei 3,09%.

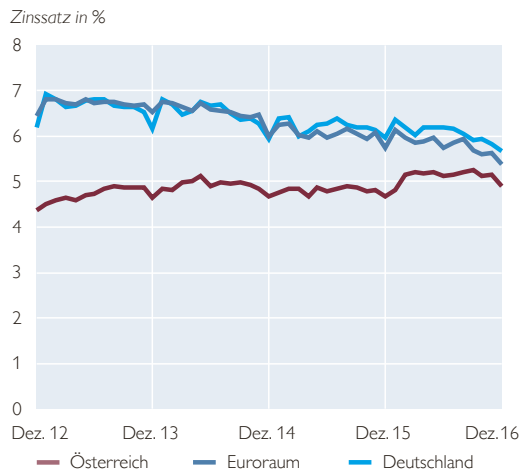
Die seit 2008 stark rückläufigen Bestandszinssätze reduzierten somit auch die von privaten Haushalten zu leistenden Zinszahlungen auf ihre Kreditschuld. Lag der Zinsaufwand privater Haushalte im 4. Quartal 2007 bei einem aushaftenden Gesamtvolumen von 121 Mrd EUR bei rund 1,7 Mrd EUR, so reduzierte er sich seither auf nur noch 0,9 Mrd EUR im 4. Quartal 2016. Dies ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil sich im selben Zeitraum das aushaftende Gesamtvolumen auf 153 Mrd EUR erhöhte. Bei einer durchschnittlichen Anzahl von 1,3 Mio verschuldeten Haushalten bedeutet das eine Reduktion der jährlichen Zinsbelastung pro verschuldetem Haushalt von rund 5.200 EUR im Jahr 2008 auf rund 2.800 EUR im Jahr 2016.

### 4 Wohnbaukredite treiben Kreditwachstum der Haushalte

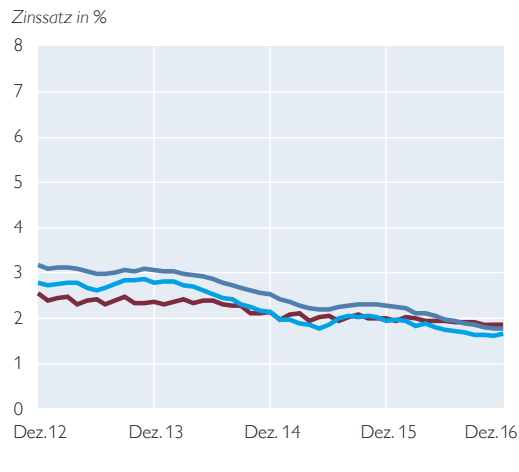
Das Jahreswachstum von Krediten an private Haushalte legte im Jahr 2016 in Österreich an Dynamik zu und wies im Dezember 3,2% auf. Damit lag das heimische Jahreswachstum 1,2 Prozentpunkte über dem Vergleichswert des Euroraums (2,0%), aber auch Deutschlands (2,8%).

## Zinssätze neu an private Haushalte vergebener Kredite

### Konsumkredite



### Wohnbaukredite



Quelle: OeNB, EZB.

Die dynamische Entwicklung in Österreich war fast ausschließlich auf die Ausweitung bei Wohnbaukrediten zurückzuführen, die im Jahresvergleich um 4,8% stiegen. Bei Konsumkrediten war die Entwicklung hingegen rückläufig (-2,3%). Bei sonstigen Krediten – der Großteil des Volumens sind Kredite an selbstständig Erwerbstätige – war mit 1,7% ebenfalls ein positives Kreditwachstum zu verzeichnen. Im Euroraum-Durchschnitt entwickelten sich neben Wohnbaukrediten (2,7%) auch Konsumkredite (3,9%) deutlich positiv. Sonstige Kredite waren im Jahr 2016 hingegen rückläufig (-1,4%).

## 5 Steigende Einlagen der privaten Haushalte

Trotz historisch niedriger Zinssätze und somit geringerer Erträge stieg das Volumen der Einlagen privater Haushalte auch im Jahr 2016 (+4,4% bzw. +9,9 Mrd EUR). Für den starken Einlagenzuwachs verantwortlich waren fast ausschließlich täglich fällige Einlagen, die sich um 15,7 Mrd EUR (+14,5%) ausweiteten. Zusätzlich wurden noch kurzfristige Einlagen mit Bindungsfrist

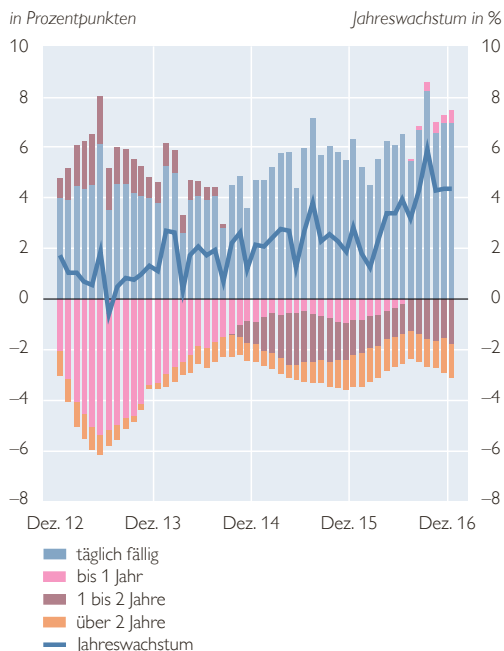
von einem Jahr im Ausmaß von +1,1 Mrd EUR bzw. 1,8% aufgebaut.

Aufgrund des weiter sinkenden Zinsvorteils für gebundene Einlagen reduzierten Private hingegen längerfristige Einlagen (Einlagen mit Bindungsfrist 1 bis 2 Jahre: -4,0 Mrd EUR bzw. -18,8%; Einlagen mit Bindungsfrist über 2 Jahre: -3,0 Mrd EUR bzw. -8,2%). Signifikante Investments in alternative Anlageprodukte gab es 2016 auch nicht. Einerseits kauften Private im Jahr 2016 Investmentfondsanteile im Ausmaß von 3,4 Mrd EUR, andererseits wurden Bank- bzw. Unternehmensanleihen im Ausmaß von 2,1 Mrd EUR abgebaut.

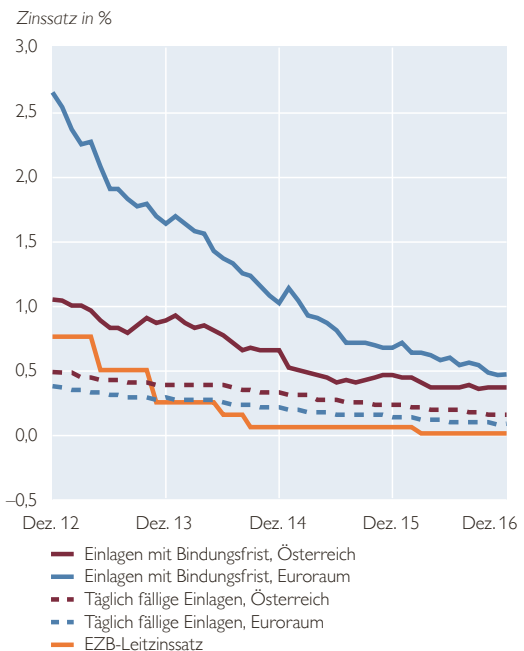
Der Zinssatz für Neueinlagen mit Bindungsfrist betrug im Dezember 2016 für private Haushalte durchschnittlich 0,36% und lag damit nur noch geringfügig unter dem Euroraum-Durchschnitt von 0,46%. Die über die letzten Jahre stark rückläufige Entwicklung der Einlagenzinssätze im Euroraum wurde von den südlichen Mitgliedsländern maßgeblich beeinflusst. Der Zinssatz für täglich fällige Einlagen lag in Österreich im Dezember 2016

## Einlagenwachstum bzw. Einlagenzinssätze privater Haushalte

### Beitrag der Laufzeiten zum Jahreswachstum



### Beitrag der Laufzeiten zum Jahreswachstum



Quelle: OeNB, EZB.

durchschnittlich bei 0,15% und damit deutlich unter der Inflationsrate.

## 6 Weiterhin Zinsvorteil für Klein- und Mittelbetriebe

Bei Krediten mit geringem Volumen (bis 1 Mio EUR), die in der Regel von kleinen und mittelgroßen Unternehmen in Anspruch genommen werden, kam es im Jahresvergleich zu einer rückläufigen Entwicklung der Zinssätze um 17 Basispunkte auf 1,85%. Somit weist Österreich in dieser Kategorie weiterhin einen Zinsvorteil gegenüber dem Euroraum (2,23%) und auch Deutschland (2,40%) auf.

Bei neu vergebenen Großkrediten über 1 Mio EUR konnten österreichische Unternehmen hingegen keinen Zinsvorteil mehr lukrieren. Der entsprechende Durchschnittzinssatz lag in Österreich mit 1,60% sogar über dem Euroraum-Durchschnitt (1,41%). Dieser wurde

bei Großkrediten über 1 Mio EUR insbesondere von Deutschland (mit einem Anteil von 35% in dieser Kategorie) mit einem Zinssatz von 1,37% beeinflusst.

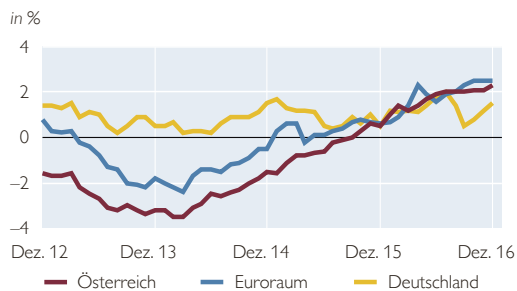
## 7 Weiterhin positives Kreditwachstum bei Unternehmen

Das Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen in Österreich lag mit 1,5% im Dezember 2016 noch unter dem Euroraum-Durchschnitt von 2,3%. Insbesondere kurzfristige Unternehmensfinanzierungen (Laufzeit bis 1 Jahr) dämpften das Kreditwachstum in Österreich und gingen um 6,4% zurück. Langfristige Unternehmenskredite hingegen beeinflussten das Kreditwachstum bei Unternehmen weiterhin positiv. So stiegen Kredite mit einer Ursprungslaufzeit von 1 bis 5 Jahren im Dezember 2016 um 5,3%, jene mit Ursprungslaufzeit von über 5 Jahren

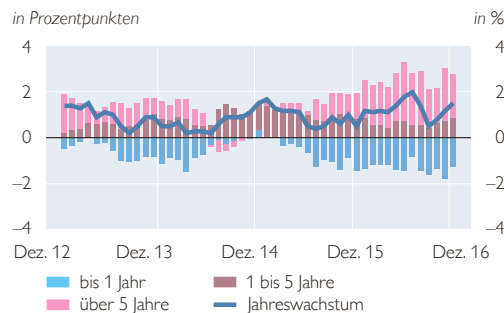
Grafik 5

## Jahreswachstum von Unternehmenskrediten

### Jahreswachstum



### Beitrag der Komponenten zum Kreditwachstum in Österreich



Quelle: OeNB, EZB.

um 2,9%. Insgesamt wiesen nichtfinanzielle Unternehmen in Österreich ein aushaftendes Kreditvolumen bei inländischen Banken in Höhe von 137 Mrd EUR auf.

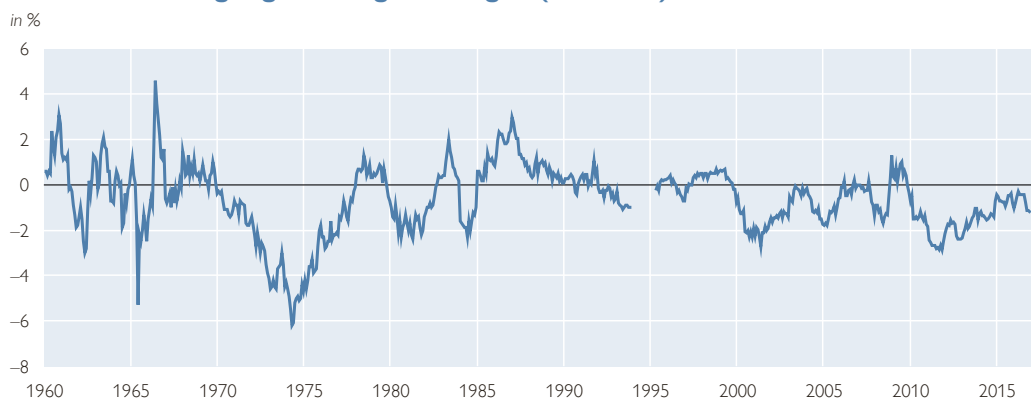
Ein Grund für die rückläufigen kurzfristigen Finanzierungen dürften die hohen Einlagenbestände österreichischer Unternehmen sein. Im Jahresvergleich stiegen sie um 11,9% bzw. 6,5 Mrd EUR und erreichten im Dezember 2016 erstmals die 60-Mrd-EUR-Marke. Zahlreiche österreichische Unternehmen waren demnach mit ausreichender Liquidität ausgestattet, was die Nachfrage nach Unternehmenskrediten dämpfte.

## 8 Negativer Realzinssatz kein neues Phänomen

Die zu Jahresende höhere Inflationsrate (Dezember 2016, VPI: 1,4%) führte zu einem spürbar negativen Realzinssatz. Dieses Phänomen war jedoch auch schon in der Vergangenheit über längere Zeiträume zu beobachten. Negative Nominalzinssätze auf Einlagen waren in Österreich auch bei Unternehmen 2016 im Aggregat nicht zu beobachten. In Deutschland und den Niederlanden wurden im Dezember 2016 bei täglich fälligen Unternehmenseinlagen hingegen schon negative Nominalzinssätze gemeldet (-0,0004% und -0,02%).

Grafik 6

## Reale Verzinsung täglich fälliger Einlagen (vor KEST)



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis Dezember 1993 Spareinlagen zum Eckzinssatz, ab April 1995 täglich fällige Spareinlagen, Jänner 1994 bis März 1995: keine Daten verfügbar. Die Zinssätze beziehen sich jeweils auf das Neugeschäft. Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (VPI66), gesamt, 1966=100.

# Privater Sektor setzt 2016 trotz Niedrigzinsphase vermehrt auf Bankeinlagen

Stefan Wiesinger,  
Erza Aruqaj<sup>1</sup>

Die Entwicklung des Geldvermögens und der Finanzierung des privaten Sektors<sup>2</sup> in Österreich zeigt für das Jahr 2016 ein weitgehend stabiles Bild. Sowohl private Haushalte als auch Unternehmen schenken trotz Niedrigzinsphase ihr Vertrauen vermehrt der klassischen Bankeinlage. Dabei stiegen die Einlagen von Haushalten auf ein Rekordhoch von 235,2 Mrd EUR, jene des Unternehmenssektors auf 65,7 Mrd EUR.

## Haushalte

Im Jahr 2016 hatten private Haushalte ein netto verfügbares Einkommen in Höhe von 199 Mrd EUR, das bedeutet eine nominelle Steigerung um 3,6% (2015: 192 Mrd EUR). Unter Berücksichtigung der Inflation stiegen die Einkommen real um 2,3%. Dieses Mehr an finanziellen Mitteln zeigte sich einerseits im wachsenden Konsum österreichischer Haushalte (+2,8% im Vergleich zum Vorjahr) als auch in einer im Jahresvergleich hohen Sparquote von 8,2%<sup>3</sup>. Im Vergleich dazu lag die Sparquote laut Statistik Austria im Jahr

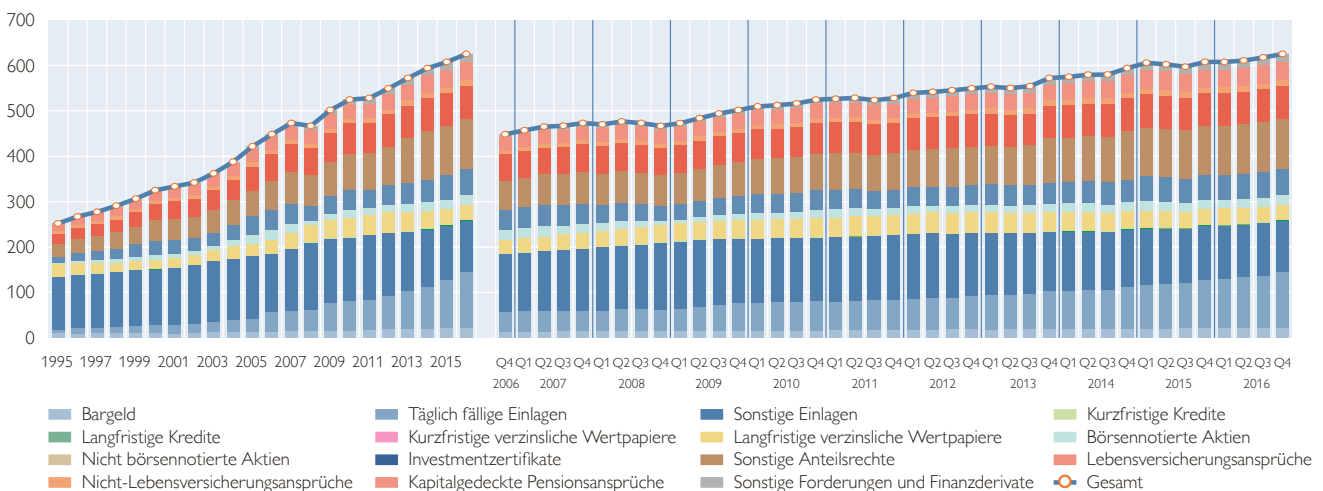
2015 bei 7,3% und in den Jahren 2013 bis 2014 bei je 7%.

Das Einkommenswachstum spiegelt sich auch in den Daten der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung (GFR) der OeNB wider. Das in der GFR enthaltene Finanzvermögen privater Haushalte betrug im Jahr 2016 625,2 Mrd EUR. Verglichen mit dem Vorjahrswert 2015 (608 Mrd EUR) bedeutet dies ein Plus von 2,8%. Das Geldvermögen in Summe zeigt einen jährlichen Zuwachs, wobei am aktuellen Rand die täglich fälligen Einlagen dominierend waren.

Grafik 1

## Geldvermögen der Haushalte in Österreich

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, Stefan.Wiesinger@oenb.at und Erza.Aruqaj@oenb.at

<sup>2</sup> In der Analyse werden Organisationen ohne Erwerbzweck, die auch dem privaten Sektor angehören, auf Grund ihres geringen Volumens ausgenommen.

<sup>3</sup> Quelle: Statistik Austria.

Wie Grafik 1 zeigt, sind die Hauptkomponenten des Geldvermögens österreichischer Haushalte trotz langjähriger Niedrigzinsphase täglich fällige Bankeinlagen (rund 19,8%) und langfristig gebundene Einlagen (rund 17,8%); gemeinsam machen sie 37,6% des Gesamtvermögens aus. Der zweite Teil des zinstragenden Geldvermögens, verzinsliche Wertpapiere, stellt mit 34,3 Mrd EUR einen vergleichsweise kleinen Anteil (5,5%) dar. Lebensversicherungsansprüche, Nicht-Lebensversicherungsansprüche und kapitalgedeckte Pensionsansprüche machten 20,2% des Gesamtvermögens österreichischer Haushalte aus. Mit einem Volumen von 110,8 Mrd EUR hatten Aktien, Anleihen und Investmentzertifikate 2016 einen Anteil von knapp 18% am Geldvermögen. Auf die sonstigen Anteilsrechte entfielen rund 17,6% des Gesamtvermögens.

Ist die Einlage als Anlageform weiterhin sehr beliebt, so zeigen sich die Auswirkungen des niedrigen Zinsniveaus vor allem in der Wahl der Laufzeiten. Der Zinssatz für Einlagen mit Bindungsfrist lag im Dezember 2016 für Haushalte bei durchschnittlich 0,36%, jener für täglich fällige Einlagen bei 0,15%. Dieser geringe Anreiz für die Bindung von Einlagen führte zu einem Umschichtungseffekt. Während vor der Finanzkrise (2007) noch zwei Drittel der Bankeinlagen langfristig gebunden waren, sank dieses Verhältnis 2016 erstmals unter 50% (111,3 Mrd EUR). Private Haushalte schichteten ihre Bankeinlagen langsam aber stetig ins täglich fällige Segment um. Der Gesamtwert aller täglich fälligen Einlagen erreichte im Jahr 2016 insgesamt 123,9 Mrd EUR. Im Jahr 2016 wurden in Summe 16,2 Mrd EUR in täglich fällige Einlagen investiert, während 5,7 Mrd EUR aus gebundenen Einlagen abgezogen wurden.

Die verzinslichen Wertpapiere spielten im Vergleich zu den Einlagen eine weitaus geringere Rolle im Geldvermögen der privaten Haushalte. Knapp 34,3 Mrd EUR des Finanzvermögens war mit Ultimo 2016 in dieser Anlageform investiert. Während 2012 noch knapp 7,7% im Anlagemix privater Haushalte verzinsliche Wertpapiere waren, nahm dieser Anteil über die Jahre bis auf 5,5% (2016) kontinuierlich ab. Private Haushalte reduzierten ihre Veranlagung in verzinslichen Wertpapieren ab 2012. Im Berichtsjahr (2016) wurden somit 2,5 Mrd EUR desinvestiert. Davon entfielen 1,6 Mrd EUR auf inländische Bankanleihen. Diese abnehmende Nachfrage steht unter anderem im Zusammenhang mit der anhaltenden Tilgungspolitik des Bankensektors, wodurch sich das Angebot an Bankemissionen reduzierte.

Das durch die Veräußerung von verzinslichen Wertpapieren freigewordene Kapital wurde von österreichischen Haushalten hauptsächlich in Investmentzertifikaten angelegt. Diese Anlageform wurde in den letzten Jahren immer beliebter, was sich 2016 in einem Anteil von 8,8% (55 Mrd EUR) widerspiegelt. Verglichen mit dem Wert aus dem Vorjahr (51,3 Mrd EUR) bedeutet dies ein Wachstum von 7,3%. Diese Steigerung wurde hauptsächlich durch Nettokäufe in der Größenordnung von rund 3 Mrd EUR getrieben, wovon die Hälfte Zertifikate inländischer Fonds (vor allem in Form von gemischten und Immobilien-Fonds) waren. Darüber hinaus war auch die positive Preisentwicklung am Wertpapiermarkt ein Einflussfaktor. Dadurch wurde der Wert des Investmentzertifikate-Portfolios österreichischer Haushalte um weitere 0,7 Mrd EUR erhöht. Diese Entwicklung liegt allerdings knapp unter dem 5-Jahres-Durchschnitt (0,8 Mrd EUR) des marktpreis-



bedingten Wachstums von Investmentzertifikaten.

Die positiven Preiseffekte auf den Wertpapiermärkten sorgten auch bei den im Besitz österreichischer Haushalte befindlichen Aktien<sup>4</sup> für Kursgewinne. Aktien machten 2016 mit 24,4 Mrd EUR nur etwa die Hälfte des Volumens von Investmentzertifikaten im Finanzanlagevermögen der Haushalte aus. Auch die Nettokäufe von Aktien waren im Vergleich zu den Investmentzertifikaten mit 0,4 Mrd EUR relativ gering. Dennoch wuchs das Geldvermögen der Haushalte bei Aktien aufgrund von Kursgewinnen im Jahr 2016 um 1,5 Mrd EUR. Im 5-Jahres-Durchschnitt (1,4 Mrd EUR) war das Jahr 2016 somit ein weiteres lukratives Jahr für Aktienanleger im Haushaltssektor.

Strategische Beteiligungen in Form von sonstigen Anteilsrechten machten mit 110,3 Mrd EUR 17,6% des gesamten Finanzvermögens privater Haushalte aus. Verglichen mit dem Wert im Jahr 2015 (108,2 Mrd EUR) bedeutet dies ein Wachstum von 1,9%. Darin sind vor allem die Beteiligungen an nichtfinanziellen kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) mit einem Schwerpunkt in den Branchen Grundstücks- und Wohnungswesen, Handel und finanzielle sowie freiberufliche Dienstleistungen im Ausmaß von rund 49,8 Mrd EUR und imputierte<sup>5</sup> Beteiligungen als Begünstigte von Privatstiftungen in Höhe von 58,4 Mrd EUR enthalten.<sup>6</sup>

Private Haushalte hatten zum Ultimo 2016 Ansprüche aus Lebens-

versicherungen und kapitalgedeckte Pensionsansprüche als zweite und dritte Säule der privaten Vorsorge in Höhe von 113,2 Mrd EUR. Verglichen mit dem Vorjahr (2015: 112,9 Mrd EUR) bedeutet dies ein Wachstum von 0,3%. Zwei Drittel davon entfielen auf Lebensversicherungen. Auf Grund des Überhangs von Auszahlungen gegenüber Einzahlungen sanken die Lebensversicherungsansprüche der Haushalte 2016 um 0,8 Mrd EUR. Nicht-Lebensversicherungsansprüche machten mit 2% (12,3 Mrd EUR) nur einen kleinen Anteil am Geldvermögen privater Haushalte aus. Verglichen mit den Lebensversicherungsansprüchen und kapitalgedeckten Pensionsansprüchen wuchsen diese mit +2,7% im Vergleich zum Vorjahr allerdings stärker.

Das Geldvermögen privater Haushalte lag per Ultimo 2016 mit einem Löwenanteil von 93% (580,9 Mrd EUR) fast zur Gänze im Inland. Knapp weniger als die Hälfte (44,3%) hielten sie gegenüber österreichischen monetären Finanzinstitutionen (MFI). Aus Sicht der MFIs bedeutet dies, dass rund 32,7% der gesamten Passivseite von österreichischen Haushalten gehalten wird.

Die Kreditverbindlichkeiten der privaten Haushalte betragen mit Ende 2016 rund 180 Mrd EUR. Verglichen mit dem Vorjahr (173,4 Mrd EUR) bedeutet dies ein Wachstum von 3,9%. Private Haushalte nutzten das niedrige Zinsniveau und nahmen mit 4 Mrd EUR neues Kapital auf. Mit 1,92% durchschnittlicher Verzinsung bei neu vergebenen Krediten war die Kredit-

<sup>4</sup> Darunter fallen sowohl börsennotierte als auch nicht börsennotierte Aktien.

<sup>5</sup> Privatstiftungen sind mit dem Umstieg auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 im finanziellen Sektor unter „firmeneigene Finanzierungseinrichtungen“ klassifiziert. Um die Passivseite darstellen zu können, werden anhand der Begünstigten aus den Privatstiftungen Anteilsrechte an den Privatstiftungen in das System der GFR imputiert.

<sup>6</sup> Die Differenz zum Gesamtbetrag sonstiger Anteilsrechte besteht aus Beteiligungen gegenüber sonstigen Finanzinstituten sowie dem Ausland.



finanzierung dadurch billiger als noch im Jahr davor (durchschnittlicher Zinssatz: 2,02%). Der in den letzten Jahren anhaltende Trend, kurzfristige Kredite abzubauen und durch langfristige zu ersetzen, konnte auch 2016 beobachtet werden. Während österreichische Haushalte kurzfristige Kredite in Höhe von 1,1 Mrd EUR zurückzahlten, gingen sie mit 5,1 Mrd EUR vermehrt langfristige Kreditverbindlichkeiten ein.

Der Anteil neu aufgenommener Wohnbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung über 5 Jahre in Relation zu allen neu vergebenen Wohnbaukrediten stieg zwischen 2012 und 2016 deutlich an und erreichte im Dezember 2016 einen Wert von 35%. Hingegen ist die Fremdwährungsfinanzierung weiterhin deutlich rückläufig. Neue Wohnbaukredite abzüglich Tilgungen machten über alle Währungen hinweg betrachtet im Jahr 2016 rund 6,6 Mrd EUR aus. Mehr getilgt als neu aufgenommen wurden Konsumkredite sowie Kredite für sonstige Verwendungszwecke.

### Nichtfinanzielle Unternehmen

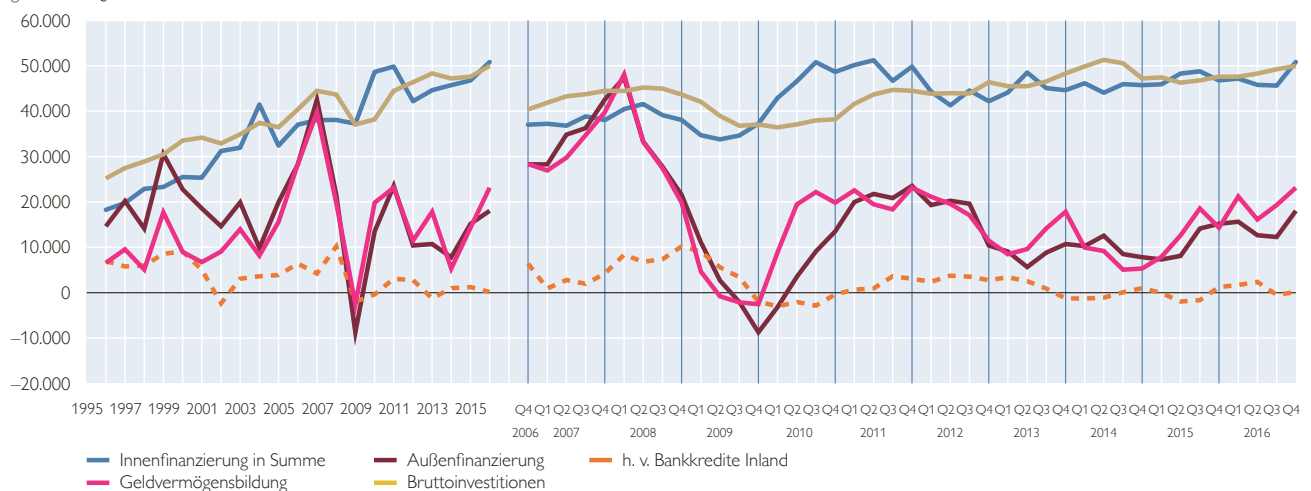
Das Geldvermögen nichtfinanzieller Unternehmen betrug 2016 rund 499,6 Mrd EUR, das ist um 6,4% mehr als im Vorjahr (2015: 469,6 Mrd EUR). Während die realwirtschaftlichen Bruttoinvestitionen des nichtfinanziellen Unternehmenssektors 2016 mit 50 Mrd EUR den stabilen Verlauf der vorherigen Jahre bestätigten, stieg die Geldvermögensbildung auf 23,2 Mrd EUR. Hier dominierten vor allem Investitionen in sonstige Anteilsrechte (11,7 Mrd EUR), wobei der Großteil (10,7 Mrd EUR) grenzüberschreitend in Form von Direktinvestitionen getätigt wurde. Im Jahr 2016 wurde mit 5,2 Mrd EUR (2015: 2,2 Mrd EUR) auch vermehrt Kapital auf Bankkonten in Form von Einlagen gelegt.

Bei der Finanzierung der Unternehmen spielte die Innenfinanzierung mit 50,9 Mrd EUR im Vergleich zur Außenfinanzierung (18 Mrd EUR) nach wie vor eine dominante Rolle. Wie in den Jahren zuvor war bei der Innenfinanzierung vor allem der Posten

Grafik 2

### Innen- und Außenfinanzierung der Investitionen der Unternehmen

gleitende 4-Quartalssummen



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Abschreibungen<sup>7</sup> eine treibende Kraft: Er stellte im Jahr 2016 39,5 Mrd EUR der insgesamt 50,9 Mrd EUR (77,7%) dar. Die Geldvermögensbildung zeigt in der historischen Betrachtung eine ähnliche Entwicklung wie die Außenfinanzierung. Die Finanzierung über Kredite sowie Handelskredite machte in Summe 11,9 Mrd EUR aus, davon stammten 6,6 Mrd EUR aus dem Ausland.

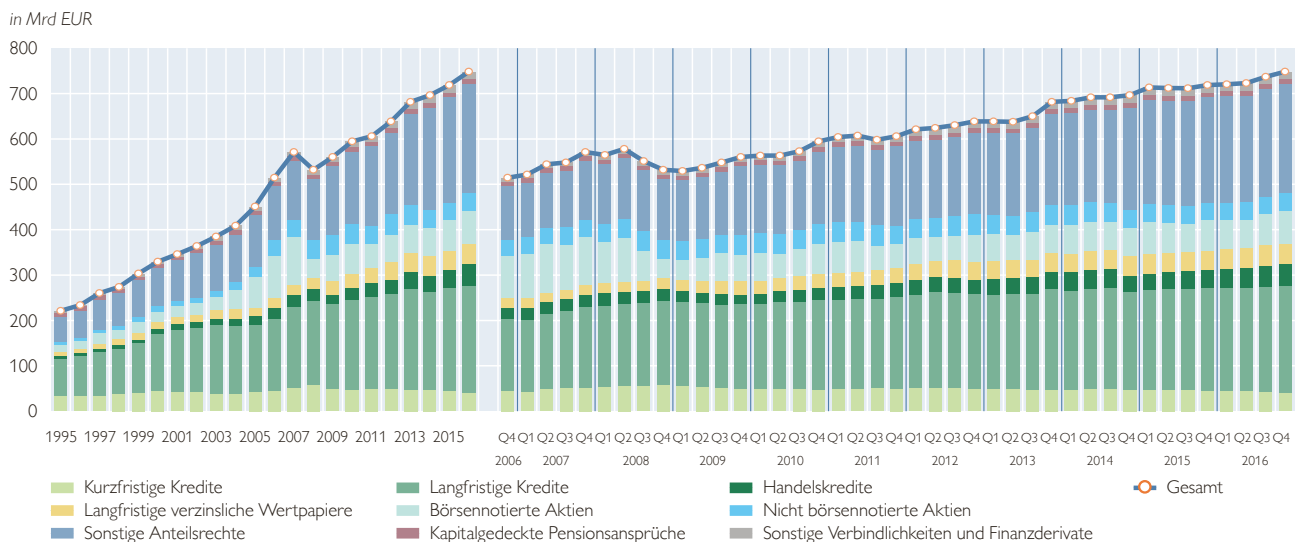
Jeder zweite Euro des Geldvermögens (48,2%) oder 240,8 Mrd EUR stammte 2016 aus Beteiligungen.<sup>8</sup> Verglichen mit dem Jahr 2015 (227,8 Mrd EUR) bedeutet dies eine Steigerung von 5,7%. Ein weiterer wichtiger Aktivposten nichtfinanzieller Unternehmen bestand aus Kreditforderungen (124,2 Mrd EUR). Dabei spielten innersektorale inländi-

sche Unternehmenskredite mit 63,9 Mrd EUR eine dominante Rolle. In einem weit weniger großen Ausmaß – in der Entwicklung jedoch dem Haushaltssektor ähnlich – entwickelten sich die Bankeinlagen nichtfinanzieller Unternehmen. Während 2015 noch rund 12,6% (59 Mrd EUR) des gesamten Geldvermögens auf Bankkonten geparkt wurden, erhöhte sich der Anteil 2016 auf 13,2% (65,7 Mrd EUR). Unternehmen in Österreich vertrauten dabei hauptsächlich auf den heimischen Bankensektor<sup>9</sup>, der Ende 2016 60 Mrd EUR hielt.

Die Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen stiegen um 4,1% auf 748,3 Mrd EUR (2015: 718,7 Mrd EUR). Von diesen Verpflichtungen fielen 53% auf Fremdkapital (396 Mrd

Grafik 3

### Verpflichtungen der nichtfinanziellen Unternehmen in Österreich



Quelle: OeNB.

<sup>7</sup> Unter der Finanzierung aus Abschreibungen versteht man einen Kapitalfreisetzungseffekt, der dadurch entsteht, dass die Abschreibungen als Kostenbestandteil der Produkte des Unternehmenssektors über den Umsatz erwirtschaftet werden. Diese Abschreibungen führen aber im Gegensatz zu anderen Kosten wie z. B. Löhne, Gehälter oder Materialaufwand nicht zu Auszahlungen und stehen somit in Form liquider Mittel dem Unternehmen zur Verfügung.

<sup>8</sup> Börsennotierte und nicht börsennotierte Aktien, sonstige Anteilsrechte sowie Investmentzertifikate.

<sup>9</sup> Monetäre Finanzinstitute und Zentralbank (OeNB).

EUR) und 47% auf Eigenkapital<sup>10</sup> (352 Mrd EUR). Kreditverbindlichkeiten beliefen sich 2016 auf 277,4 Mrd EUR. 2016 dominierten beim Eigenkapital – wie auch schon in den Jahren zuvor – die sonstigen Anteilsrechte mit 241,3 Mrd EUR. 103,8 Mrd EUR dieses Kapitals stammen aus dem Ausland. Im Inland sind sowohl Haushalte (49,8 Mrd EUR) als auch Unternehmen (40 Mrd EUR) beteiligt.

Die Verschuldungsquote der nicht-finanziellen Unternehmen in Österreich lag 2016 nicht konsolidiert bei 112,4% und konsolidiert<sup>11</sup> bei 106,4%. Beide Quoten gingen im Vergleich zum Vorjahr zurück (nicht konsolidiert: 113,5 %; konsolidiert 107,9%).

### Makroökonomisches Ungleichgewichtsverfahren

Das „makroökonomische Ungleichgewichtsverfahren“ (Macroeconomic Imbalance Procedure, MIP<sup>12</sup>) ist ein Überwachungsverfahren der Europäischen Union zur Vorbeugung makro-

ökonomischer Ungleichgewichte innerhalb der EU. Einer der darin enthaltenen Indikatoren bezieht sich auf die konsolidierte Verschuldung des privaten Sektors in Relation zum BIP des jeweiligen Landes. Dabei sollte der vorgegebene Schwellenwert von 133% nicht überschritten werden.

Für den österreichischen privaten Sektor – nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte – ergab das Jahr 2016 folgendes Ergebnis: Bei Betrachtung der konsolidierten Werte erkennt man eine leichte Erhöhung beim Verschuldungsstand in Relation zum BIP von 124,9% 2015 auf 125,6% 2016. Somit ergeben diese Indikatoren für den privaten Sektor in Österreich eine relativ stabile Entwicklung und bleiben weiterhin unter dem vorgegebenen Schwellenwert von 133%. Auch in nicht konsolidierter Betrachtung zeigt sich lediglich ein geringer Anstieg des Verschuldungsgrads von 143,6% 2015 auf 143,9% in Relation zum BIP.

<sup>10</sup> Börsennotierte und nicht börsennotierte Aktien sowie sonstige Anteilsrechte.

<sup>11</sup> Abzüglich innersektoraler Verbindlichkeiten.

<sup>12</sup> [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=mips\\_sa&lang=en](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=mips_sa&lang=en)

# Österreichs Zahlungsbilanz 2016

Thomas Cernohous,  
Bianca Ullly,  
Patricia Walter<sup>1</sup>

*Trotz des Ausbleibens zusätzlicher Wachstumsimpulse von den Weltmärkten konnte sich Österreichs Außenwirtschaft im Jahr 2016 behaupten und einen Leistungsbilanzüberschuss auf dem Niveau der Vorjahre erzielen. Ein entscheidender Erfolgsfaktor ist dabei zunehmend der Tourismus. Bei einem ausgeglichenen Gütersaldo konnten sich die unternehmensbezogenen Dienstleistungen nicht als starke Säule der Exportwirtschaft etablieren. Das Nettoauslandsvermögen entwickelte sich analog zu den Überschüssen aus der Realwirtschaft. Innerhalb der funktionalen Kategorien der Kapitalbilanz gibt es starke Verschiebungen, verursacht vor allem durch Umstrukturierungen multinationaler Konzerne sowie durch Bilanzrestrukturierungen bei heimischen Banken. Verschiebungen in der Gläubigerstruktur inländischer Staatsanleihen beeinflussen die Kapitalbilanz. Zudem ermöglicht der Zugang zu neuen Datenquellen Einblicke in die Regionalgliederung ausländischer Investoren.*

## Leistungsbilanzüberschuss auf dem Niveau der Vorjahre

Die Weltwirtschaft schloss 2016 beinahe nahtlos an die Entwicklung des Vorjahrs an. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt für das Jahr 2016 ein Wirtschaftswachstum von 3,1%, nach 3,2% im Jahr 2015. Der Euroraum verzeichnete ein Wachstum von +1,7%, das Vereinigte Königreich immerhin 2%. In den großen Entwicklungs- und Schwellenländern war eine differenzierte Entwicklung zu beobachten. China und Russland erholten sich überraschend gut, Brasilien hingegen befand sich nach wie vor in der Rezession. Die Türkei geriet in wirtschaftliche Turbulenzen; der Putschversuch, Terroranschläge sowie Russlands Tourismus-Stopp haben ihre Spuren hinterlassen. Die Rohstoffpreise sind 2016 gestiegen; Entwicklungs- und Schwellenländer konnten davon profitieren.

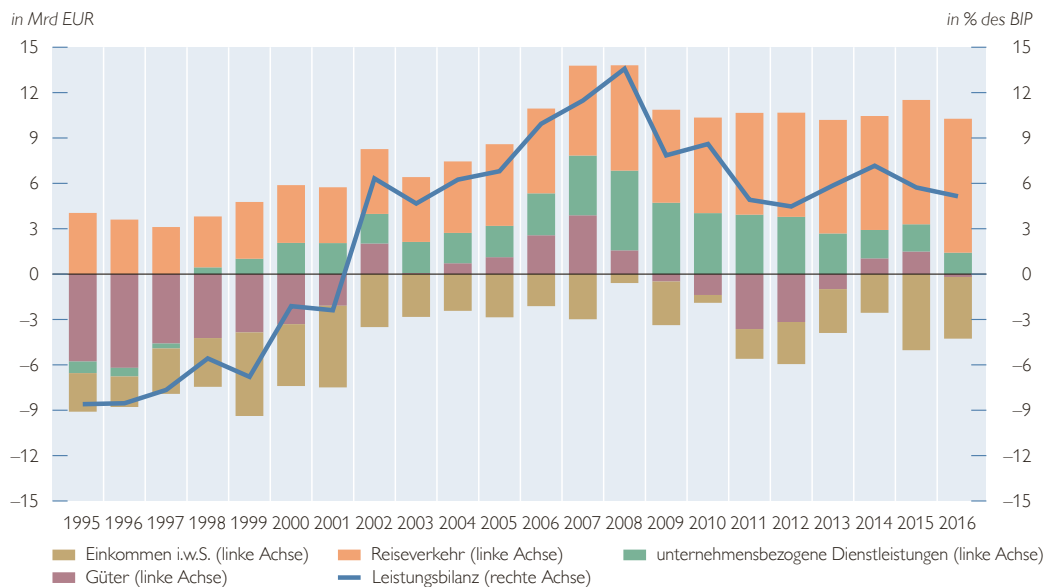
Trotz des nach wie vor verhaltenen Wachstums der Weltwirtschaft erreichte Österreich einen positiven Außenbeitrag (Handelssaldo aus Gütern und Dienstleistungen) von +10,1 Mrd EUR. Im Bezug zum BIP war er mit 2,9% etwas geringer als zuletzt. Österreichischen Exporten von Gütern

und Dienstleistungen von 183,4 Mrd EUR standen Importe von 173,3 Mrd EUR gegenüber. Die Güterbilanz war aufgrund der gestiegenen Importe 2016 ausgeglichen. Der positive Handelsaldo stammte daher aus grenzüberschreitenden Dienstleistungen und ist in hohem Maße auf Österreich als erfolgreiches Tourismusland zurückzuführen: Die Komponente Reiseverkehr erzielte einen Überschuss von +8,8 Mrd EUR. Seit der Jahrtausendwende konnten auch immer stärker aus der zweiten Komponente der Leistungsbilanz, den unternehmensbezogenen Dienstleistungen, Überschüsse erwirtschaftet werden. Der Höhepunkt wurde 2008 mit einem Überschuss von +5,3 Mrd EUR erreicht. Der Anteil der unternehmensbezogenen Dienstleistungen am gesamten Dienstleistungsüberschuss betrug im selben Jahr 43,1%. Die Hoffnung auf eine dauerhafte Etablierung der Überschüsse aus grenzüberschreitenden technischen Dienstleistungen, Beratungsleistungen und anderen unternehmensbezogenen Dienstleistungen scheint sich nicht zu erfüllen. Der Anteil am gesamten Dienstleistungsüberschuss betrug 2016 lediglich noch +1,4 Mrd EUR oder 13,8%.

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken; thomas.cernohous@oenb.at, bianca.ully@oenb.at, patricia.walter@oenb.at

Grafik 1

## Zusammensetzung der Leistungsbilanz



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Anmerkung: Bis 2013 endgültige Daten, 2014 und 2015 revidierte Daten, 2016 vorläufige Daten.

Die dritte maßgebliche Einflussgröße beim Leistungsbilanzsaldo sind die Einkommen im weiteren Sinn. Sie beinhalten sowohl Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen wie auch Sekundäreinkommen (und damit die Transferzahlungen des Staates). Erstere haben im vergangenen Jahrzehnt kontinuierlich von einem Überschuss (+0,5 Mrd EUR im Jahr 2006) auf ein Defizit (-0,6 Mrd EUR im Jahr 2016) gedreht. Der in der Vergangenheit oft negative Saldo der Vermögenseinkommen hat sich 2016 gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert. Für die Jahre 2015 und 2016 sind die Daten zu Vermögenseinkommen allerdings noch mit großer Unsicherheit behaftet, da endgültige Werte zu Erträgen aus Unternehmens-

beteiligungen noch nicht vorliegen und daher nur Schätzungen möglich sind.

### Ausgeglichenes Ergebnis beim Güterhandel

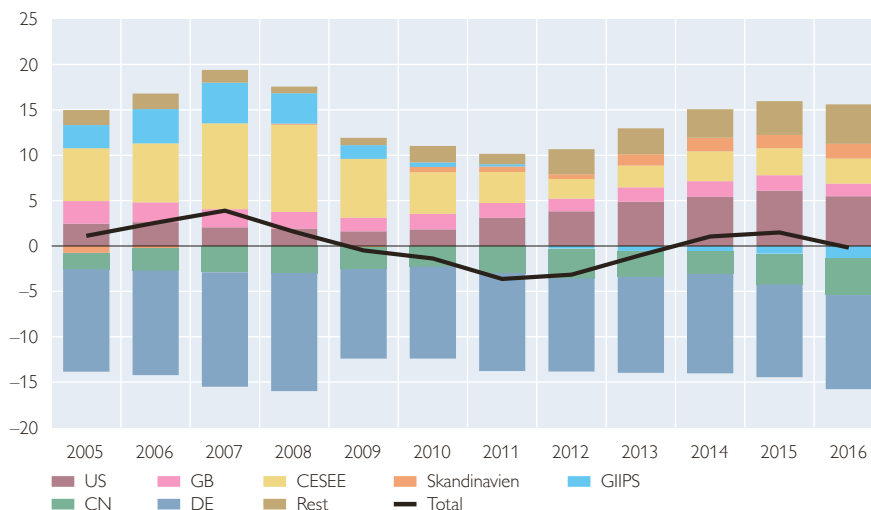
Der grenzüberschreitende Güterhandel<sup>2</sup> hat 2016 sowohl bei Exporten (+0,9 Mrd EUR) als auch bei Importen (+2,6 Mrd EUR) zugelegt. Aufgrund des stärkeren Importwachstums, besonders bei Fahrzeugen, ergibt sich nach zwei Jahren mit einem Güterhandelsüberschuss im Jahr 2016 mit je 129 Mrd EUR auf der Import- und Exportseite eine nahezu ausgeglichene Güterhandelsbilanz.

Die größten negativen Saldenveränderungen im Vorjahrsvergleich wurden gegenüber China (-0,7 Mrd EUR), den

<sup>2</sup> Grundlage der Güterbilanz ist die Außenhandelsstatistik. Sie basiert auf den Daten der Erhebungssysteme INTRASTAT (grenzüberschreitende Warentransaktionen innerhalb der EU) und EXTRASTAT (grenzüberschreitende Warentransaktionen mit Drittstaaten). Um von den Außenhandelsstatistik-Werten zu den Werten der Güterbilanz zu gelangen, müssen einige Adaptierungen vorgenommen werden: Lieferungen von Hilfsgütern, von nichtmonetärem Gold, illegale Güter, Korrektur um Transport- und Versicherungsbestandteile (CIF/FOB-Korrektur), Zollgebühren, Warenverkehr ohne Grenzübertritt, Korrektur um ausländische Einheiten.

### Güter

in Mrd EUR



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Anmerkung: Bis 2013 endgültige Daten, 2014 und 2015 revidierte Daten, 2016 vorläufige Daten.

USA (-0,6 Mrd EUR) und Singapur gemessen. Gegenüber China erhöhten sich die Importe und verringerten sich die Exporte zu etwa gleichen Teilen (je 0,3 Mrd EUR), im Fall der USA und Singapur sind fast ausschließlich gesunkene Exporterlöse für die Saldenverschlechterung verantwortlich. Eine starke Zunahme der Güterexporte wurde gegenüber Deutschland (+0,8 Mrd EUR) und den Niederlanden (+0,6 Mrd) verzeichnet. Da die Güterimporte aus Holland auf dem Vorjahrsniveau stagnierten, konnte mit +0,5 Mrd EUR die größte Saldenverbesserung gegenüber einem einzelnen Land erreicht werden.

Die Betrachtung über einen längeren Zeitraum zeigt strukturelle Veränderungen des Güterhandels mit ausgewählten Regionen. Deutschland als wichtigster Handelspartner ist auch auf der Importseite das mit Abstand wichtigste Herkunftsland von Gütern; diese

Konstellation ist relativ konstant in der Langzeitbetrachtung. Größere Veränderungen sind bei den von der Wirtschaftskrise 2007/08 besonders stark betroffenen GIIPS-Ländern<sup>3</sup> zu beobachten. Sie waren vor der Krise Handelspartner, mit denen Österreich zu Spitzenzeiten (im Rekordjahr 2007) einen Überschuss von +4,5 Mrd EUR erzielen konnte. Der Saldo hat sich seither gedreht und betrug im Jahr 2016 bereits -1,3 Mrd EUR. Haupttreiber dieser Verschlechterung waren stark gesunkene Exporte nach Italien und Spanien. Diese sind wiederum zumindest teilweise auf die Sparpolitik in den von der Krise betroffenen Ländern zurückzuführen. Ebenfalls eine Drehung des Saldos war gegenüber den skandinavischen Ländern<sup>4</sup> zu beobachten. Ein kleines Defizit von -0,7 Mrd EUR im Jahr 2005 konnte in einen Überschuss von +1,6 Mrd EUR im Jahr 2016 ge-

<sup>3</sup> Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien.

<sup>4</sup> Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden.

dreht werden. Vor allem Waren aus Finnland und Schweden fanden in Österreich weniger Absatz, der Einzug von Smartphones zu Lasten der Hersteller klassischer Mobiltelefone wie Nokia (Finnland) und Sony Ericsson (Schweden) hat daran vermutlich starken Anteil. Gegenüber der CESEE-Region kam es in den Jahren 2008 bis 2012 zu einem starken Rückgang des Güterhandelsüberschusses (–7,4 Mrd EUR) in nur vier Jahren. Einerseits gingen die Exporte in die Region zurück (–2,6 Mrd EUR), vor allem stiegen jedoch die Importe (+4,8 Mrd EUR). Exporterfolge konnten in der Langzeitbetrachtung vor allem in außereuropäischen Märkten verbucht werden. Die Güterausfuhren in die USA haben sich von 5,6 Mrd EUR im Jahr 2005 auf 8,8 Mrd EUR im Jahr 2016 erhöht, jene in die BRICS-Länder von 3,7 Mrd EUR auf 7,5 Mrd EUR.

### **Überschuss aus unternehmensbezogenen Dienstleistungen sinkt erneut**

Mit einem kleinen Überschuss in Höhe von +1,4 Mrd EUR verringerte sich der Saldo aus unternehmensbezogenen Dienstleistungen bereits das achte Jahr in Folge. Der Spitzenwert wurde im Jahr 2008 mit einem Überschuss von +5,3 Mrd EUR erreicht. Vor allem technische Dienstleistungen österreichischer Unternehmen hatten sich zum Exportschlager entwickelt. Der Rückgang des Saldos stammt aus einem stärkeren Wachstum von Dienstleistungsimporten, die Exporterlöse stagnieren seit 2013. Deutschland ist nach wie vor mit einem Anteil von 37,2% größter Abnehmer österreichischer Dienstleistungen. Weit abgeschlagen folgen die Schweiz (7,3%), Italien (5,3%) und das Vereinigte Königreich (4,2%). Auf diesen wichtigen Exportmärkten konnten

auch 2016 durchwegs Zuwächse erzielt werden. Hingegen waren auf großen Märkten außerhalb der EU, etwa in Russland (–11,7%) und in der Türkei (–12,2%), die Exporterlöse deutlich zurückgegangen. Diese Verlagerung des Schwerpunkts zurück in die EU-Mitgliedstaaten verläuft gegenläufig zum Trend der letzten Jahre, dem zufolge Extra-EU-Märkte an Bedeutung gewonnen hatten. Die wichtigste Dienstleistungssparte bei Exporten im Jahr 2016 war „Technik und Innovation“.

Auf der Importseite ist seit einigen Jahren ein starkes Wachstum zu verzeichnen. Treiber dafür sind Transportdienstleistungen aus der Visegrád-Gruppe<sup>5</sup> sowie Slowenien, Kroatien, Rumänien und Bulgarien. Gegenüber diesen Ländern stiegen die Importaufwendungen allein im Jahr 2016 um mehr als 0,5 Mrd EUR, ein Zuwachs von +7,9% gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich dazu betrug die Wachstumsrate gegenüber den 15 EU-Mitgliedstaaten vor der Osterweiterung +2,8%. Dabei stechen besonders Patent- und Lizenzzahlungen (+0,9 Mrd EUR) sowie Franchise-Gebühren (+0,5 Mrd EUR) an das Vereinigte Königreich hervor. Von Herkunftsländern außerhalb der EU stiegen die Importe von unternehmensbezogenen Dienstleistungen besonders gegenüber den USA, China und der Schweiz.

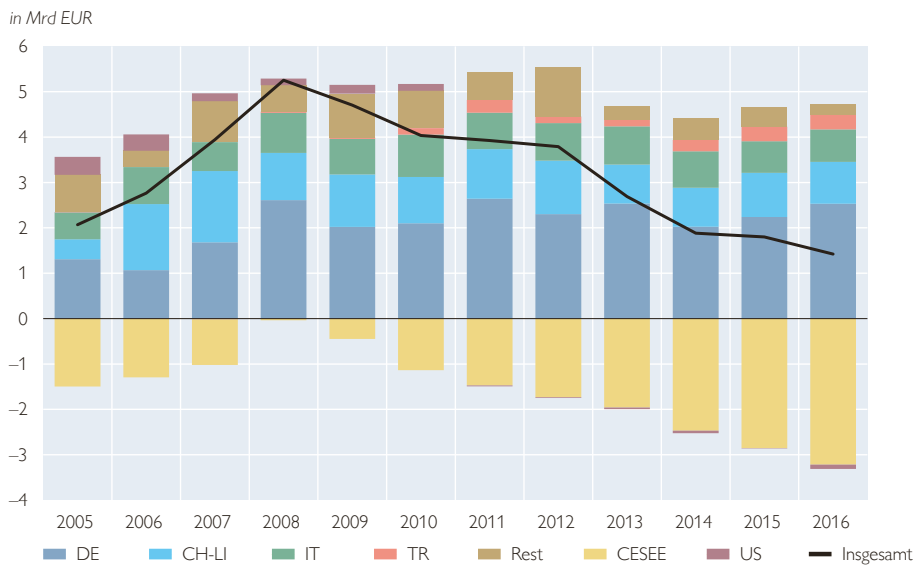
Ein Blick auf die Salden in der Langzeitbetrachtung nach Regionen zeigt vor allem eine Entwicklung, die hervorsteicht: Aus einer ausgeglichenen Dienstleistungsbeziehung zu den CESEE-Ländern wie noch im Jahr 2008 resultiert mittlerweile ein Defizit von mehr als 3 Mrd EUR. Eine Drehung des Saldos zu Nettoimporten gegenüber den USA ist ebenfalls zu beobachten, die Absolutwerte sind jedoch relativ

<sup>5</sup> Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn.



Grafik 3

### Unternehmensbezogene Dienstleistungen



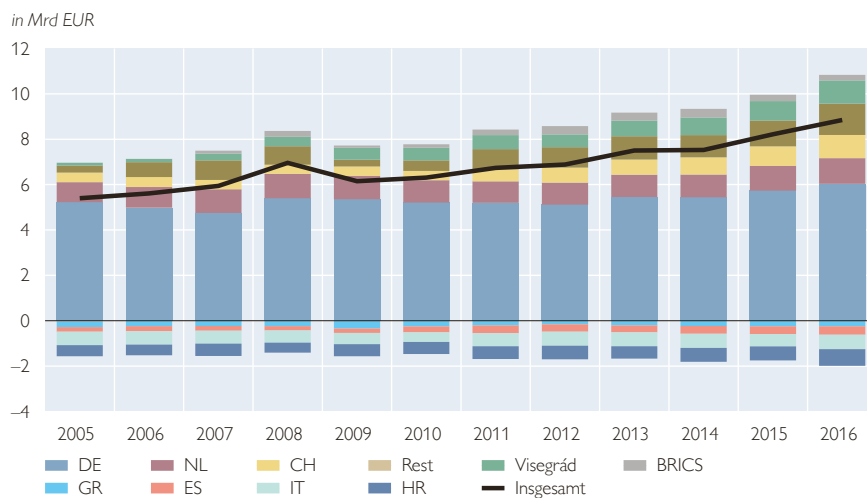
gering. Die Überschüsse aus der Dienstleistungsbeziehung mit Deutschland sind seit 2008, von kleineren Zu- und Abnahmen abgesehen, stabil. Ein weiterer wichtiger Beitrag zum positiven Ergebnis kommt seit vielen Jahren auch aus der Schweiz bzw. Liechtenstein.

### Erneut Rekordjahr im Tourismus

Mit einem Einnahmenüberschuss in Höhe von +8,6 Mrd EUR dominierte im Jahr 2016 der Reiseverkehr den österreichischen Leistungsbilanzsaldo wie nie zuvor. Die Einnahmen stiegen um +6,2%, die Ausgaben um +4,7%.

Grafik 4

### Reiseverkehr





Die Anzahl der Ankünfte internationaler Gäste erreichte den neuen Rekordwert von 28,1 Mio Personen und wuchs damit stärker als der Weltmarkt. Österreich konnte seinen Anteil, gemessen an den Ankünften, somit auf 2,28% erhöhen, ein aufgrund des starken internationalen Wettbewerbs sowie gesunkener Transportkosten beachtlicher Erfolg. Österreich profitiert als relativ sichere Reisedestination von neuen globalen Bedrohungsszenarien. Die Aufenthaltsdauer pro Person ist dem Trend der vergangenen Jahre folgend weiter gesunken, 2016 betrug sie 3,4 Tage. Die Nächtigungen überstiegen mit 102,8 Mio erstmals die 100-Millionen-Marke, wobei zusammen mit den heimischen Gästen die Sommersaison (Mai bis Oktober 2016) mit +5,3% stärker wuchs als die Wintersaison (+3,7%).

Deutsche Gäste kamen 2016 besonders gerne nach Österreich, es waren 2,2 Mio Nächtigungen mehr zu verzeichnen als im Jahr zuvor. Im langfristigen Trend fand jedoch eine Diversifi-

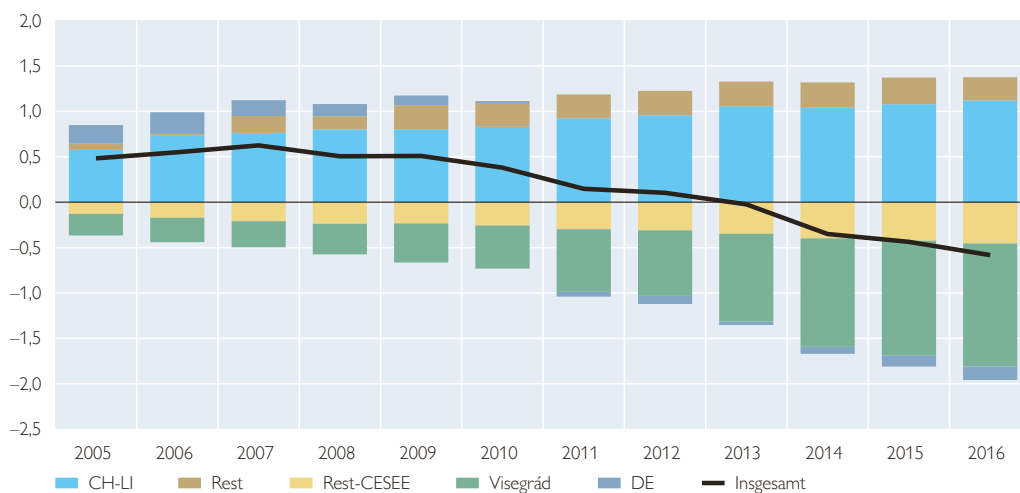
kation statt: So stiegen etwa die Erlöse aus Aufenthalten von Touristen aus Italien, dem Vereinigten Königreich, der Schweiz, den Visegrád-Staaten und klassischen Fernmärkten wie China, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Das Wachstum bei der Anzahl von Gästen aus China hat sich nach dem Rekordanstieg 2015 von +41,0% auf +4,7% verringert. Nach Bundesländern betrachtet konnten Salzburg und die Steiermark die größten Zuwächse verzeichnen.

Mehr als die Hälfte der Reiseverkehrausgaben der Österreicher gehen in die drei Hauptdestinationen Deutschland (Marktanteil 25%), Italien (16,4%) und Kroatien (9,5%). Fernreiseziel Nr. 1 sind die USA. Zuwächse bei österreichischen Reisenden konnten 2016 vor allem Kroatien, die USA und Griechenland verzeichnen. Rückgänge musste vor allem die Türkei mit fast -50% hinnehmen, sie verlor auch ihren Platz in der Liste der heimischen Top-10-Reisedestinationen.

Grafik 5

### Arbeitnehmerentgelte

in Mrd EUR



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Anmerkung: Bis 2013 endgültige Daten, 2014 und 2015 revidierte Daten, 2016 vorläufige Daten.

### **Weiterhin steigendes Defizit aus Arbeitnehmerentgelten**

Seit 2009 verschlechtert sich der Saldo aus grenzüberschreitenden Arbeitseinkommen kontinuierlich. Vor neun Jahren konnte noch ein Überschuss von +0,6 Mrd erreicht werden, 2016 betrug er bereits –0,6 Mrd EUR. Hauptgrund für die Verschiebung ist die schrittweise Öffnung des österreichischen Arbeitsmarkts für die neuen CESEE-Länder in der EU. Zwar wurde der Arbeitsmarkt für die 2004 eingetretenen Staaten erst im April 2011 voll liberalisiert, durch Ausnahmeregelungen kam es jedoch bereits davor häufiger zu Arbeitskräfteentsendungen nach Österreich.<sup>6</sup> Vor allem die Staaten der Visegrád-Gruppe nutzten die Möglichkeiten des österreichischen Arbeitsmarkts besonders stark. Der Saldo gegenüber dieser Gruppe wird von der Importseite bestimmt und hat sich im 10-Jahres-Vergleich um rund 1 Mrd EUR verschlechtert.

Auf der Einnahmenseite stehen vor allem die Schweiz und Liechtenstein. Grenzgänger aus Westösterreich profitieren vom höheren Lohnniveau in diesen Ländern und bieten dort seit vielen Jahren ihre Arbeitskraft erfolgreich an. Auch gegenüber Deutschland konnte noch vor zehn Jahren im Saldo ein Überschuss bei Arbeitnehmerentgelten erzielt werden, mittlerweile ergibt sich jedoch ein kleines Defizit. Die zurückhaltenden Lohnabschlüsse in Deutschland sowie der boomende Tourismus in Österreich, der vor allem von vielen Bewohnern der ehemaligen DDR als Arbeitschance genutzt wurde, sind naheliegende Gründe. Außereuropäische Länder spielen aufgrund der großen Distanzen naturgemäß nur eine untergeordnete Rolle.

### **Vermögenseinkommen leicht negativ**

Die Vermögenseinkommen unterliegen im Zeitverlauf starken Schwankungen, da sie maßgeblich von der Ertragslage einzelner großer Direktinvestitionsunternehmen bestimmt sind. Für die Jahre 2015 und 2016 liegen vorläufig nur Schätzungen zu Unternehmensgewinnen vor. Bei den anderen wichtigen Komponenten, Einkommen aus Portfolioinvestitionen sowie Einkommen aus sonstigen Investitionen, ist die Datenverfügbarkeit besser.

Die Vermögenseinkommen waren in der Vergangenheit in den meisten Jahren negativ, was unter anderem mit einer negativen internationalen Vermögensposition zu erklären ist: Bis 2013 waren die Forderungen der österreichischen Volkswirtschaft an das Ausland geringer als die Verpflichtungen. Die Ausgaben in Form von bezahlten Zinsen und ausländischen Gewinnanteilen an heimischen Unternehmen überstiegen also die Einnahmen österreichischer Investoren. Generell sind die Einkommen, die aus fremdkapitalbasierten Finanzierungsinstrumenten wie Krediten oder verzinslichen Wertpapieren stammen, in den vergangenen Jahren aufgrund des Niedrigzinsumfelds gesunken. Bei Krediten und Einlagen wurde aufgrund der kürzeren Restlaufzeiten dieser Effekt schneller schlagend, verzinsliche Wertpapiere wie etwa Staatsanleihen haben hingegen oft lange Laufzeiten, wodurch die Verzinsung von zurzeit in Umlauf befindlichen Papieren deutlich höher als bei Krediten ist. Für 2016 ergaben sich, unter Berücksichtigung der geschätzten Direktinvestitionsdaten, erhaltene Vermögenseinkommen in Höhe von +24,6 Mrd EUR. Die Höhe der Einkommensflüsse ins Ausland (Ausgaben) betragen

<sup>6</sup> Etwa durch die Fachkräfteverordnung, Saisonierkontingente sowie Praktikanten- bzw. Grenzgängerabkommen.

25,5 Mrd EUR, der Saldo betrug daher –0,9 Mrd EUR. Eine bemerkenswerte Entwicklung zeichnete sich in diesem Zusammenhang bei Einkommen aus Portfolioinvestitionen (PI) bzw. Sonstigen Investitionen (SI) ab. Heimische Bankanleihen wurden in den letzten beiden Jahren stärker getilgt als neu emittiert. Zusätzlich wurden ausländische Fondsanteile von Inländern zugekauft. Im Gegenzug erhöhten sich die grenzüberschreitenden Verpflichtungen aus dem Kredit- und Einlagegeschäft der Banken. In Summe ergibt sich daraus ein positiver Effekt auf die Vermögenseinkommen: 2014 betrug der Saldo aus PI- und SI-Einkommen noch –11,8 Mrd EUR, im Jahr 2016 lediglich –9,6 Mrd EUR.

**Höchststand bei internationaler Vermögensposition**  
**Konsolidierung der internationalen Kapitalverflechtungen**

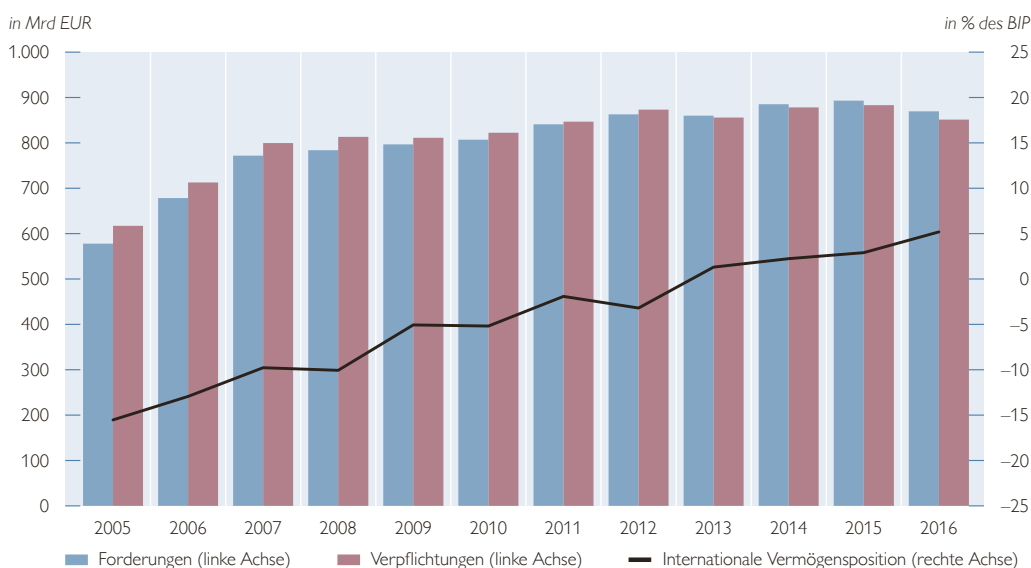
Mit +18,1 Mrd EUR oder 5% des BIP erreichte die internationale Vermö-

gensposition 2016 einen neuen Höchstwert. Österreichs Forderungen an das Ausland sowie seine Verpflichtungen haben sich verringert, jedoch verkleinerten sich die Passiva deutlich stärker (–31,9 Mrd EUR) als die Aktiva (–23,7 Mrd EUR).

Die Grundlage für den verbesserten Auslandsvermögenssaldo lieferte zweifelsohne der positive Außenbeitrag von +10,1 Mrd EUR aus dem Handel mit Gütern und Dienstleistungen, der vor allem aus dem Reiseverkehr stammt. Dagegen wirkten im Jahr 2016 Bewertungseffekte (Preis- und Wechselkurseffekte in Höhe von –2,6 Mrd EUR) und die Sonstigen Einkommen (–3,8 Mrd EUR), die neben dem negativen Saldo bei Arbeitnehmerentgelten unter anderem auch die EU-Beitragszahlungen Österreich enthalten. Die Anderen Veränderungen (+5 Mrd EUR) ergaben sich maßgeblich aus der Neuaufnahme und Umklassifizierung von statistischen Einheiten sowie der statistischen Differenz, die aus der Zusammenfüh-

Grafik 6

**Internationale Vermögensposition (Auslandsvermögenssaldo)**



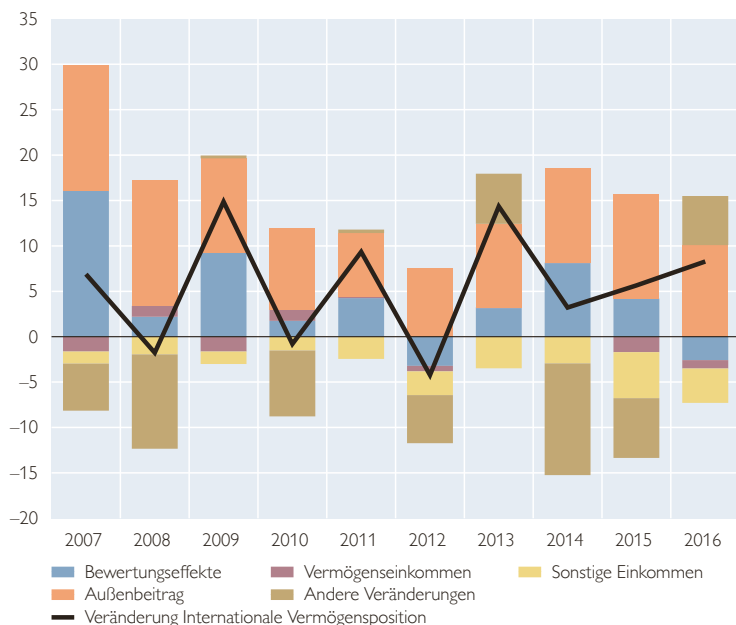
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Anmerkung: Bis 2013 endgültige Daten, 2014 und 2015 revidierte Daten, 2016 vorläufige Daten.

Grafik 7

## Veränderung der Internationalen Vermögensposition

in Mrd EUR



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Anmerkung: Bis 2013 endgültige Daten, 2014 und 2015 revidierte Daten, 2016 vorläufige Daten.

von realwirtschaftlichen Daten der Leistungsbilanz mit dem statistischen System der Kapitalbilanz resultiert.

Für den starken Rückgang der Bruttobestände bei Forderungen und Verbindlichkeiten (siehe Grafik 6) trugen sowohl Einmaleffekte als auch strukturelle Effekte bei. Die seit 2014 anhaltende Restrukturierung bei heimischen Bankbilanzen spiegelt sich unter anderem in einem Rückgang inländischer Bankanleihen auf ausländischen Depots wider. Auslaufende Anleihen werden oft nicht mehr durch neue ersetzt. Auch österreichische Staatsanleihen verringerten sich in den Beständen ausländischer Investoren, ein Grund dafür ist das „Quantitative Easing“, bei dem die Notenbank im Rahmen eines EZB-Programmes österreichische Staatsanleihen kauft. Große Einmaleffekte waren die Abgabe des Osteuropageschäfts der

Bank Austria an die italienische Konzernmutter sowie der Rückzug einer Special Purpose Entity (SPE) aus Österreich.

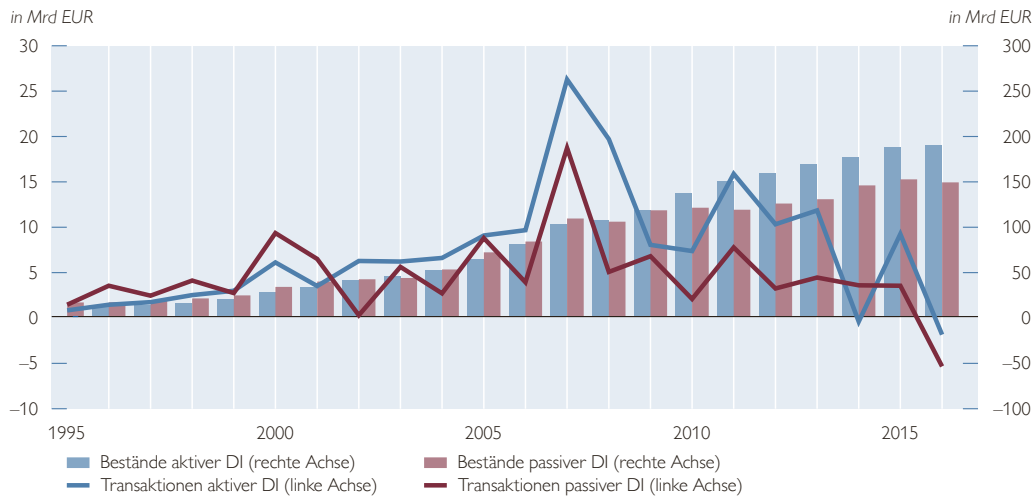
Ein ausländisch kontrollierter, multinationaler Konzern, der in Österreich über eine Konzerneinheit seine internationalen Aktivitäten abgewickelt hatte, löste diese Konzernstruktur auf. Daraus folgt eine Desinvestition im ersten Quartal 2016 (rund 28 Mrd EUR Verringerung bei Forderungen wie auch bei Verbindlichkeiten aus Direktinvestitionen i.w.S.).

### Rückzug der Bank Austria aus CESEE verursacht Rückgang bei Direktinvestitionen

Seit Beginn der Aufzeichnungen von Direktinvestitionstransaktionen (im Jahr 1995) waren erstmals im Jahr 2016 sowohl bei aktiven als auch bei passiven Direktinvestitionen Rückgänge zu verzeichnen. Bereits in den letzten Jahren war die Dynamik bei österreichischen Direktinvestitionen schwach gewesen, vor allem bei passiven Direktinvestitionen. In diesem verhaltenen Umfeld führte eine große Desinvestition zu einem negativen Transaktionswert auf beiden Seiten: Die UniCredit Bank Austria gab 2016 ihre CEE-Business-Unit an die Konzernmutter in Italien ab. Dieser Abgang schlug sich mit etwa -10 Mrd EUR in der Direktinvestitionsstatistik nieder. Die wichtigsten Beteiligungen dieser Geschäftseinheit waren in der Tschechischen Republik, Russland, Kroatien, Bulgarien und Rumänien beheimatet. Die Bank Austria wurde sukzessive zum Big Player in Osteuropa, zunächst im Zuge der Fusion mit der HVB im Jahr 2000, als die west- und außereuropäischen Beteiligungen in der HVB und die Osteuropa-Aktivitäten in der Bank Austria gebündelt wurden. 2005 folgte die Übernahme der HVB durch die Uni-

Grafik 8

### Österreichische Direktinvestitionsflüsse und -bestände



Quelle: OeNB.

Credit und der „Vertrag der Regionen“ wurde unterzeichnet. Er garantierte der Bank Austria weitere zehn Jahre die Zuständigkeit für die Osteuropa-Geschäftseinheit der UniCredit. Der Anteil der CESEE-Region an den aktiven Direktinvestitionsbeständen, der im Rekordjahr 2007 noch über 50% betragen hatte, sank – dem Trend der letzten Jahre folgend – im Jahr 2016 auf unter 30%.

Aktivitäten multinationaler Konzerne prägen häufig die Ergebnisse der Direktinvestitionsstatistik. So sorgt derzeit ein österreichisch kontrollierter multinationaler Konzern, die OMV, durch seine strategische Neuausrichtung für beachtliche regionale Verschiebungen. Durch den Verkauf der türkischen Tankstellenkette Petrol Ofisi einerseits sowie den Tausch von Anteilen an Nordsee-Förderanlagen gegen Anteile an sibirischen Gasfeldern andererseits. Nach Komponenten betrachtet waren Zuwächse sowohl bei aktiven als auch bei passiven Direktinvestitionen ausschließlich bei reinvestierten Gewinnen zu verzeichnen.

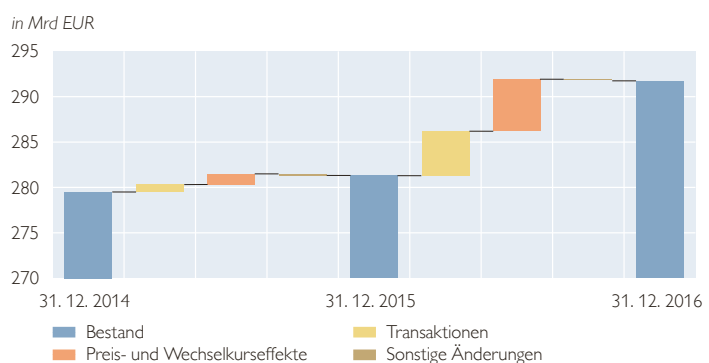
### Saldo bei Portfolioinvestitionen stark verbessert

Die Entwicklung der Portfolioinvestitionen war 2016 besonders dynamisch, vor allem bei Forderungen kam es zu einem sprunghaften Anstieg auf 291,8 Mrd EUR bei den Beständen. Dieser stammt, wie in Grafik 9 ersichtlich, etwa zu gleichen Teilen von Transaktionen (+4,9 Mrd EUR) und Bewertungseffekten (+5,7 Mrd EUR).

Der transaktionsbedingte Anstieg wurde von Zukäufen ausländischer In-

Grafik 9

### Forderungen aus Portfolioinvestitionen: Veränderungsrechnung



Quelle: OeNB.

vestmentfondsanteile (+7,6 Mrd EUR) durch Haushalte maßgeblich bestimmt. Aktienfonds erfreuten sich steigender Beliebtheit, Rentenfonds hingegen wurden weniger nachgefragt. Tendenziell verkauft wurden von österreichischen Banken gehaltene langfristig verzinsliche Wertpapiere ausländischer Emittenten (−3,4 Mrd EUR). Die Erhöhung der US-Zinsen hatte im vierten Quartal die Preise von verzinslichen Wertpapieren gedrückt, über das gesamte Jahr ergaben sich jedoch Kurssteigerungen von +1,8 Mrd EUR. Auch Investmentfondsanteile (+1,1 Mrd EUR) sowie börsennotierte Aktien (+1,4 Mrd EUR) im Besitz österreichischer Investoren konnten 2016 Kursgewinne verzeichnen. Der starke US-Dollar sorgte zusätzlich für positive Wechselkurseffekte in Höhe von insgesamt +1,5 Mrd EUR.

Im Gegensatz zu den Forderungen sanken die Verbindlichkeiten aus Portfolioinvestitionen im Jahresvergleich um −4,6 Mrd EUR auf einen Bestand von 382,6 Mrd EUR. Zwar waren auch bei inländischen Wertpapieren deutliche Bewertungseffekte zu verzeichnen (+12,1 Mrd EUR), doch die negativen Transaktionen überwogen (−16,9 Mrd EUR). Besonders starke Rückgänge gab es aufgrund rückläufiger Platzierungen österreichischer Bankanleihen. Die Emissionsstatistik zeigt (in Buchwerten) negative Nettoemissionen von −17,2 Mrd EUR. Hintergrund ist die Restrukturierung der heimischen Bankbilanzen. Auch Staatsanleihen in ausländischem Besitz gingen um −4,9 Mrd EUR zurück. Hauptgrund ist das Public Sector Purchase Programme (PSPP) der EZB, besser bekannt als „Quantitative Easing“. Dabei kauften Notenbanken unter bestimmten Auflagen Staatspapiere auf dem Sekundär-

markt. Zusätzlich wurden ab dem vierten Quartal 2016 die ersten Rückkäufe der ehemaligen HETA-Anleihen abgewickelt: Der Kärntner Ausgleichszahlungsfonds (KAF) kaufte die Forderungen (Anleihen und Schuldscheindarlehen) der gegenüber der HETA betroffenen Gläubiger. Die (überwiegend ausländischen) Gläubiger erwarben im Gegenzug vom KAF emittierte Nullkupon-Anleihen. Von Dezember 2016 bis Mai 2017 fand der Rückkauf der vom KAF ausgegebenen Nullkupon-Anleihen zu einem Kurs von rund 90 % statt.

Österreichische Aktien fanden sich per Ende 2016 in größerem Ausmaß als im Jahr zuvor in ausländischen Portfolios; die Zugänge betragen +1,5 Mrd EUR. Positive Preiseffekte stammen vor allem von Staatsanleihen (+4,7 Mrd EUR). Insgesamt verbesserte sich der historisch negative Saldo bei Portfolioinvestitionen im Jahr 2016 um 15 Mrd EUR.

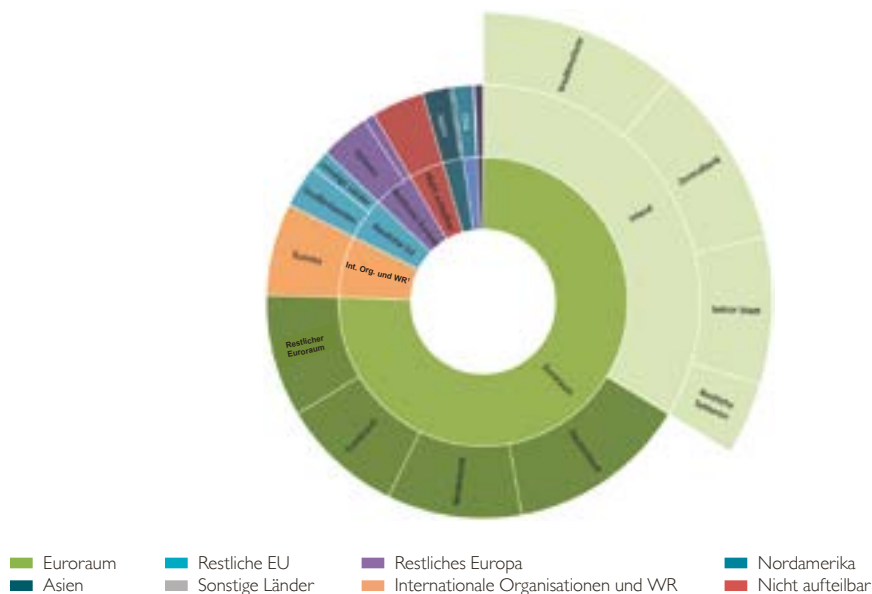
### **Im Fokus: Regionalgliederung österreichischer Staatsanleihen**

Neue Datenquellen, allen voran die Securities Holdings Statistics<sup>7</sup> (SHS) der EZB für den Euroraum, ermöglichen eine Gliederung der Eigentümer von Wertpapieren nach Regionen. Im Rahmen der SHS werden quartalsweise Investorendaten zu Schuldverschreibungen, börsennotierten Aktien sowie Investmentfondsanteilen erhoben. Damit sollen Marktrisiken frühzeitig erkannt werden können. Da Daten zu Eigentümern außerhalb des Euroraums nur eingeschränkt vorliegen, beinhalten die Regionalzuordnungen Schätzungen, insbesondere auf Basis von IWF-Daten aus dem Coordinated Portfolio Investment Survey. Grafik

<sup>7</sup> EZB-VO 24/2012 bzw. EZB-Richtlinie 07/2013.



## Österreichische langfristige Staatsanleihen – Gläubigerstruktur (Bestände Ende 2016)



Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Internationale Organisationen und Währungsreserven.

Zum Ultimo 2016 betrug das gesamte Umlaufvolumen langfristiger österreichischer Staatsanleihen in einer nicht konsolidierten Betrachtung zu Marktwerten 302,6 Mrd EUR. Sie befanden sich zum überwiegenden Teil im Besitz von Ländern des Euroraums (41,7%) bzw. im Inland (33,7%). Deutschland, Frankreich und die Niederlande sind die größten ausländischen Gläubigerländer. Im Inland wurde der

überwiegende Teil durch Kreditinstitute bzw. die Notenbank im Zuge der Quantitative Easing-Aktivitäten gehalten, auch der Sektor Staat hielt einen beträchtlichen Anteil an eigenen Papieren. Konkret ist es der Bund, der die eigenen Papiere für die Liquiditätssteuerung (Kassenhaltung) sowie für die Marktpflege benötigt bzw. die vom KAF gehaltenen HETA-Anleihen.

### Literaturverzeichnis

- Cernohous, T. 2017.** Aktuelle Entwicklungen bei Österreichs Direktinvestitionen. In: Schwerpunkt Außenwirtschaft 2016/2017. Facultas. Im Erscheinen.
- OECD. 2008.** Benchmark Definition of Foreign Direct Investment. 4th Edition (BD4).
- OeNB. 2016.** Direktinvestitionen 2014 – Österreichische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Österreich – Stand per Ende 2014. Dezember.
- UNCTAD. 2016a.** World Investment Report 2016. Reforming International Investment Governance. New York/Genf.
- UNCTAD. 2016b.** World Investment Trends Monitor No. 24. New York/Genf. Oktober.
- UNCTAD. 2017.** Global Investment Trends Monitor No.25. New York/Genf. Februar.
- Walter, P. 2017.** Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland. In: Schwerpunkt Außenwirtschaft 2016/2017. Facultas. Im Erscheinen.

# Die Rolle der Anleihe am österreichischen Finanzmarkt

## Finanzierungs- und Veranlagungsgeschehen im internationalen Vergleich

Andrea Fenzal,  
Matthias Fuchs,  
Bianca Ullly<sup>1</sup>

*Kapitalmarktinstrumente stehen innerhalb des österreichischen Finanzwesens traditionell in hartem Wettbewerb zum dominierenden Einlagen- und Kreditgeschäft. Dennoch stellen Anleihen vor allem für den Staat und die österreichischen Banken ein wichtiges Finanzierungsinstrument dar. Die jüngste Wirtschafts-, Finanz- und Fiskalkrise hat deren Emissionsgeschäft im Hinblick auf das Nachfrageverhalten der Anleger sowie die Finanzierungskonditionen deutlich beeinflusst. Österreichische Staatsanleihen blieben ungeachtet des Verlusts der höchsten Bonitätsbewertung international ein sicherer und attraktiver Hafen. Heimische Banken passten ihr Finanzierungsmodell hingegen an das stark veränderte Wirtschaftsumfeld der vergangenen Jahre an.*

### 1 Anleihefinanzierung in Österreich vergleichsweise stark ausgeprägt

Trotz der historisch stark etablierten Kreditorientierung des österreichischen Finanzwesens, das sich vor allem über Einlagen finanziert, spielen auch Instrumente des Kapitalmarkts – insbesondere Anleihen – in der Veranlagung wie auch in der Finanzierung der österreichischen Volkswirtschaft eine wichtige Rolle. Rund 384 Mrd EUR waren Ende 2016 in langfristigen verzinslichen Wertpapieren veranlagt; die entsprechenden Verpflichtungen beliefen sich auf 505 Mrd EUR.<sup>2</sup> Der Großteil dieser Volumina liegt – gemäß der Position Österreichs als kleine, stark vernetzte Volkswirtschaft – im Ausland. Deutsche Investoren sind mit rund einem Fünftel des im Ausland platzierten Volumens die größte Gläubigergruppe, gefolgt von jenen Frankreichs (15 %) und der Niederlande (10 %).<sup>3</sup> Österreichs Anleiheverpflichtungen liegen damit fest in europäischer Hand. Nennenswerte Anteile

außerhalb Europas sind nur in Japan sowie in den USA (jeweils rund 2 %) zu finden.

Im europäischen Vergleich wird deutlich, dass Anleihen gegenüber anderen Finanzierungsinstrumenten in Österreich eine relativ wichtige Rolle spielen (Grafik 1). Auf Basis nicht konsolidierter Daten<sup>4</sup> liegt deren Anteil bei 18 % aller Finanzverpflichtungen. Innerhalb Europas ist dies der zweithöchste Wert, nur in Italien ist die Anleihefinanzierung noch wichtiger (23 %). Dagegen liegen börsennotierte Aktien als Finanzierungsinstrument mit 3 % der Gesamtverpflichtungen deutlich unterhalb des EU-Durchschnitts (6 %). Hier kommt vor allem die kreditdominierte klein- und mittelbetriebliche Unternehmensstruktur Österreichs zum Ausdruck. Das kulturell bedingt geringe Interesse österreichischer Anleger an Aktien ist für die Eigenkapitalfinanzierung der Unternehmen ebenfalls nicht förderlich. Börsennotierte Aktien erreichen in skandinavischen Ländern einen Finanzierungs-

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken. [andrea.fenzal@oebn.at](mailto:andrea.fenzal@oebn.at), [matthias.fuchs@oebn.at](mailto:matthias.fuchs@oebn.at), [bianca.ully@oebn.at](mailto:bianca.ully@oebn.at)

<sup>2</sup> Quelle: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung, OeNB.

<sup>3</sup> Quelle: Coordinated Portfolio Investment Survey (CPIS) des IWF Ende 2015. SHSS des ESZB.

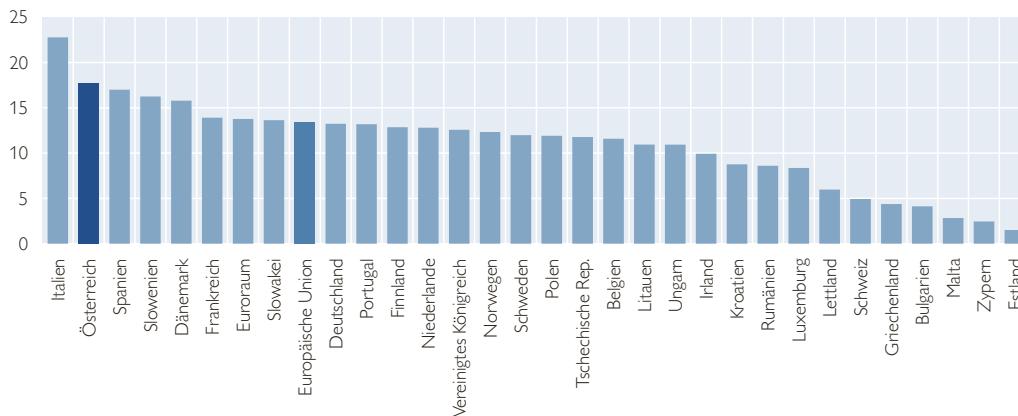
<sup>4</sup> Quelle: Eurostat, New Cronos. OeNB (Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung).



Grafik 1

## Die Anleihefinanzierung spielt in Österreich eine vergleichsweise wichtige Rolle

Anteil an den unkonsolidierten Finanzverpflichtungen in %



Quelle: Eurostat.

anteil von rund 10%, in Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich immerhin 7%.

## 2 Staat und Banken sind Österreichs wichtigste Anleiheemittenten

### 2.1 Finanzkrise beeinflusst das Finanzierungsmodell der Banken deutlich

Österreichs Banken<sup>5</sup> deckten Ende 2016 rund ein Fünftel ihres Finanzierungsbedarfs mit langfristigen Schuldverschreibungen. Diese sind also ein wesentlicher Finanzierungskanal für heimische Banken, selbst wenn deren Bedeutung in der letzten Dekade infolge verschiedener angebots- wie auch nachfrageseitiger Faktoren stetig abnahm. Im Umfeld der Wirtschafts-, Finanz- und Fiskalkrise ab 2007 verfolgten österreichische wie auch internationale Banken einen deutlichen Konsolidierungskurs, beschränkten sich auf ihr Kerngeschäft und verkürzten ihre Bilanzen. Demzufolge sank auch ihr Finanzierungsbedarf. Gleichzeitig

traten neue Regulierungsvorgaben in Kraft, die eine Erhöhung des Eigenkapitalanteils verlangten. Darüber hinaus sorgte die expansive Geldpolitik der EZB für günstige Refinanzierungsmöglichkeiten und machte das Instrument der Anleihefinanzierung aus Sicht der Banken vergleichsweise teuer und damit unattraktiv. Am Höhepunkt der Finanzkrise brach das Emissionsvolumen der österreichischen Banken – im Gleichklang mit dem internationalen Trend – massiv ein und zeigte sich auch seither deutlich rückläufig (Grafik 2). Diese Entwicklung ist nicht nur mit dem geringeren Angebot der Banken, sondern auch durch die im international höchst unsicheren Kapitalmarktumfeld geringere Nachfrage der zumeist internationalen Käufer zu erklären, die ihre Veranlagung insgesamt zurücknahmen und ihr Engagement häufig auf den Heimmarkt konzentrierten (Home Bias<sup>6</sup>).

Der Abverkauf österreichischer Bankanleihen setzte per saldo im Jahr 2009 ein, hielt bis heute an und sum-

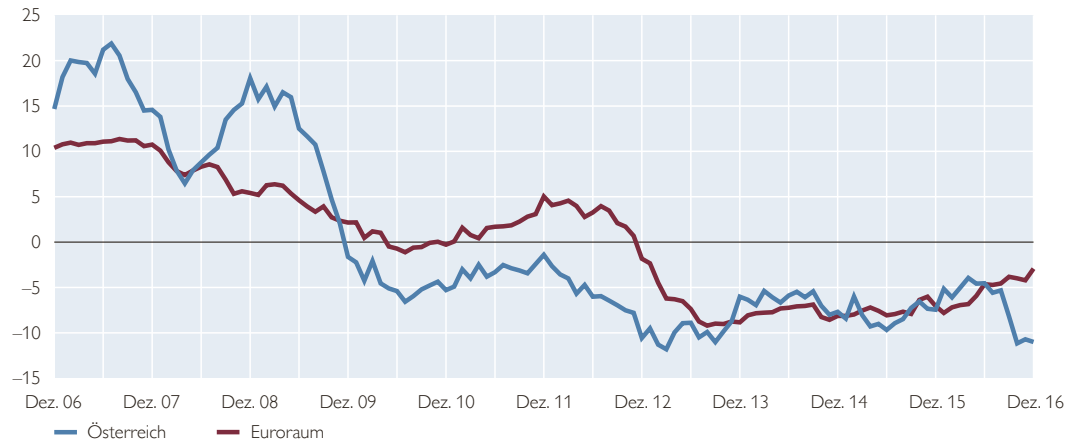
<sup>5</sup> Entspricht dem ESVG 2010-Sektor 122 (Kreditinstitute).

<sup>6</sup> In der ökonomischen Verhaltensforschung empirisch belegte Neigung von Investoren, den Kapitalmarkt im eigenen Land ungeachtet einer potenziell höheren Rendite zu bevorzugen.

Grafik 2

### Österreichs Bankanleihen werden seit der Finanzkrise abgestoßen

Jahreswachstumsraten des Umlaufvolumens von Bankanleihen in %



Quelle: EZB.

mierte sich bislang auf 108 Mrd EUR. Unmittelbar vor Ausbruch der Krise (2007 und 2008) waren Bankanleihen von in- und ausländischen Investoren dagegen netto noch in erheblichem Umfang zugekauft worden.

Der relativ hohe Stellenwert der Anleihefinanzierung für Österreichs Banken wird im Vergleich mit den übrigen Ländern des Euroraums sichtbar

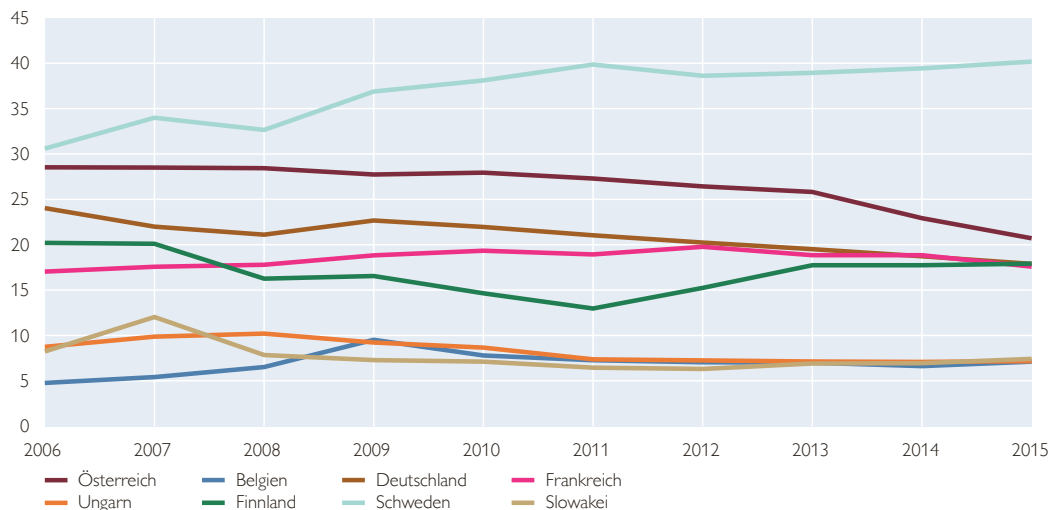
(Grafik 3). In Deutschland und Frankreich hat dieses Instrument relativ zu anderen Finanzierungsformen merklich geringere Bedeutung. Aber auch in ökonomisch vergleichbaren, kleinen offenen Volkswirtschaften wie Finnland oder Belgien trifft diese Beobachtung zu.

Schuldverschreibungen dienen den Banken überwiegend für langfristige

Grafik 3

### Österreichs Banken setzen auf Anleihefinanzierung

Anteil der Anleiheverpflichtungen an den gesamten Verpflichtungen der Banken in %



Quelle: Eurostat.

Finanzierung: 40% der Anleihen weisen eine Restlaufzeit von 1 bis 5 Jahren auf, weitere 40% laufen in mehr als 5 Jahren aus. Besonders hoch ist naturgemäß die langfristige Verschuldung gegenüber institutionellen Anlegern wie Pensionskassen, Versicherungen und Investmentfonds. Etwa 90% des gesamten Volumens entfallen auf langfristige Papiere.

Ausländische Gläubiger hielten Ende 2016 mit rund 84 Mrd EUR den überwiegenden Anteil (57%) an österreichischen Bankanleihen. Heimische private Haushalte (14%) sowie österreichische Banken (12%) sind im Inland die wichtigsten Gläubigergruppen.

Neben den Banken finanzieren sich auch Versicherungen, Pensionskassen und Investmentfonds (sonstiger Finanzsektor), die Ende 2016 rund 16 Mrd EUR an Anleiheverpflichtungen aufwiesen, in erheblichem Maß im Ausland; etwa die Hälfte dieses Volumens ist international platziert. Im Inland entfallen knapp 30% auf private Haushalte und je 10% auf Versicherungen und Banken.

## 2.2 Österreichische Staatsanleihen genießen internationales Renommee

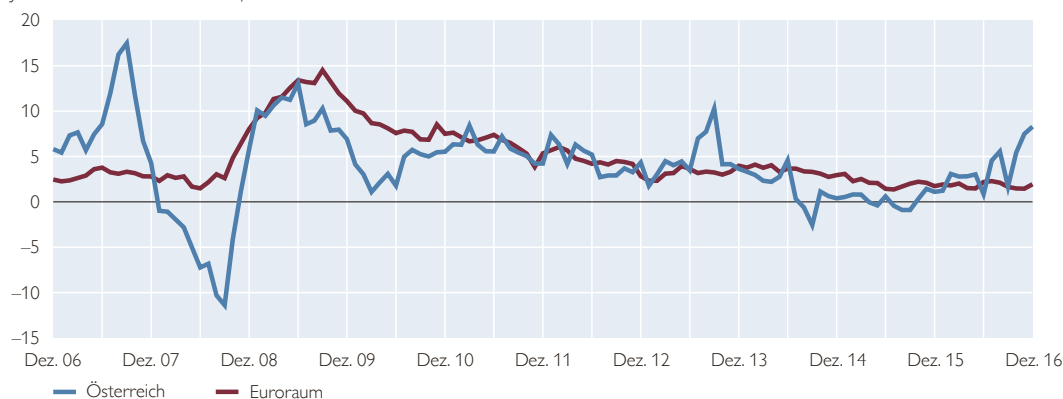
Schuldverschreibungen der Republik Österreich zählen seit Langem zu den weltweit sichersten und daher beliebtesten Anlageprodukten. Der Verlust der höchsten Bonitätsbewertung<sup>7</sup> durch die wichtigsten Ratingagenturen – den nicht nur Österreich, sondern auch zahlreiche andere renommierte Emittenten von Staatsanleihen im Verlauf der Finanzkrise hinnehmen mussten – schmälerte die internationale Nachfrage kaum. Im Gegenteil, Investoren akzeptierten im schwierigen Anlageumfeld der vergangenen Jahre beim Kauf österreichischer Anleihen sogar negative Renditen und signalisierten damit ihre eindeutige Präferenz für Anlagesicherheit. Deren Umlaufvolumen stieg somit seit 2006 – mit wenigen Ausnahmen, insbesondere im Jahr 2008 – durchgehend an (Grafik 4).

Allerdings änderte sich das Bild ab 2015 insofern, als die Oesterreichische Nationalbank im Rahmen des EZB-Ankaufprogramms, das den Erwerb von

Grafik 4

### Österreichs Staatsanleihen sind bei Anlegern gefragt

Jahreswachstumsrate des Umlaufvolumens von Staatsanleihen in %



Quelle: EZB.

<sup>7</sup> Standard & Poors entzog Österreich die beste Bonitätsbewertung im Jänner 2012, Fitch folgte im Februar 2015, Moody's im Juni 2016.

Staatsanleihen durch nationale Zentralbanken vorsieht, verstärkt als Käufer österreichischer Anleihen in Erscheinung und damit teilweise an die Stelle privater Investoren trat.

Ende 2016 befanden sich 67% der staatlich emittierten langfristigen Schuldverschreibungen im Ausland, das entspricht rund 208 Mrd EUR. Ende 2008 hatte der Auslandsanteil sogar 80% betragen. Im Inland sind Kreditinstitute eine wichtige Gläubigergruppe. Sie haben seit 2008 ebenfalls inländische Staatsanleihen zugekauft und halten nun 11% des Gesamtbestands.

Der Umlauf österreichischer Anleihen im Euroraum entspricht mit 3% des gesamten Umlaufvolumens der Mitgliedstaaten jenem Anteil, der seine Wirtschaftsleistung repräsentiert. Andere Länder zeigen in diesem Vergleich teilweise deutliche Abweichungen. Deutschland steht für ein Drittel der Wirtschaftsleistung des Euroraums, deutsche Anleihen erreichen jedoch nur ein Fünftel des gesamten Umlaufs im Euroraum. Dementgegen repräsentiert Italien zwar nur 16% des gemeinsamen BIP, der Anleiheumlauf erreicht jedoch 24%. Auch französische und spanische Anleihen sind im Verhältnis zu ihrem ökonomischen Gewicht im Euroraum etwas überrepräsentiert, die Niederlande sind dagegen unterdurchschnittlich vertreten.

### 3 Anleihen als Anlageinstrument

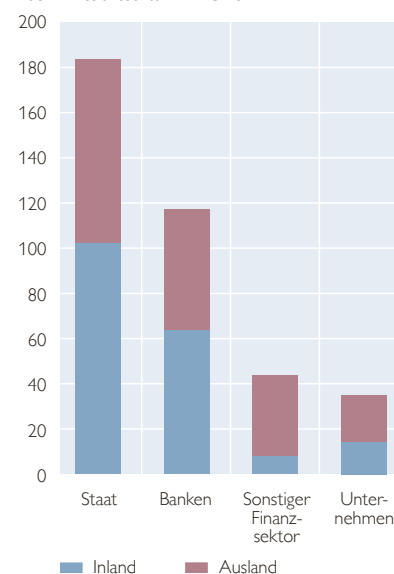
Österreichische Anleger halten rund 380 Mrd EUR an Anleihen, die je zur Hälfte von in- und ausländischen Emittenten begeben wurden (Grafik 5). Staatsanleihen nehmen mit knapp der Hälfte dieses Volumens (184 Mrd EUR) den größten Anteil ein, wobei heimische Staatsschuldverschreibungen (27%) gegenüber Auslandstiteln (21%) etwas stärker gewichtet sind. Anleihen öster-

reichischer und internationaler Banken summieren sich in den Portefeuilles der Anleger auf insgesamt 117 Mrd EUR, ebenfalls etwas zugunsten inländischer Titel. Mit deutlichem Abstand folgen Schuldverschreibungen des sonstigen Finanzsektors (Pensionskassen, Versicherungen, Investmentfonds, Sonstige Finanzinstitute) sowie jene von nicht-finanziellen Unternehmen. In beiden Fällen dominiert der Auslandsanteil.

Grafik 5

#### Sicherheit zuerst – österreichische Investoren kaufen vor allem Staatsanleihen

Österreichs Vermögen aus in- und ausländischen Anleihen nach Emissionssektor in Mrd EUR



Quelle: EZB.

Österreichs Auslandsforderungen aus Anleihen konzentrieren sich auf etwa zehn wichtige Anleihemärkte, die abgesehen von dem der USA alle in Europa liegen und mit 136 Mrd EUR mehr als 70% des gesamten Anlagevolumens in diesem Segment abdecken. Deutschland ist – wie auch in den meisten übrigen Außenwirtschaftsbeziehungen – Österreichs wichtigste Zielregion für internationale Anleihekäufe.

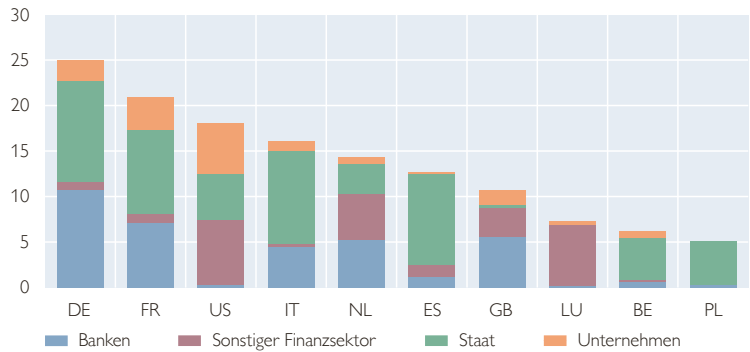
Rund 25 Mrd EUR sind in diese Papiere investiert. Mit deutlichem Abstand folgen Frankreich, die USA, die Niederlande und Spanien. Österreichs Haushaltssektor hält mit knapp 2 Mrd EUR nur in Deutschland nennenswerte Anleihebestände.

Die Struktur der Schuldner ist dabei sehr heterogen (Grafik 6). Während in Italien, Spanien, Frankreich, Belgien und Polen Staatsanleihen als Anlageinstrument – vor allem bei inländischen Investmentfonds und Kreditinstituten – auf Interesse stoßen, dominieren in den USA und Luxemburg überwiegend Titel des sonstigen Finanzsektors. Unternehmensanleihen werden vorzugsweise in den USA, Frankreich und Deutschland gekauft.

Grafik 6

### Deutschland ist wichtigstes Anlageziel österreichischer Anleihekäufer

Österreichs Vermögen aus internationalen Anleihen nach Emissionssektor in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

# Die österreichischen Einlagensicherungssysteme und die Verwendung ihrer Mittel

Birgit Hebesberger<sup>1</sup>

Zur Beurteilung und Überwachung der gesetzlichen Vorgaben im Zusammenhang mit der österreichischen Einlagensicherung werden seit dem 1. Quartal 2016 Daten zu gesicherten Einlagen und Wertpapierdienstleistungen im Rahmen des VERA A1c-Vermögensausweises erhoben. Die nachfolgende Analyse gibt einen Überblick über die österreichischen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssysteme sowie die Verwendung der Mittel dieser Sicherungseinrichtungen.

## 1 Grundlagen

### 1.1 Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (ESAEG)

In Österreich sind Einlagensicherung und Anlegerentschädigung im Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (ESAEG) geregelt. Mit diesem Bundesgesetz werden die EU-Richtlinie 2014/49/EU über Einlagensicherungssysteme und die Richtlinie 97/9/EG über Systeme für die Entschädigung der Anleger in nationales Recht umgesetzt. Die bisherigen Regelungen der §§ 93 bis 93c BWG wurden damit in das neue, am 14. August 2015<sup>2</sup> in Kraft getretene Gesetz übergeführt und an die neue Organisation der Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssysteme angepasst.

#### 1.1.1 Einlagensicherungssysteme

Die Einlagensicherungssysteme (EiSis) dienen grundsätzlich dazu, Kontoinhaber zu schützen und im Fall der Insolvenz eines Kreditinstituts die Erstattung von Einlagen an die Kontoinhaber sicherzustellen. Dabei werden Einlagen EU-weit einheitlich bis zu einer Höhe von 100.000 EUR gesichert.<sup>3</sup> Jedes Kreditinstitut mit Sitz in Österreich, das Kundeneinlagen entgegennehmen oder sicherungspflichtige Wertpapier-

dienstleistungen erbringen möchte, muss einer der nachstehenden fünf Sicherungseinrichtungen angehören, da andernfalls die dafür erteilte Konzession erlischt:<sup>4</sup>

- Sparkassen-Haftungs Aktiengesellschaft
- Einlagensicherung der Banken & Bankiers GmbH
- Österreichische Raiffeisen Einlagensicherung eGen
- Volksbank Einlagensicherung eG
- Hypo-Haftungs-Gesellschaft m.b.H.

In einer Übergangsfrist bis 31. Dezember 2018 wird die bisherige Organisationsstruktur der Sicherungseinrichtungen auf Fachverbandsebene beibehalten. Ab 1. Jänner 2019 soll in Österreich eine gemeinsame, einheitliche Sicherungseinrichtung bei der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) eingerichtet werden, in der die sektoralen Einlagensicherungen aufgehen. Die FMA kann zusätzlich institutsbezogene Sicherungseinrichtungen (IPS) als Alternative zur Sicherungseinrichtung der WKÖ anerkennen. Bei einem IPS handelt es sich um eine freiwillige vertragliche oder satzungsmäßige Haftungsvereinbarung, die alle teilnehmenden Institute dezentraler Bankengruppen absichert und im Bedarfsfall zur Ver-

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, [birgit.hebesberger@oenb.at](mailto:birgit.hebesberger@oenb.at)

<sup>2</sup> Teile des Gesetzes treten erst mit 1. Jänner 2018 bzw. 1. Jänner 2019 in Kraft.

<sup>3</sup> Siehe § 13 Abs. 1 ESAEG.

<sup>4</sup> Siehe § 8 Abs. 1 bis 3 ESAEG.

meidung eines Konkurses ihre Liquidität und Solvenz sicherstellt. Alle österreichischen Kreditinstitute müssen ab 1. Jänner 2019 entweder der einheitlichen Sicherungseinrichtung der WKÖ oder einem IPS angehören.

Von der Einlagensicherung umfasst sind Einlagen von natürlichen und juristischen Personen auf Konten bei in Österreich konzessionierten Banken. Dazu gehören z. B. Girokonten, Gehalts- und Pensionskonten, Sparbücher und Bausparverträge. Nicht gesichert sind hingegen etwa Einlagen von öffentlich-rechtlichen Institutionen oder von institutionellen Investoren wie Kreditinstituten oder Versicherungsunternehmen. Einlagen bei in Österreich ansässigen Zweigstellen von im EU-Ausland konzessionierten Banken sind ebenfalls von der österreichischen Einlagensicherung ausgeschlossen, da diese durch die Einlagensicherung des jeweiligen Heimatstaats der Bank gesichert sind.

Im Sicherungsfall<sup>5</sup>, z. B. Insolvenz eines Instituts, erfolgt bis zum 31. Dezember 2018 die Erstattung einer Einlage durch die relevante Sicherungseinrichtung innerhalb von 20 Arbeitstagen. Ab diesem Zeitpunkt wird die Auszahlungsfrist schrittweise reduziert; ab dem 1. Jänner 2024 beträgt sie nur noch sieben Tage.

Jede Sicherungseinrichtung hat bis zum Jahr 2024 einen Einlagensicherungsfonds in Höhe von zumindest 0,8 % der Summe der gedeckten Ein-

lagen der Mitgliedsinstitute einzurichten.<sup>6</sup> Zur Erreichung dieser Zielausstattung wird den Mitgliedsinstituten von der Sicherungseinrichtung ein jährlicher Beitrag vorgeschrieben, wobei bei Eintritt eines Sicherungsfalls die Sicherungseinrichtung jährlich zusätzliche Beiträge in Höhe von bis zu 0,5 % der gedeckten Einlagen von ihren Mitgliedsinstituten einheben kann. Darüber hinaus kann sie auf Antrag bei der FMA Sonderbeiträge vorschreiben, die über 0,5 % der gedeckten Einlagen hinausgehen. Sollten die Mittel des Einlagensicherungsfonds zusammen mit den zusätzlichen Beiträgen für die Entschädigung sämtlicher Einleger nicht ausreichen, haben die übrigen Sicherungseinrichtungen anteilig Mittel beizusteuern.

Können im Sicherungsfall Auszahlungsansprüche nicht vollständig und rechtzeitig aus den Fondsmitteln und Sonderbeiträgen aller Sicherungseinrichtungen bedient werden, hat die erstbetroffene Sicherungseinrichtung den noch fehlenden Betrag mittels Kreditoperationen zu generieren. Für deren Tilgung haben grundsätzlich alle Sicherungseinrichtungen anteilmäßig beizutragen. Zudem kann der Bundesminister für Finanzen nach Maßgabe besonderer gesetzlicher Ermächtigung die Bundeshaftung für diese Kreditoperationen übernehmen.<sup>7</sup> Grafik 1 gibt einen Überblick über die einzelnen Hierarchiestufen, die im Sicherungsfall zur Anwendung kommen.

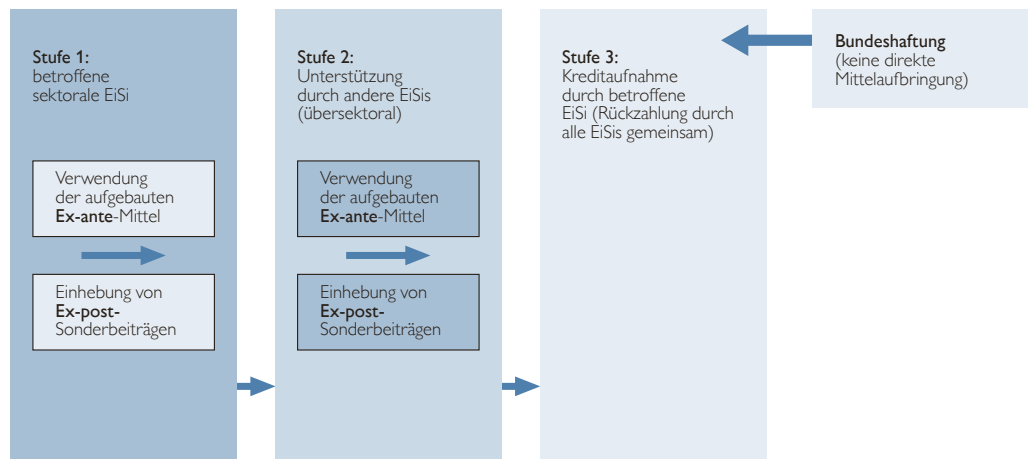
<sup>5</sup> Ein Sicherungsfall im Sinne des 2. Teils dieses Bundesgesetzes tritt gem. § 9 ESAEG dann ein, wenn (i) die FMA festgestellt hat, dass ein Mitgliedsinstitut aus Gründen, die mit seiner Finanzlage unmittelbar zusammenhängen, vorerst nicht in der Lage ist, fällige Einlagen zurückzuzahlen, und gegenwärtig keine Aussicht besteht, dass das Mitgliedsinstitut dazu zukünftig in der Lage sein wird; die FMA hat eine solche Feststellung spätestens fünf Arbeitstage nach dem Zeitpunkt zu treffen, an dem sie erstmals festgestellt hat, dass das betroffene Mitgliedsinstitut seine fälligen und rückzahlbaren Einlagen nicht zurückgezahlt hat oder (ii) hinsichtlich der gedeckten Einlagen eines Mitgliedsinstituts eine Zahlungseinstellung behördlich verfügt wird (§ 70 Abs. 2 BWG, § 78 BWG) oder (iii) ein Gericht über ein Mitgliedsinstitut den Konkurs eröffnet oder die Geschäftsaufsicht (§ 83 BWG) angeordnet hat.

<sup>6</sup> Siehe § 18 ESAEG.

<sup>7</sup> Siehe §§ 24, 25 ESAEG.



### Hierarchiestufen im Sicherungsfall



Quelle: OeNB.

#### 1.1.2 Anlegerentschädigungssysteme

Die Anlegerentschädigungssysteme dienen dazu, Anleger zu schützen und beim Ausfall eines Kreditinstituts oder einer Wertpapierfirma die Auszahlung gesicherter Forderungen aus Wertpapierdienstleistungen bis zu 20.000 EUR sicherzustellen. Wertpapiere, die vertragskonform auf einem Kundendepot liegen, werden von der Bank lediglich verwahrt und stehen im Eigentum des Kunden. Sie wären daher grundsätzlich weder ein Fall für die Einlagensicherung noch für die Anlegerentschädigung. Falls Wertpapiere von der Bank im Sicherungsfall allerdings nicht weisungsgemäß auf ein anderes Depot übertragen oder ausgefolgt werden können, kommt die Anlegerentschädigung zum Tragen.

Von der Anlegerentschädigung umfasst sind u. a. Forderungen aus dem Depotgeschäft, dem Loroemissionsgeschäft sowie dem betrieblichen Vorsorgekassengeschäft.<sup>8</sup> Bei nicht-natürlichen Personen kommt allerdings ein

Selbstbehalt zur Anwendung, der 10 % der Forderung beträgt.

Eine Rückerstattung der sicherungspflichtigen Wertpapierleistungen muss im Sicherungsfall vom Anleger beantragt werden. Eine Auszahlung erfolgt innerhalb von drei Monaten nach Feststellung der Höhe und Berechtigung durch die betroffene Sicherungseinrichtung, wobei die dafür erforderliche Finanzierung durch ex post einzuhebende Sonderbeiträge erfolgt. Kann die betroffene Sicherungseinrichtung die Auszahlung der gesicherten Forderungen nicht voll leisten, so kommt der in Grafik 1 dargestellte Stufenprozess sinngemäß zur Anwendung.

#### 1.2 Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG)

Wenn es anstatt eines regulären Insolvenzverfahrens zu einer Abwicklung des betroffenen Instituts kommt, so kommen die Bestimmungen des österreichischen Bundesgesetzes über die

<sup>8</sup> Siehe § 45 Abs. 4 ESAEG.



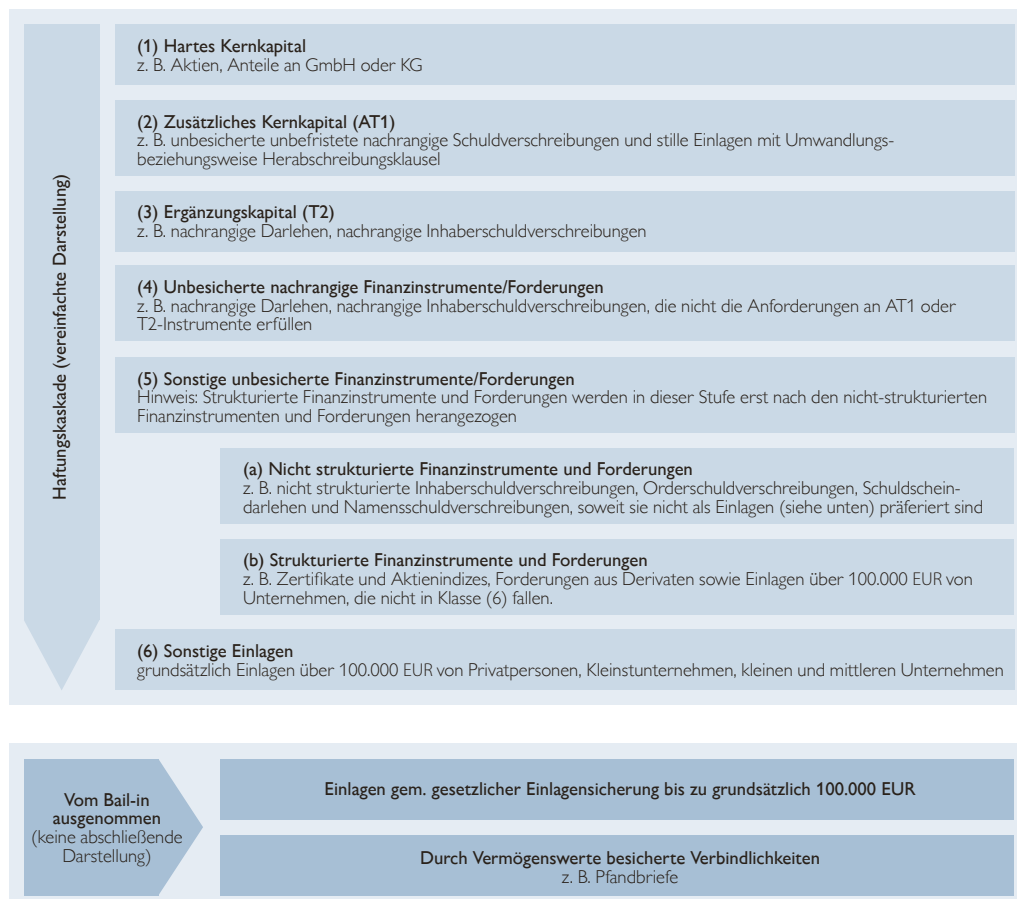
Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) zur Anwendung. Mit dem BaSAG wird die EU-Richtlinie 2014/59/EU zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen in nationales Recht umgesetzt.

Die Sicherungseinrichtungen spielen im Rahmen einer Abwicklung insofern eine Rolle, als deren Mittel gemäß § 132 BaSAG unter bestimmten Voraussetzungen auch für diese Zwecke verwendet werden dürfen.

Generell sollte die Regel gelten, dass eine Bank in unumkehrbarer Schieflage im Rahmen der nationalen Insolvenzgesetze liquidiert wird. Da dies aufgrund negativer Auswirkungen auf die Stabilität des Finanzsektors in bestimmten Fällen nicht durchführbar ist, sieht das BaSAG Maßnahmen für eine geordnete Abwicklung vor. Zur Abwicklung einer Bank kommt es, wenn die vorgelagerten Maßnahmen im Sinne von Vorbeugung<sup>9</sup> und frühzeitigem Eingreifen<sup>10</sup> – nicht zum ge-

Grafik 2

## Haftungskaskade



Quelle: BaSAG.

<sup>9</sup> Unter die Maßnahme „Vorbeugung und Prävention“ fallen etwa die Erstellung von Sanierungs- und Abwicklungsplänen sowie die Stärkung der Präventionsbefugnisse der Aufsichtsbehörden.

<sup>10</sup> Unter die Maßnahme „frühzeitiges Eingreifen der Aufsichtsbehörden“ fallen z. B. die Umsetzung bestimmter Maßnahmen des Sanierungsplans, die Einberufung von Hauptversammlungen zwecks Verabschiedung dringlicher Maßnahmen oder die Beauftragung der Erstellung von Umschuldungsplänen.

wünschten Erfolg geführt haben und eine reguläre Insolvenz aufgrund der damit einhergehenden Gefährdung der Finanzmarktstabilität nicht im öffentlichen Interesse wäre.

Für eine geordnete Abwicklung werden den durchführenden Behörden bestimmte Instrumente zur Verfügung gestellt. Das wichtigste Abwicklungsinstrument im BaSAG ist die Gläubigerbeteiligung, das sogenannte Bail-in. Damit soll gewährleistet werden, dass zunächst die Eigentümer (z. B. Aktionäre) und die ungesicherten Einlagen von Gläubigern für Verluste und Kosten der Stabilisierung des abzuwickelnden Instituts aufzukommen haben und nicht der Staat bzw. die Steuerzahler.

Im Rahmen eines Bail-in werden Finanzinstrumente und Forderungen in verschiedene Klassen eingeteilt und nach einer gesetzlichen Rangfolge, der sogenannten Haftungskaskade, zur Haftung herangezogen. Die Verlustübernahme erfolgt stufenweise, das heißt, die Gläubiger der nächsten Stufe werden erst dann herangezogen, wenn die Ansprüche der vorangegangenen Gläubigerstufe nicht ausreichen, um die Verluste zu decken. Nicht gedeckte Einlagen von Privatpersonen sowie von kleinen und mittleren Unternehmen in Höhe von über 100.000 EUR haben

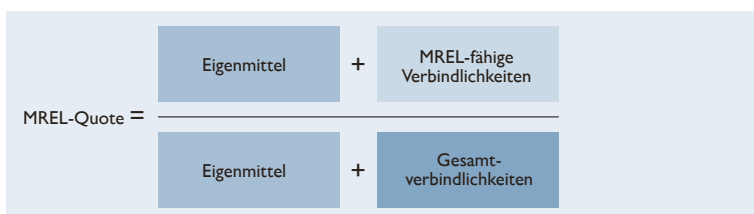
eine privilegierte Stellung und sind erst als Letzte in der Rangfolge vom Bail-in betroffen. Eine detaillierte Übersicht zur Haftungskaskade zeigt Grafik 2.

Gänzlich ausgenommen von einer Gläubigerbeteiligung sind neben den Einlagen gemäß der gesetzlichen Einlagensicherung bis 100.000 EUR unter anderem auch durch Vermögenswerte besicherte Verbindlichkeiten wie Pfandbriefe oder Verbindlichkeiten aus einem Treuhandverhältnis.<sup>11</sup> Die Einlagen, die von der Einlagensicherung gedeckt sind, bleiben im Abwicklungsfall als Forderung des Einlegers gegen die Bank erhalten, sodass ein Entschädigungsverfahren nicht notwendig wird. Vor diesem Hintergrund sollen anstelle der Einleger die Einlagensicherungssysteme an den Kosten der Abwicklung beteiligt werden. Das Ausmaß der Haftung beläuft sich dabei auf jenen Betrag, um den die gesicherten Einlagen hypothetisch herabgeschrieben worden wären, um die Verluste des Instituts auszugleichen. Er ist jedoch mit 0,4 % der gedeckten Einlagen der Sicherungseinrichtung gedeckelt.<sup>12</sup>

Um sicherzustellen, dass die Banken im Abwicklungsfall auch in ausreichender Höhe Eigenmittel und wandelbares Fremdkapital für die Verlusttragung und Rekapitalisierung vorhalten, wurde im Rahmen der Vorschriften des Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities (MREL) gemäß § 100 BaSAG eine RWA-unabhängige Kapital-Kennziffer eingeführt. Die Höhe des zu haltenden MREL-Kapitals ist vom jeweiligen Institut abhängig und wird individuell von der Abwicklungsbehörde (FMA) festgesetzt. Im Abwicklungsfall sollen durch die Herabschreibung von Fremdkapital in

Grafik 3

### MREL-Quote



Quelle: EBA.

<sup>11</sup> Siehe § 86 Abs. 2 BaSAG.

<sup>12</sup> Siehe § 132 BaSAG.

Eigenkapital Verluste ausgeglichen und die Eigenmittelausstattung wieder auf ein Niveau angehoben werden, das den Fortbestand des Instituts erlaubt. Die MREL-Quote wurde wie in Grafik 3 dargestellt definiert.

Allerdings qualifizieren sich nicht alle bail-in-fähigen Verbindlichkeiten für die Anrechnung auf die MREL-Quote. Nur wenn sechs Kriterien<sup>13</sup> kumulativ erfüllt werden, dürfen die Verbindlichkeiten im Zähler der Kennzahl berücksichtigt werden:

1. Die Verbindlichkeit ist in der Höhe entstanden, in der sie berücksichtigt wird.
2. Die Verbindlichkeit besteht nicht gegenüber dem Institut und ist nicht durch dieses garantiert oder besichert.
3. Die Verbindlichkeit wird weder direkt noch indirekt durch das Institut finanziert.
4. Die Verbindlichkeit hat eine Restlaufzeit von mindestens einem Jahr.
5. Die Verbindlichkeit resultiert nicht aus einem Derivat.
6. Bei der Verbindlichkeit handelt es sich nicht um Einlagen, die in einem Insolvenzverfahren vorrangig zu befriedigen sind.

Können die Kosten der Abwicklung nicht ausreichend durch den Bail-in getragen werden, muss in der Folge der

einheitliche Abwicklungsfonds einspringen. Dieser ist von den Instituten ihren Verbindlichkeiten und ihrem Risikoprofil entsprechend zu dotieren und soll bis zum Jahr 2024 ein Zielvolumen von 1% der gedeckten Einlagen betragen – das entspricht EU-weit rund 55 Mrd EUR.

## 2 Datenanalyse und Ausblick

Als Datenbasis dienen die unkonsolidierten Meldungen österreichischer Kreditinstitute zur *Vermögenslage unkonsolidiert, Anlage A1c* zum 30. September 2016. Wie in Tabelle 1 ersichtlich, meldeten zum 30. September 2016 insgesamt 629 Kreditinstitute Daten zur Einlagensicherung und zur Anlegerentschädigung in der *Vermögenslage unkonsolidiert, Anlage A1c*. Fast zwei Drittel aller meldenden Kreditinstitute gehören der Österreichischen Raiffeisen Einlagensicherung eGen an. Weitere 9,1% aller Meldungen entfallen auf die Einlagensicherung der Banken & Bankiers GmbH, dicht gefolgt von der Sparkassen-Haftungs Aktiengesellschaft mit einem Anteil von 8,9%. Deutlich weniger Meldungen liegen seitens der Volksbank Einlagensicherung eG und der Hypo-Haftungs-Gesellschaft m.b.H. vor, denen gemeinsam nur 5,5% aller Institute zugehören. Von 21 Kreditinstituten,

Tabelle 1

### Meldende Kreditinstitute der Sicherungseinrichtungen im 3. Quartal 2016

Sicherungseinrichtung	Anzahl Institute	Anteil
Sparkassen-Haftungs AG	56	8,9%
Einlagensicherung der Banken & Bankiers GmbH	57	9,1%
Österreichische Raiffeisen Einlagensicherung eGen	460	73,1%
Volksbank Einlagensicherung eG	26	4,1%
Hypo-Haftungs-GmbH	9	1,4%
Leermeldungen	21	3,3%
<b>Gesamt</b>	<b>629</b>	<b>100,0%</b>

Quelle: OeNB.

<sup>13</sup> Siehe § 100 Abs. 2 BaSAG.

### Meldedaten der österreichischen Kreditinstitute im Überblick

A) Summe der gemeldeten Einlagen: 648,9 Mrd EUR		
Erstattungsfähige Einlagen: 329,6 Mrd EUR		Nicht erstattungsfähige Einlagen: 319,3 Mrd EUR
Gedekte Einlagen: 208,8 Mrd EUR (exkl. zeitlich begrenzte Einlagen)	Nicht gedeckte Einlagen: 331,1 Mrd EUR (inkl. zeitlich begrenzte Einlagen)	Nicht gedeckte Einlagen: 109,1 Mrd EUR (nicht bail-in-fähig)
	Nicht MREL-fähige Einlagen: 233,0 Mrd EUR	MREL-fähige Einlagen: 98,1 Mrd EUR
B) Summe der sicherungspflichtigen Wertpapier-Dienstleistungen: 27,7 Mrd EUR		

Quelle: OeNB.

überwiegend Kapitalanlagegesellschaften, die zum 30. September 2016 keine relevanten Einlagen hielten, wurden Leermeldungen abgegeben.

Die von den Kreditinstituten zu meldenden Daten werden in der Ausweisrichtlinie zum *Vermögensausweis unkonsolidiert, Anlage A1c* beschrieben. Gemeinsam mit dem Schaubild sowie den für die Datenqualitätssicherung relevanten Prüfregeln werden sie auf der OeNB-Website veröffentlicht.<sup>14</sup>

Die österreichischen Kreditinstitute meldeten per 30. September 2016 gedeckte Einlagen in Höhe von 208,8 Mrd EUR und sicherungspflichtige Wertpapierdienstleistungen in Höhe von 27,7 Mrd EUR (siehe Grafik 4). Nach Einlegern betrachtet hat dabei die Gruppe der natürlichen Personen mit 91,9% den mit Abstand größten Anteil an den gedeckten Einlagen. Insgesamt ist damit etwa ein Drittel aller gemeldeten erstattungs- und nicht erstattungsfähigen Einlagen von der Einlagensicherung umfasst.

Um diesen Ansprüchen im Anfall nachkommen zu können, muss jede Sicherungseinrichtung bis zum Jahr 2024 0,8% der gedeckten Einlagen aller ihr zugeordneten Institute vorhalten. Auf Basis der gedeckten Einlagen sind das per 30. September 2016 über alle österreichischen Sicherungseinrichtungen 1,7 Mrd EUR.

Nicht von der Einlagensicherung umfasst sind hingegen nicht gedeckte, bail-in-fähige Einlagen in Höhe von 331,1 Mrd EUR. Dabei handelt es sich zu rund zwei Dritteln um die Einlegergruppe der Institute und nichtfinanziellen Unternehmen. Des Weiteren werden Einlagen von natürlichen Personen oder KMUs über 100.000 EUR, Einlagen vom Staat oder von anderen CRR-Instituten als nicht gedeckte Einlagen gemeldet.

Kommt es anstatt eines regulären Insolvenzverfahrens zu einer Abwicklung des Instituts, so dürfen auch zu diesem Zweck die Mittel der Sicherungseinrichtungen bis zu einer Höhe

<sup>14</sup> Siehe [https://www.oenb.at/dam/jcr:51d29c9b-6f72-4400-9c4a-2c5cac4b9e9c/VERA-unkonsolidiert\\_Download-Gesamt.zip](https://www.oenb.at/dam/jcr:51d29c9b-6f72-4400-9c4a-2c5cac4b9e9c/VERA-unkonsolidiert_Download-Gesamt.zip)

von 0,4% der gedeckten Einlagen herangezogen werden. Sie werden damit anstelle der Einleger von gedeckten Einlagen an den Kosten der Abwicklung beteiligt. Darüber hinaus können nicht gedeckte Einlagen in Höhe von 331,1 Mrd EUR bzw. rund die Hälfte aller erstattungs- und nicht erstattungsfähigen Einlagen im Rahmen eines Bail-ins zwecks Verlusttragung bzw. Rekapitalisierung eines betroffenen Instituts in Anspruch genommen werden. Lediglich 98,1 Mrd EUR bzw. 29,6% dieser Einlagen dürfen jedoch bei der Berechnung bzw. Erfüllung der MREL-Quote, deren Höhe je nach Bank individuell von der Aufsichtsbehörde festgelegt wird, berücksichtigt werden.

Auf europäischer Ebene sind künftig maßgebliche Änderungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung beabsichtigt. So wurde in Brüssel ein Vorschlag unterbreitet, der bis

zum Jahr 2024 eine EU-weite Vergemeinschaftung der Einlagensicherung (European Deposit Insurance System, EDIS) in drei Schritten vorsieht. Zunächst soll – ab dem Jahr 2017 – ein Rückversicherungssystem geschaffen werden, das nur haftet, wenn die Mittel des nationalen Einlagensicherungssystems erschöpft sind. In einem zweiten Schritt wird das System zu einem Mitversicherungssystem ausgestaltet. Die Kosten sollen dann zwischen der nationalen Einlagensicherung und EDIS, das einen jährlich steigenden Kostenanteil zu tragen hat, geteilt werden. Schließlich ist vorgesehen, dass ab dem Jahr 2024 die einheitliche Europäische Einlagensicherung allein für die Kostentragung zuständig wäre. In Bezug auf diesen Vorschlag kam es jedoch aufgrund massiver Kritik aus mehreren Ländern bislang zu keiner Einigung.

# Kreditnachfrage erneut gestiegen

## Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom April 2017

Gerald Hubmann<sup>1</sup>

Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten ist im ersten Quartal 2017 erneut gestiegen. Die Umfrageergebnisse weisen ab dem vierten Quartal 2016 erstmals seit 2007 eine eindeutig positive Entwicklungsrichtung auf. Diese Belebung ist vor dem Hintergrund einer stärker werdenden Konjunktur zu sehen. Auch im Privatkundengeschäft kam es im ersten Quartal 2017 zu einer leicht gestiegenen Nachfrage.

Im Unternehmenskundengeschäft haben die Banken im ersten Quartal 2017 die Margen für durchschnittliche Kredite weiter gelockert. Ansonsten blieb das Kreditvergabeverhalten weitgehend unverändert. Es wird jedoch betont, dass sich die aktuellen Kreditrichtlinien im langfristigen Vergleich seit 2003, dem Jahr der ersten Umfrage, auf einem straffen – und in den letzten Jahren tendenziell straffer gewordenen – Niveau befinden.

Beim Zugang der Banken zu Refinanzierungsquellen setzte sich die insgesamt seit Mitte 2016 zu beobachtende Erholung im ersten Quartal 2017 fort.

Die Umfrageteilnehmer schreiben dem Ankaufprogramm des Eurosystems eine Verbesserung ihrer Liquiditätssituation und ihrer Finanzierungsbedingungen sowie eine Verschlechterung ihrer Ertragslage (gesunkene Nettozinsmargen) zu. Das Mehr an liquiden Mitteln stammt vor allem aus gestiegenen Kundeneinlagen.

Der negative Einlagenzinssatz äußert sich gemäß den Ergebnissen der Umfrage in einem anhaltenden Abwärtsdruck auf die Kreditzinsen und mehr noch in einer Belastung der Zinserträge der Banken.

Punktuelle Ergebnisse für die einzelnen Quartale sind den Tabellen 1 bis 3 zu entnehmen, die Grafiken 1 bis 4 stellen längerfristige Trends von Hauptergebnissen dar. Erläuterungen finden sich im Kasten am Ende des Artikels. In den Abschnitten 4 und 5 geht es um die Auswirkungen der geldpolitischen Maßnahmen des Eurosystems auf die Banken und ihre Kreditvergabe. Vorab erfolgt der wichtige Hinweis, dass die Geldpolitik auf den Euroraum insgesamt ausgerichtet ist. Ihre Wirksamkeit kann nicht anhand der hier präsentierten Österreich-Ergebnisse besprochen werden. Abschnitt 6 betrachtet das Niveau der Kreditrichtlinien im langfristigen Vergleich. Illustriert werden diese Ausführungen mit Grafik 5.

### 1 Unternehmenskredite: Nachfrage erneut gestiegen

Im ersten Quartal 2017 kam es erneut zu einem Anstieg der Nachfrage nach Unternehmenskrediten. Ab dem Vorquartal ist hier erstmals seit 2007 eine eindeutig positive Entwicklungsrichtung zu erkennen, die auch im Ausblick auf das kommende zweite Quartal 2017 ihre Bestätigung findet (siehe Tabelle 1 und Grafik 2<sup>2</sup>). Nach den noch verhaltenen Angaben für das vierte Quartal 2016 aus der letzten Umfrage fallen die Ergebnisse für das erste Quartal 2017 zudem deutlich aus – vier von acht befragten Banken sehen eine insgesamt gestiegene Nachfrage, bei den langfristigen Krediten sogar fünf von acht Banken.

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, gerald.hubmann@oenb.at

<sup>2</sup> Hinweis: Grafik 2 zeigt die Entwicklung anhand des gleitenden Durchschnitts der letzten vier Quartale, wodurch die Ergebnisse geglättet werden. Eventuell von der Beschreibung abweichende Einzelquartalszahlen stellen daher keinen inhaltlichen Widerspruch dar.



Diese Belebung ist vor dem Hintergrund einer stärker werdenden Konjunktur zu sehen. WIFO und IHS haben in ihren aktuellen Prognosen vom März die Zahlen für das erwartete reale Wirtschaftswachstum 2017 von rund 1,5 % auf knapp 2,0 % nach oben revidiert. Das durchschnittliche Jahreswachstum von 2,6 % der zehn Vorkrisenjahre vor 2008 wird nicht erreicht, nach dem Auf und Ab der ersten Krisenjahre und der verhaltenen Konjunktur von 2012 bis 2015 dürfte die österreichische Wirtschaft aber wieder einem stabilen Wachstumskurs folgen.<sup>3</sup>

Im Rahmen der Umfrage über das Kreditgeschäft nennen die Teilnehmer seit dem vierten Quartal 2016 vor allem den Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen als Grund für die gestiegene Nachfrage. Dieser Bestimmungsfaktor wurde seit 2008 fast durchgehend mit negativem Einfluss als der dominierende Grund für die vormals rückläufige Entwicklung der gesamten Kreditnachfrage genannt – zuletzt mit besonderer Deutlichkeit im zweiten Halbjahr 2014 und in geringerem Ausmaß im ersten Halbjahr 2015.

Für das erste Quartal 2017 wurden Änderungen von bestehenden Kreditverträgen, die zu einer Erhöhung des Kreditbetrags oder einer Verlängerung der Laufzeit führen, als die Nachfrage belebend genannt (siehe Tabelle 1, Punkt „Refinanzierungen, Umschuldungen und Neuverhandlungen“). Die Innenfinanzierung machte im ersten Quartal 2017 dem Bankkredit kaum zusätzliche Konkurrenz, nachdem sie 2016 stets als die Kreditnachfrage dämpfend eingestuft worden war und den Umfrageergebnissen zufolge als

alternative Finanzierungsquelle an Bedeutung gewonnen hatte. Es wird angemerkt, dass aus wirtschaftlicher Gesamtsicht eine dynamische Investitionstätigkeit der Unternehmen und die grundsätzliche Möglichkeit der Finanzierung von Investitionen von Bedeutung sind. Die in den Umfrageergebnissen sichtbare Substitution von Bankkrediten durch alternative Finanzierungsinstrumente ist in diesem Sinne nicht als Verschlechterung zu interpretieren.

Das allgemeine niedrige Zinsniveau vermag, gemäß den Angaben der teilnehmenden Banken, die Kreditnachfrage seit 2015 kaum zu bewegen. (Vorher wurde nicht ausdrücklich nach diesem Einflussfaktor gefragt.)

Bezüglich der Kreditrichtlinien gibt es nichts Neues zu berichten. Ab dem dritten Quartal 2015 gab es kaum noch Änderungen, nachdem das erste Halbjahr 2015 deutliche Verschärfungen gebracht hatte (damals vor allem mit der Risikotoleranz der Banken begründet).

Im Gegensatz dazu ist bei den Margen (als Teil der Kreditbedingungen) eine dynamische und differenzierte Entwicklung zu erkennen, die sich im ersten Quartal 2017 weiter ausprägte. Die Aufschläge auf Zinsen für durchschnittliche Kredite wurden abermals reduziert (gelockerte Margen), jene für risikoreichere Kredite wurden zum wiederholten Male weitgehend unverändert belassen. Ein auch aus den Ergebnissen dieser Umfrage sich ergebender – wiederkehrender – Befund ist somit, dass die Bonität der Kreditnehmer zunehmend Gewicht bekommt. Insgesamt blieben die Kreditbedingungen im ersten Quartal 2017 allerdings

<sup>3</sup> WIFO und IHS erwarten für 2017 ein reales Wirtschaftswachstum von 2,0 % bzw. 1,7 % (Aufwärts-Revisionen von 0,5 bzw. 0,3 Prozentpunkten), sowie für 2018 eines von 1,8 % bzw. 1,5 % (Aufwärts-Revisionen von 0,4 bzw. 0,0 Prozentpunkten). Im Jahr 2016 ist das reale BIP laut Statistik Austria um 1,5 % gestiegen. Das durchschnittliche reale BIP-Wachstum der Jahre 1998 bis 2007 (2,6 %) errechnet sich als arithmetisches Mittel der von Statistik Austria veröffentlichten Jahreswachstumsraten.

**Kredite oder Kreditrahmen für Unternehmen****Veränderung im jeweiligen Quartal<sup>1</sup>, Ergebnisse für Österreich**Saldo aus positiven und negativen Antworten,<sup>2</sup> Antworten von 7 bzw. 8 Banken

	2013				2014				2015				2016				2017	
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2
<b>Kreditrichtlinien</b> (Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)																		
Gesamt	-1	-1	0	0	-1	-2	1	0	-2	-3	0	0	-1	0	-1	-1	0	1
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	-1	1	0	0	0	2	0	-1	-2	0	0	0	0	-1	-1	0	1
Kredite an große Unternehmen	-1	-1	0	0	-1	-2	1	0	-3	-2	1	0	-1	1	-1	-1	0	1
Kurzfristige Kredite (Laufzeit bis zu einem Jahr)	-1	-1	0	0	-1	-1	0	0	-1	-2	0	0	-1	0	-1	0	0	1
Langfristige Kredite (Laufzeit über ein Jahr)	-3	-1	0	0	-1	-2	0	-1	-3	-4	0	0	-1	-1	-1	-2	0	1
<b>Kreditbedingungen</b> (Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)																		
Gesamt	x	x	x	x	x	x	x	x	-3	-2	0	0	-1	0	2	0	1	x
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	x	x	x	x	x	x	x	x	-2	-2	0	0	-1	-1	1	0	1	x
Kredite an große Unternehmen	x	x	x	x	x	x	x	x	-3	-2	0	0	-1	0	1	0	1	x
<b>Margen für durchschnittliche Kredite</b> (Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)																		
Gesamt	-1	0	-1	0	-1	1	-1	-1	-3	0	0	1	-1	2	3	1	4	x
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	-1	2	-1	-1	2	-1	-1	-1	0	2	2	0	1	2	2	3	x
Kredite an große Unternehmen	-2	-1	0	0	-1	2	-1	-1	-3	-1	1	0	-2	2	2	1	4	x
<b>Margen für risikoreichere Kredite</b> (Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)																		
Gesamt	-4	-3	-1	-1	-2	-2	-1	-1	-3	-2	-1	0	-2	0	1	0	0	x
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-3	-3	-1	-2	-1	-2	-1	-1	-1	-2	-1	0	-2	-1	0	0	0	x
Kredite an große Unternehmen	-3	-3	-2	-1	-2	-2	-1	-2	-3	-3	-1	0	-2	0	2	0	1	x
<b>Genehmigte Kreditanträge</b> (gestiegen = positiv, gesunken = negativ)																		
Anteil bezogen auf das Gesamtvolumen	x	x	x	x	x	x	x	x	0	-1	-1	0	-1	0	1	0	-1	x
<b>Kreditnachfrage</b> (gestiegen = positiv, gesunken = negativ)																		
Gesamt	-1	-2	0	0	-2	0	-3	-2	1	-1	-2	0	-1	1	1	2	4	4
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	-1	-1	-1	-2	0	-1	-2	0	0	0	1	-1	1	1	3	3	2
Kredite an große Unternehmen	-3	-2	-1	-1	-2	-1	-2	-1	0	-1	-2	0	-1	1	-1	3	4	4
Kurzfristige Kredite (Laufzeit bis zu einem Jahr)	1	0	-1	-1	-1	0	0	0	1	-1	-1	0	0	0	1	1	1	1
Langfristige Kredite (Laufzeit über ein Jahr)	0	-1	0	1	-2	0	-3	-2	-1	0	-1	1	-1	1	-1	3	5	5
<b>Einfluss von Refinanzierungskosten und bilanziellen Restriktionen auf:</b> (Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)																		
Kreditbedingungen	x	x	x	x	x	x	x	x	-4	-3	-1	-1	-3	-1	-1	-1	1	x
Margen für durchschnittliche Kredite	x	x	x	x	x	x	x	x	-3	-2	0	-1	-3	-1	-1	0	1	x
Margen für risikoreichere Kredite	x	x	x	x	x	x	x	x	-4	-2	0	-1	-4	-1	-1	-1	1	x
<b>Einfluss der Wettbewerbssituation auf</b> (Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)																		
Kreditbedingungen	x	x	x	x	x	x	x	x	0	0	1	0	-1	3	2	1	2	x
Margen für durchschnittliche Kredite	x	x	x	x	x	x	x	x	1	1	3	2	-1	2	2	0	2	x
Margen für risikoreichere Kredite	x	x	x	x	x	x	x	x	-1	0	0	0	-1	0	1	0	1	x
<b>Kreditnachfrage gesamt, ausgewählte Einflussfaktoren</b> (Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)																		
Anlageinvestitionen	-3	-3	-1	1	-4	-1	-5	-5	-3	-2	-1	1	-1	0	-2	2	3	x
Allgemeines Zinsniveau	x	x	x	x	x	x	x	x	0	0	0	0	0	0	1	1	1	x
Refinanzierung, Umschuldung und Neuverhandlung	-1	0	0	-1	-1	1	1	0	0	1	0	1	0	3	1	1	2	x
Innenfinanzierung	0	0	0	0	2	0	0	-1	-1	-1	-1	-1	-3	-3	-2	-3	-1	x
Begebung/Tilgung von Schuldverschreibungen	0	-2	-2	-2	-2	-1	0	-1	-2	0	-2	-1	-1	-1	-1	0	0	x

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.<sup>2</sup> Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.



Tabelle 2

## Kredite an private Haushalte

### Veränderung im jeweiligen Quartal<sup>1</sup>, Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten<sup>2</sup>, Antworten von 7 Banken

	2013				2014				2015				2016				2017	
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2
<b>Kreditrichtlinien</b>	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	0	1	0	0	0	0	1	0	0	2	0	-1	0	-2	1	0	0	0
Konsumkredite und sonstige Kredite	0	1	0	0	0	1	1	0	-1	1	0	-1	0	0	1	0	0	0
<b>Kreditbedingungen</b>	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	x	x	x	x	x	x	x	x	-1	-1	0	-1	0	-1	0	1	0	x
Konsumkredite und sonstige Kredite	x	x	x	x	x	x	x	x	1	0	0	0	0	0	0	0	0	x
<b>Margen für durchschnittliche Kredite</b>	<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	1	1	1	1	1	2	1	-1	0	0	0	-1	1	1	1	0	1	x
Konsumkredite und sonstige Kredite	0	-1	1	1	1	2	0	1	3	1	1	0	-1	0	0	1	0	x
<b>Margen für risikoreichere Kredite</b>	<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	-1	-1	0	0	0	0	-1	-2	-2	-3	-2	0	-1	0	0	-1	0	x
Konsumkredite und sonstige Kredite	-1	-2	0	0	0	1	-1	1	1	-2	-1	0	-1	0	0	0	x	x
<b>Genehmigte Kreditanträge</b>	<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	x	x	x	x	x	x	x	x	1	1	0	0	0	0	0	0	-1	x
Konsumkredite und sonstige Kredite	x	x	x	x	x	x	x	x	-2	-1	-1	-1	0	1	0	0	0	x
<b>Kreditnachfrage</b>	<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	2	2	0	-3	1	3	0	1	1	2	3	0	1	1	0	0	2	-1
Konsumkredite und sonstige Kredite	0	0	0	-3	1	3	0	-2	-1	0	2	-1	0	0	1	1	2	0
<b>Nachfrage nach Wohnbaukrediten, ausgewählte Einflussfaktoren</b>	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																	
Aussichten auf dem Wohnimmobilienmarkt und voraussichtliche Entwicklung der Preise für Wohneigentum	3	1	0	-1	0	2	0	1	1	2	1	0	0	0	0	0	1	x
Konsumentenvertrauen	1	0	0	0	1	2	1	0	0	2	1	2	1	1	1	1	1	x
Allgemeines Zinsniveau	x	x	x	x	x	x	x	x	2	3	4	1	2	1	1	1	2	x
Kredite von anderen Banken	-1	1	-1	-1	-1	-1	0	-1	-1	0	-1	-2	-2	-1	-1	-1	-1	x
<b>Nachfrage nach Konsumkredit und sonstigen Krediten, ausgewählte Einflussfaktoren</b>	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																	
Konsumentenvertrauen	0	-1	1	0	0	2	1	-1	0	0	2	0	0	0	0	0	0	x
Allgemeines Zinsniveau	x	x	x	x	x	x	x	x	1	1	2	0	0	0	1	1	1	x
Kredite von anderen Banken	0	0	-1	-1	-1	-1	0	-2	-1	0	0	-1	-1	-1	-1	0	1	x
<b>Weiter ausgewählte Einflussfaktoren</b>	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																	
Wettbewerbssituation → Kreditbedingungen insgesamt bei Wohnbaukrediten	x	x	x	x	x	x	x	x	0	0	1	0	0	1	1	2	1	x
Wettbewerbssituation → Margen für durchschnittliche Wohnbaukredite	x	x	x	x	x	x	x	x	0	-1	1	-1	1	2	1	1	1	x

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

<sup>2</sup> Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

weitgehend unverändert. Gründe für Lockerungen bei den Margen und Bedingungen sind den Ergebnissen weni-

ger akzentuiert zu entnehmen als bei der Nachfrage. Eine verschärfte Wettbewerbssituation kann hier genannt

werden, ohne sie dabei besonders zu betonen.

## 2 Kredite an private Haushalte: Nachfrage leicht gestiegen

Auch im Privatkundengeschäft stieg die Kreditnachfrage, sowohl nach Wohnbaukrediten als auch nach Konsumkrediten, im ersten Quartal 2017 – die Angaben der Umfrageteilnehmer waren aber verhaltener als für das Unternehmenskundengeschäft. Ab dem vierten Quartal 2015 hatte es kaum Veränderungen gegeben.

Ähnlich zurückhaltend sind die an der Umfrage teilnehmenden Banken in Bezug auf die Gründe für die gestiegene Nachfrage nach Wohnbaukrediten. Das anhaltend niedrige Zinsniveau tritt hier aktuell positiv in Erscheinung – wie auch schon in der Vergangenheit

(vor allem in den ersten drei Quartalen 2015).

Die Zinspolitik der EZB hat den Umfrageergebnissen zufolge seit 2015 leicht expansive Auswirkungen auf die private Wohnbaufinanzierung. Die Nachfrage nach Konsumkrediten und die Nachfrage nach Unternehmenskrediten (siehe Abschnitt 1) waren und sind davon aber nur geringfügig (Konsumkredite) bzw. weitgehend nicht (Unternehmenskredite) betroffen. Vor 2015 wurde das Zinsniveau nicht ausdrücklich in der Umfrage thematisiert.<sup>4</sup>

Beim Kreditvergabeverhalten der Banken gegenüber privaten Haushalten gab es im ersten Quartal 2017, wie schon seit einiger Zeit, kaum Änderungen. Richtlinien, Bedingungen und Margen (als Teil der Bedingungen) blieben weitgehend unverändert.

Tabelle 3

### Zugang der Banken zu ausgewählten Refinanzierungsquellen

#### Veränderung im jeweiligen Quartal<sup>1</sup>, Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten<sup>2</sup>, Antworten von 8 Banken (vor 2015 von 5 bis 7 Banken)

	2013				2014				2015				2016				2017	
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2
<i>(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)</i>																		
<b>Retail-Refinanzierung</b>																		
Kurzfristige Einlagen (bis zu einem Jahr)	-1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	-1	0	1	2	1	1	2	1
Langfristige Einlagen (über ein Jahr)	0	2	0	0	-2	-3	-1	-2	-4	-5	-4	-2	1	-1	0	0	0	0
<i>(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)</i>																		
<b>Unbesicherter Interbankengeldmarkt</b>																		
Sehr kurzfristiger Geldmarkt (bis zu einer Woche)	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1	2	1
Kurzfristiger Geldmarkt (über eine Woche)	1	1	1	0	-2	0	-1	0	-3	-1	-1	-2	-1	-1	0	2	2	1
<i>(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)</i>																		
<b>Großvolumige Schuldtitel</b>																		
Kurzfristige Schuldtitel <sup>3</sup>	0	0	0	0	-1	0	0	0	-3	-2	-1	-2	-2	0	-1	0	0	0
Mittel- bis langfristige Schuldtitel	2	2	0	0	-3	-2	3	1	-1	-4	-2	-5	-4	-2	0	0	3	3

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

<sup>2</sup> Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

<sup>3</sup> Antworten von 5 bzw. 7 Banken (vor 2015 von 4 bis 6 Banken).

<sup>4</sup> Der Hauptrefinanzierungssatz lag Anfang 2015 bei 0,05 % (Stand Mitte April 2017: 0,00 %). Der Einlagensatz war Anfang 2015 mit -0,20 % bereits negativ (Stand Mitte April 2017: -0,40 %). Der Drei-Monats-Euribor fiel von Anfang 2015 bis Mitte April 2017 von ca. 0,08 % auf -0,33 %.

### 3 Refinanzierungszugang: weitere Erholung

Beim Zugang der Banken zu Refinanzierungsquellen setzte sich die insgesamt seit Mitte 2016 zu beobachtende leichte Erholung im ersten Quartal 2017 merklich fort. Zuvor gab es ab Anfang 2014 eine negative Entwicklung, die vor allem die Refinanzierung mit mittel- bis langfristigen Anleihen (Schuldtitel) und die langfristigen Einlagen betroffen hatte. Während sich die Situation bei der mittel- bis langfristigen Anleiherefinanzierung und bei der Refinanzierung am Geldmarkt verbessert hat, gibt es bei den langfristigen Einlagen keine Änderungen. Bei den kurzfristigen Einlagen wurden hingegen Verbesserungen gemeldet. Das kann mit der aktuellen Zinsstruktur und den somit fehlenden Anreizen zur längerfristigen Bindung von Einlagen erklärt werden.

### 4 Auswirkungen des erweiterten Ankaufprogramms: verbesserte Finanzierungsbedingungen für die Banken, aber auch verschlechterte Ertragslage

Die an der Umfrage teilnehmenden Banken werden seit 2015 halbjährlich zu den Auswirkungen des erweiterten Programms des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten<sup>5</sup> befragt. Die Resultate für das letzte Halbjahr weisen in dieselbe Richtung wie jene für das vorletzte Halbjahr, sind diesmal aber deutlicher ausgeprägt als in vergangenen Umfragen.

Das erste auffällige Ergebnis betrifft die Liquiditätspositionen der Banken. Diese wurden aufgrund eines Anstiegs der Einlagen von Unternehmen und privaten Haushalten gestärkt. Ein durch das Ankaufprogramm verursachtes Mehr an liquiden Mitteln aufgrund des Verkaufs marktfähiger Aktiva spielte hingegen nur eine untergeordnete Rolle. Eindeutig äußerten sich die Umfrageteilnehmer auch hinsichtlich verbesserter Finanzierungsbedingungen am Markt. Im Detail wurde hier die Finanzierung mit gedeckten Schuldverschreibungen und die Finanzierung mit unbesicherten Bankanleihen hervorgehoben. (Vgl. diese Entwicklungen aufgrund des Ankaufprogramms mit der allgemeinen Entwicklung beim Zugang zu Refinanzierungsquellen in Abschnitt 3.) Die Eigenkapitalquoten wurden vom Ankaufprogramm leicht positiv beeinflusst, die Höhe der Aktiva blieb insgesamt davon weitgehend unberührt. Obwohl Kapitalgewinne in Folge des Ankaufprogramms verzeichnet wurden, meldeten die Umfrageteilnehmer in Summe einen deutlichen Druck auf die Gesamtertragslage – verursacht durch gesunkene Nettozinsmargen.<sup>6</sup>

Die durch das Ankaufprogramm zusätzlich vorhandene Liquidität (vor allem aufgrund gestiegener Kundeneinlagen – vermutlich eher kurzfristig gebundene Einlagen, siehe Abschnitt 3) wurde im letzten Halbjahr, wie bereits im Halbjahr davor, von den Banken sowohl für die Refinanzierung (Substitu-

<sup>5</sup> Der EZB-Rat hat am 22. Jänner 2015 zum Zweck der Gewährleistung der Preisstabilität ein erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten angekündigt, das ursprünglich mindestens bis September 2016 laufen sollte und in dessen Rahmen monatliche Ankäufe von Vermögenswerten in Höhe von 60 Mrd EUR geplant waren. Mittlerweile wurde die Laufzeit bis mindestens Ende Dezember 2017 verlängert und die monatliche Ankaufsumme zwischenzeitlich auf 80 Mrd EUR erhöht (April 2016 bis März 2017). Das Programm umfasst Ankäufe am Sekundärmarkt von auf Euro lautenden Anleihen, die von Zentralstaaten des Euro-Währungsgebiets, gewissen im Euroraum ansässigen Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen begeben werden. Zudem werden seit dem 8. Juni 2016 auch Unternehmensanleihen (ohne Banken), die gewissen Kriterien entsprechen, gekauft. Es schließt auch die Ankaufprogramme für Asset-Backed Securities (ABSPP) und gedeckte Schuldverschreibungen (CBPP3) mit ein.

<sup>6</sup> Zinserlös abzüglich Zinsaufwendungen im Verhältnis zu den verzinslichen Anlagen.

tion von Mitteln aus anderen Refinanzierungsgeschäften) als auch für die Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte verwendet. Die Belegung der Kreditvergabe sollte sich positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken und letztendlich auch die Inflation wieder näher an das Preisstabilitätsziel der EZB heranführen – die erklärte Absicht des Ankaufprogramms.

Das Kreditvergabeverhalten (Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen) wurde vom Ankaufprogramm bisher kaum beeinflusst. In den letzten sechs Monaten trug es in geringem Ausmaß zur Lockerung der Bedingungen bei Unternehmenskrediten bei.

### **5 Auswirkungen des negativen Einlagensatzes: Zinserträge und Kreditzinsen abermals gesunken**

Zum dritten Mal (erstmalig vor einem Jahr, halbjährliche Wiederholung) wurden die an der Umfrage teilnehmenden Banken zu den Auswirkungen des seit Mitte 2014 negativen Zinssatzes der EZB-Einlagefazilität befragt, der die Untergrenze des EZB-Zinskorsidors bildet und mit dem die Geldmarktzinsen im Gleichlauf gesunken sind. Der Euribor, an den viele variabel verzinsten Kredite gebunden sind, ist seit Februar 2016 in allen Fristigkeiten negativ.

Wie schon die letzten beiden Male berichteten die Banken auch diesmal in großer Anzahl von negativen Auswirkungen auf ihre Erträge<sup>7</sup> – sieben von acht Banken machten entsprechende Angaben für das letzte Halbjahr (und

für den Ausblick auf das kommende Halbjahr). Schon im Zusammenhang mit dem Ankaufprogramm wurde die Belastung der Ertragslage genannt (siehe Abschnitt 4).

In geringerer Anzahl, aber immer noch mit deutlicher Aussagekraft, schrieben die Umfrageteilnehmer dem negativen Einlagensatz einen anhaltenden Abwärtsdruck auf ihre Kreditzinsen zu. In den letzten sechs Monaten wurden zudem die Margen bei Unternehmenskrediten leicht negativ beeinflusst (geringere Margen), während es kaum Auswirkungen auf die Kreditvolumina gab.

### **6 Niveau der Kreditrichtlinien: aktuell durchwegs straffer als im langfristigen Vergleich**

Zusätzlich zur Veränderung der Kreditrichtlinien gegenüber dem Vorquartal wurden in der Umfrage diesmal auch wieder die Niveaus der Kreditrichtlinien im langfristigen Vergleich thematisiert (wie seit 2014 in jährlicher Wiederholung). Die Ergebnisse (siehe Grafik 5 unter Beachtung der dortigen Erläuterungen) sind nicht überraschend und beschreiben die aktuellen Niveaus als durchwegs straffer als im langfristigen Vergleich (seit 2003, dem ersten Jahr, in dem die Umfrage über das Kreditgeschäft durchgeführt wurde, bzw. seit 2010, dem Jahr, in dem sich die Staatsschuldenkrise intensivierte). In den jeweiligen Umfragen der Jahre 2014 bis 2017 bezeichneten die befragten Banken die Niveaus ihrer Kreditrichtlinien tendenziell als immer straffer.<sup>8</sup> Die momentanen Niveaus der Kre-

<sup>7</sup> Gefragt wurde nach den Auswirkungen auf die Nettozinserträge – definiert als Differenz zwischen Zinseinnahmen und Zinsausgaben für die Bestände zintragender Aktiva und Passiva einer Bank.

<sup>8</sup> Diese Aussage wird auch noch dadurch unterstützt, dass der Betrachtungszeitraum mit jeder Wiederholung der Fragestellung um ein Jahr ausgeweitet wurde und dass somit Verschärfungen zu strafferen mittleren Niveaus führten, die den jeweils aktuellen Vergleichen zugrunde gelegt wurden. Wenn relativ an steigenden Mittelwerten gemessene Werte steigen, bekommt das Ergebnis umso mehr an Aussagekraft.

ditrichtlinien wurden von einigen Banken ausdrücklich als die straffsten seit 2003 bezeichnet.

Dabei waren Unternehmenskredite von den Verschärfungen stärker betroffen als Kredite an private Haushalte. Die Verschärfungen über den langen Zeithorizont seit 2003 stellen sich zudem deutlicher dar als jene über den vergleichsweise kurzen Horizont seit 2010, woraus folgt, dass es sowohl vor 2010 als auch danach zu merklichen Straffungen der Kreditrichtlinien gekommen ist.

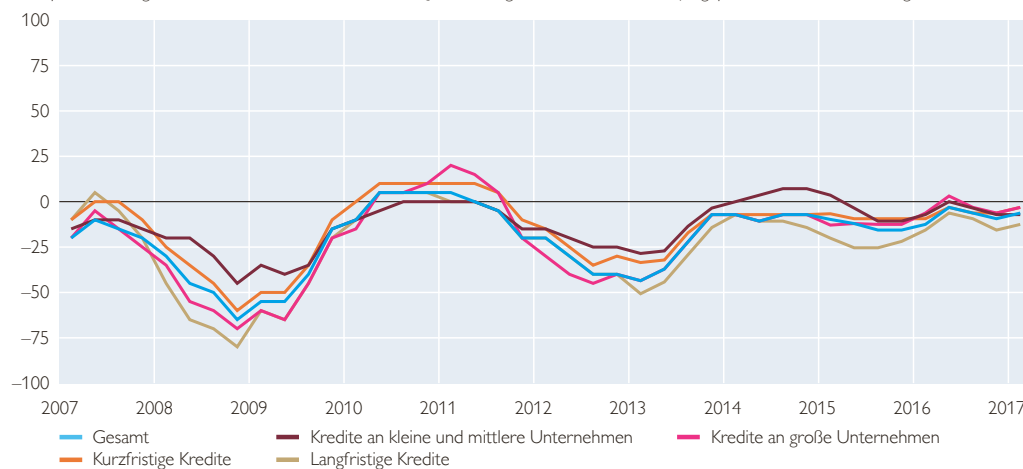
Unter Heranziehung der Ergebnisse für die Quartalsveränderungen (siehe Grafiken 1 und 3) zeigen sich die Jahre 2007 bis 2009 als die Periode mit den deutlichsten Verschärfungen der Kreditrichtlinien im Unternehmenskreditgeschäft ab 2003. Im Privatkundengeschäft waren die Entwicklungen vor 2010 restriktiver als danach. Bei den Konsumkrediten kam es insgesamt von 2003 bis 2007 (nicht vollständig in Grafik 3 abgebildet) zu einer Verschärfung der Richtlinien; bei den Wohnbaukrediten kam es zu keiner eindeutigen Veränderung in diesem Zeitraum.

Grafik 1

## Richtlinien für die Gewährung von Krediten an Unternehmen

### Veränderung im letzten Quartal, Ergebnisse für Österreich

Nettoprozensatz, gleitender Durchschnitt der letzten vier Quartale, negative Werte = Verschärfung, positive Werte = Lockerung



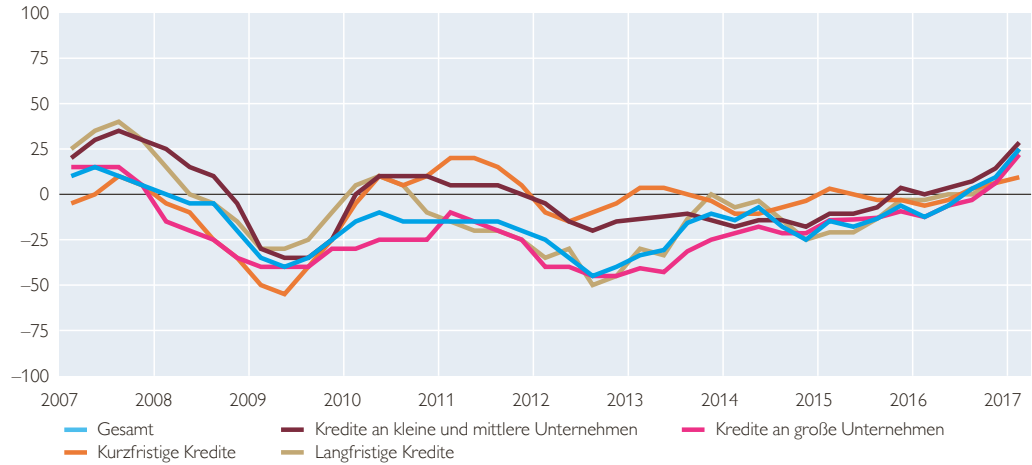
Quelle: OeNB.

Grafik 2

## Nachfrage nach Krediten durch Unternehmen

### Veränderung im letzten Quartal, Ergebnisse für Österreich

Nettoprozensatz, gleitender Durchschnitt der letzten vier Quartale, negative Werte = Rückgang, positive Werte = Steigerung



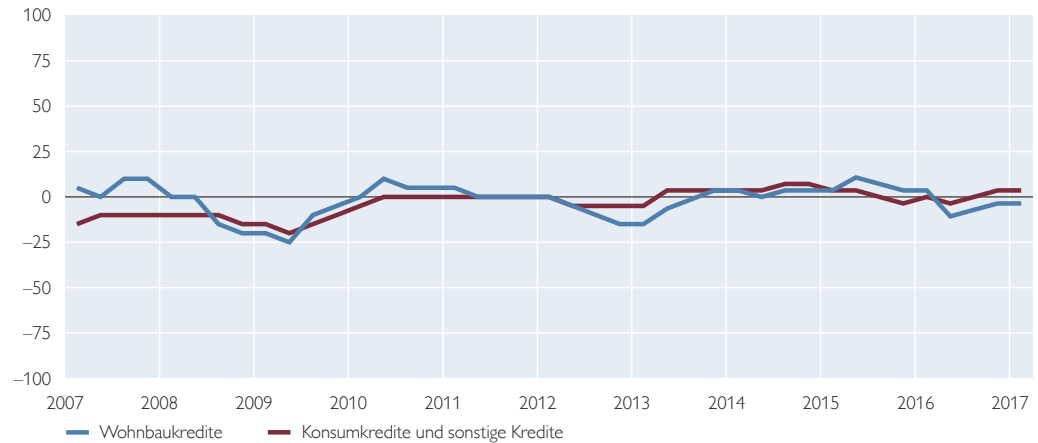
Quelle: OeNB.

Grafik 3

## Richtlinien für die Gewährung von Krediten an private Haushalte

### Veränderung im letzten Quartal, Ergebnisse für Österreich

Nettoprozensatz, gleitender Durchschnitt der letzten vier Quartale, negative Werte = Verschärfung, positive Werte = Lockerung



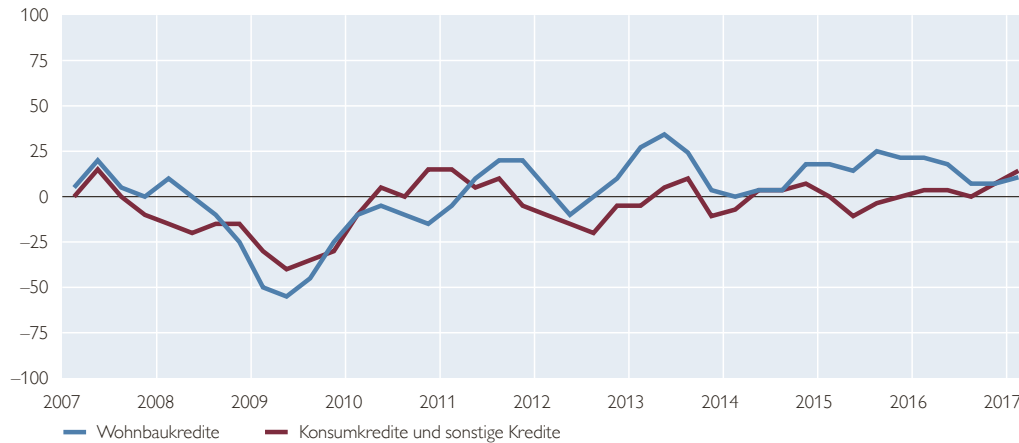
Quelle: OeNB.

Grafik 4

## Nachfrage nach Krediten durch private Haushalte

### Veränderung im letzten Quartal, Ergebnisse für Österreich

Nettoprozensatz, gleitender Durchschnitt der letzten vier Quartale, negative Werte = Rückgang, positive Werte = Steigerung



Quelle: OeNB.

Grafik 5

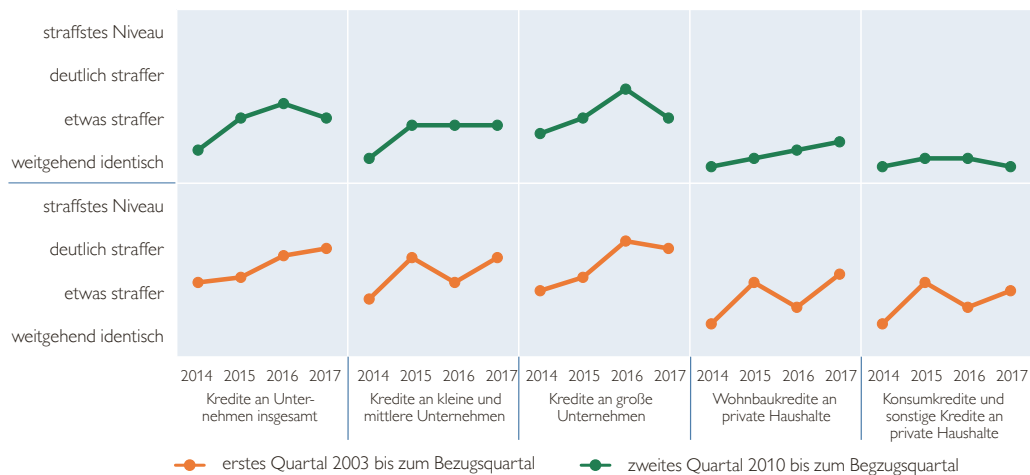
## Niveau der Kreditrichtlinien im langfristigen Vergleich

Anmerkungen: Einordnung des Niveaus der Kreditrichtlinien im Bezugsquartal (erstes Quartal des in der x-Achse angegebenen Jahres) in zwei langfristige Bandbreiten, Vergleich mit dem jeweiligen Mittelpunkt dieser Bandbreiten (zwischen dem straffsten und lockersten Niveau der Richtlinien in diesem Zeitraum):

1) Erstes Quartal 2003 (erstmalige Durchführung dieser Umfrage) bis zum Bezugsquartal: untere Hälfte der Grafik.

2) Zweites Quartal 2010 (Intensivierung der Staatsschuldenkrise) bis zum Bezugsquartal: obere Hälfte der Grafik.

Diese Frage ist ab 2014 jährlich in der Umfrage enthalten. Sie zielt auf das Niveau der Kreditrichtlinien ab, nicht auf die Veränderungen wie bei den regulären Fragen. Die Ergebnisse errechnen sich aus Antworten von 7 bis 8 Banken. Dabei wurden die Antworten ordinal skaliert erfasst, gewichtet und gemittelt. Die Resultate sind als Schätzungen anzusehen und müssen dementsprechend vorsichtig interpretiert werden.



Quelle: OeNB.

Die Zentralbanken des Euroraums – in Österreich die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) – führen gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) seit Anfang 2003 viermal jährlich eine Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum durch, um ihren Informationsstand über das Kreditvergabeverhalten der Banken und das Kreditnachfrageverhalten von Unternehmen und privaten Haushalten zu verbessern. Dabei werden rund 140 führende Banken aus allen Ländern des Euroraums befragt, darunter acht Institute aus Österreich.

Ab der Umfrage für das erste Quartal 2015 wird ein revidierter und erweiterter Fragebogen verwendet. Einige der aktuell erhobenen Daten sind daher erst ab 2015 verfügbar.

**Kreditrichtlinien** sind die internen Kriterien – sowohl die schriftlich festgelegten als auch die ungeschriebenen – die bestimmen, unter welchen Voraussetzungen eine Bank Kredite vergeben möchte.

**Kreditbedingungen** sind die speziellen Verpflichtungen, auf die sich Kreditgeber und Kreditnehmer geeinigt haben (z.B. Margen, Nebenkosten, Sicherheitserfordernisse usw.).

**Kreditmargen** sind Aufschläge auf relevante Referenzzinssätze bzw. die Differenzen zwischen Kreditzinssätzen und Refinanzierungszinssätzen. Im Rahmen dieser Umfrage wird bei einer Verringerung der Margen von Lockerung und bei einer Erhöhung der Margen von Verschärfung gesprochen. Eine Lockerung der Margen ist für Kreditnehmer positiv, schränkt aber unmittelbar die Ertragsmöglichkeiten der Banken als Kreditgeber ein.

**Saldo aus positiven und negativen Antworten:** Die Anzahl der Banken, die auf eine Frage in positiver Richtung antworten (z. B. Lockerung der Margen, Steigerung der Nachfrage) abzüglich der Anzahl der Banken, die auf eine Frage in negativer Richtung antworten (z. B. Verschärfung der Margen, Rückgang der Nachfrage). Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen hier als Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

**Nettoprozentsatz:** Der Saldo aus positiven und negativen Antworten im Verhältnis zu der Anzahl der Antworten insgesamt. Wenn z. B. von acht antwortenden Banken zwei angeben, dass die Nachfrage nach Wohnbaukrediten gestiegen ist, eine angibt, dass die Nachfrage gesunken ist und die übrigen fünf angeben, dass die Nachfrage unverändert geblieben ist, dann ergibt sich ein Saldo von plus eins bzw. ein Nettoprozentsatz von +12,5 (1/8). In diesem Beispiel gibt ein Überhang von nur einer Bank eine Nachfragesteigerung an – zu wenig, um daraus eine allgemeine Aussage abzuleiten. In einem solchen Fall muss von einer weitgehend unveränderten Situation ausgegangen werden.



# DATEN

Redaktionsschluss: 24. April 2017

Die jeweils aktuellsten Daten sowie weitere Indikatoren können auf der OeNB-Website [www.oenb.at](http://www.oenb.at) abgerufen werden:

Statistische Daten: [www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html](http://www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html)

Dynamische Abfrage: [www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie](http://www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie)

Veröffentlichungskalender: [www.oenb.at/isaweb//releasehierarchie.do?lang=DE](http://www.oenb.at/isaweb//releasehierarchie.do?lang=DE)

## Tabellenübersicht

1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	67
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	68
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	69
4 Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	70
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	71
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	72
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	73
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	74
9 Sonstige Finanzintermediäre	75
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	76
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	77
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	78
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	79
14 Direktinvestitionen	80

Tabelle 1

**Österreichischer Beitrag<sup>1</sup> zu den Euro-Geldmengen M3**

	2014	2015	2016	Okt. 16	Nov. 16	Dez. 16	Jän. 17	Feb. 17
<i>in Mio EUR</i>								
<b>M3 (M2 + 1. + 2. + 3.)</b>	284.513	297.132	313.726	306.470	306.499	313.726	314.144	314.292
1. Einlagen aus Repo-Geschäften <sup>5</sup>	227	x	x	x	x	x	x	x
2. Begebene Geldmarktfondsanteile <sup>2</sup>	156	82	73	81	80	73	70	69
3. Begebene Schuldverschreibungen von bis zu 2 Jahren <sup>2</sup>	4.527	5.646	3.998	3.836	3.879	3.998	3.855	4.075
<b>M2 (M1 + 4. + 5.)</b>	279.603	291.354	309.435	302.552	302.520	309.435	309.968	309.887
4. Einlagen mit Bindungsfrist von bis zu 2 Jahren	118.267	108.326	101.261	100.515	102.610	101.261	102.246	102.574
5. Einlagen mit Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten	3.401	4.918	5.201	5.194	5.413	5.201	4.629	4.168
<b>M1 (6.)</b>	157.935	178.110	202.973	196.843	194.497	202.973	203.093	203.145
6. Täglich fällige Einlagen	157.935	178.110	202.973	196.843	194.497	202.973	203.093	203.145
<b>Längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten</b>								
Einlagen mit Bindungsfrist von über 2 Jahren von Nicht-MFIs im Euroraum	54.528	50.075	48.825	51.049	49.284	48.825	48.202	48.001
Einlagen mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten von Nicht-MFIs (ohne Zentralstaaten) im Euroraum	0	0	66	84	76	66	284	0
Begebene Schuldverschreibungen von über 2 Jahren <sup>2</sup>	122.486	114.007	101.204	101.873	102.546	101.204	101.698	100.721
Kapital und Rücklagen <sup>3</sup>	88.403	86.139	84.169	84.689	84.445	84.169	82.541	83.192
<b>Titrierte und nicht titrierte Kredite an Nicht-MFIs im Euroraum<sup>4</sup></b>								
Öffentliche Haushalte	92.031	101.519	118.271	118.338	117.764	118.271	118.749	119.680
Sonstige Nicht-MFIs	384.394	384.818	396.611	394.022	395.467	396.611	395.997	396.038
Buchkredite	335.739	339.923	345.723	343.970	346.061	345.723	345.971	347.274
<b>Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euroraums</b>	94.230	88.092	73.952	76.627	78.616	73.952	80.992	77.165

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Ohne Bargeldumlauf.<sup>2</sup> Positionen sind um entsprechende Forderungen an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.<sup>3</sup> Die Position „Kapital und Rücklagen“ ist um Aktien und sonstige Anteilsrechte an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.<sup>4</sup> Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für nicht titrierte Kredite der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.<sup>5</sup> Exklusive Repogeschäfte mit Clearinghäusern.

**Ausleihungen<sup>1</sup> innerhalb und außerhalb des Euroraums**

	2014	2015	2016	Sep. 16	Okt. 16	Nov. 16	Dez. 16	Jän. 17	Feb. 17
<i>in Mio EUR</i>									
<b>Ausleihungen im Euroraum</b>									
<b>Nichtbanken Finanzintermediäre</b>	30.652	28.271	27.664	28.388	27.818	28.250	27.664	28.801	29.030
<b>Vertragsversicherungen und Pensionskassen</b>	104	108	242	179	261	246	242	140	100
<b>Nichtfinanzielle Unternehmen</b>	159.627	160.362	159.800	161.276	158.291	160.109	159.800	159.219	160.172
<b>Private Haushalte</b>	145.858	151.182	158.017	154.730	157.601	157.455	158.017	157.812	157.971
Ausleihungen für Konsumzwecke	20.717	19.956	19.107	19.868	19.267	19.234	19.107	19.101	18.933
Ausleihungen für Wohnbau	90.709	96.926	99.526	100.161	98.930	98.742	99.526	101.138	101.359
Sonstige Ausleihungen	34.433	34.300	39.384	34.701	39.404	39.479	39.384	37.573	37.679
<b>Öffentliche Haushalte</b>	29.194	29.040	28.550	29.387	29.242	29.010	28.550	28.916	28.884
<b>Ausleihungen außerhalb des Euroraums</b>									
<b>Banken</b>	48.425	38.123	30.849	34.203	34.385	38.038	30.849	40.756	39.151
<b>Nichtbanken</b>	57.063	57.441	48.089	54.592	49.990	49.987	48.089	47.977	47.939
<b>Öffentliche Haushalte</b>	3.326	3.366	3.227	3.153	3.143	3.358	3.227	3.203	3.200

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für Ausleihungen der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.

Tabelle 3

**Kundenzinssätze<sup>1</sup> – Neugeschäft**

	2014	2015	2016	Aug. 16	Sep. 16	Okt. 16	Nov. 16	Dez. 16	Jän. 17	Feb. 17
	in %									
<b>Einlagenzinssätze<sup>2</sup></b>										
<b>von privaten Haushalten<sup>3</sup></b>										
mit vereinbarten Laufzeiten										
bis 1 Jahr	0,58	0,38	0,31	0,33	0,3	0,31	0,29	0,3	0,31	0,26
1 bis 2 Jahre	0,81	0,44	0,38	0,35	0,35	0,4	0,42	0,39	0,42	0,35
über 2 Jahre	1,40	0,86	0,77	0,72	0,75	0,72	0,76	0,82	0,63	0,61
<b>von nichtfinanziellen Unternehmen<sup>3</sup></b>										
mit vereinbarten Laufzeiten										
bis 1 Jahr	0,42	0,3	0,23	0,25	0,22	0,23	0,21	0,26	0,21	0,11
<b>Kreditzinssätze<sup>2</sup></b>										
<b>an private Haushalte<sup>3</sup></b>										
für Konsum	4,93	4,81	5,12	5,21	5,26	5,12	5,16	4,89	4,97	5,15
Effektivzinssatz <sup>4</sup>	6,90	6,93	7,01	7,05	7,13	6,98	6,95	6,45	6,72	7,04
Wohnbau	2,29	2,02	1,92	1,91	1,92	1,86	1,87	1,86	1,91	1,92
Effektivzinssatz <sup>4</sup>	2,73	2,46	2,37	2,33	2,38	2,30	2,29	2,34	2,33	2,31
für sonstige Zwecke	2,47	2,26	2,18	2,04	2,14	2,09	2,06	2,18	2,08	2,07
freie Berufe	2,67	2,34	2,27	2,13	2,19	2,23	2,20	2,28	2,09	2,23
<b>an nichtfinanzielle Unternehmen<sup>3</sup></b>										
Kredite bis 1 Mio EUR	2,27	2,02	1,92	1,87	1,90	1,87	1,94	1,85	1,84	1,93
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	2,04	1,78	1,62	1,53	1,64	1,56	1,48	1,62	1,57	1,53
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,47	2,21	2,10	2,10	2,09	2,04	2,19	1,99	1,93	2,13
Kredite über 1 Mio EUR	1,74	1,61	1,54	1,56	1,51	1,58	1,43	1,60	1,51	1,50
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	1,43	1,28	1,23	1,25	1,27	1,33	1,15	1,35	1,17	1,21
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,38	2,15	1,95	2,04	1,90	1,90	1,96	1,82	1,80	1,81

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Der Zinssatz ist der vereinbarte annualisierte Jahreszinssatz in Prozent pro Jahr. In diesem Zinssatz sind nur etwaige unterjährige Zinskapitalisierungen, aber keine sonstigen Kosten enthalten.

<sup>2</sup> In Euro.

<sup>3</sup> Der Subsektor „freie Berufe und selbstständig Erwerbstätige“ war bis einschließlich Mai 2004 Teil des Sektors „nichtfinanzielle Unternehmen“ und ist seit Juni 2004 im Sektor „private Haushalte“ enthalten.

<sup>4</sup> Ohne „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“.

**Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD<sup>1</sup>**

	2014	2015	2016	Q4 13	Q4 14	Q4 15	Q4 16
<i>in Mio EUR</i>							
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	40.475	58.639	66.168	32.040	40.475	58.639	66.203
Kredite und Forderungen inklusive Finanzierungsleasing	763.953	734.897	647.983	782.074	763.953	734.897	647.983
Schuldverschreibungen, Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32) und andere nicht festverzinsten Wertpapiere	177.377	171.108	155.543	179.336	177.377	171.108	155.543
Finanzderivate inklusive solcher für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert <sup>2</sup>	41.131	33.893	29.058	26.698	41.131	33.893	29.099
Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	19.126	19.965	18.329	19.954	19.126	19.965	18.306
Materielle Vermögenswerte	13.289	15.943	10.344	18.498	13.289	15.943	10.360
Immaterielle Vermögenswerte	3.047	3.011	2.661	4.646	3.047	3.011	2.662
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	19.627	18.620	16.163	26.467	19.627	18.620	16.148
<b>Aktiva insgesamt</b>	<b>1.078.024</b>	<b>1.056.075</b>	<b>946.248</b>	<b>1.089.713</b>	<b>1.078.024</b>	<b>1.056.075</b>	<b>946.332</b>
Einlagen von Zentralbanken	15.705	16.423	10.905	10.286	15.705	16.423	10.923
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	156.937	129.211	111.560	167.805	156.937	129.211	111.519
Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken	554.473	575.113	534.265	541.454	554.473	575.113	534.427
Schuldverschreibungen und andere finanzielle Verbindlichkeiten gemäß IAS 39	178.808	165.583	139.545	196.230	178.808	165.583	139.593
Finanzderivate inklusive solcher für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	33.963	26.208	20.393	25.489	33.963	26.208	20.405
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	949	870	922	919	949	870	922
Nachrangige Verbindlichkeiten	21.364	21.738	18.593	22.681	21.364	21.738	18.644
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital	0	0	0	0	0	0	0
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	1.546	5.216	4	2.248	1.546	5.216	4
Steuerschulden und sonstige Verbindlichkeiten	23.816	24.373	22.070	23.634	23.816	24.373	21.977
Rückstellungen	15.566	13.086	12.399	13.300	15.566	13.086	12.393
Eigenkapital und Fremddanteile <sup>3</sup>	74.897	78.256	75.590	81.058	74.897	78.256	75.523
<b>Passiva insgesamt</b>	<b>1.078.024</b>	<b>1.056.075</b>	<b>946.248</b>	<b>1.089.713</b>	<b>1.078.024</b>	<b>1.056.075</b>	<b>946.332</b>

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute.

Im Rahmen des Belegs „Vermögens- und Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute insgesamt (CBD 66)“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

<sup>2</sup> Für diese Positionen werden lediglich Daten von IFRS bzw. FINREP-Meldern dargestellt.<sup>3</sup> Darin enthalten sind auch „Fonds für allgemeine Bankrisiken“.

Anmerkung: Datenstand 3. August 2018.

Tabelle 5

**Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors<sup>1</sup> gemäß Teil 2 und 3 CRR**

	Q4 15	Q1 16	Q2 16	Q3 16	Q4 16
<i>in Mio EUR</i>					
<b>Eigenmittel</b>	87.802	86.768	88.942	90.168	80.517
Kernkapital	69.290	69.237	71.771	72.821	65.952
Hartes Kernkapital	68.950	68.904	71.295	72.482	65.656
Zusätzliches Kernkapital	340	332	476	339	296
Ergänzungskapital (T2)	18.512	17.531	17.172	17.346	14.565
<b>Gesamtrisikobetrag</b>	537.570	539.255	539.321	535.512	442.883
Risikogewichtete Forderungsbeträge für das Kredit-, Gegenparteausfall- und Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	470.922	469.741	469.100	466.399	383.395
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	2	1	2	2	2
Gesamtforderungsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	12.084	12.839	12.569	11.162	8.826
Gesamtbetrag der Risikopositionen für operationelle Risiken	50.078	51.934	53.186	53.562	47.043
Zusätzlicher Risikopositionsbeitrag aufgrund fixer Gemeinkosten <sup>2</sup>	0	0	3	5	0
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Anpassung der Kreditbewertung	4.446	4.689	4.335	4.259	3.535
Gesamtbetrag der Risikopositionen in Bezug auf Großkredite im Handelsbuch <sup>3</sup>	38	50	21	21	37
Sonstige Risikopositionsbeträge <sup>4</sup>	0	0	104	104	45
<i>in %</i>					
Harte Kernkapitalquote (CET1)	12,83	12,78	13,22	13,54	14,82
Kernkapitalquote (T1)	12,89	12,84	13,31	13,60	14,89
Gesamtkapitalquote	16,33	16,09	16,49	16,84	18,18
<i>Anzahl</i>					
Anzahl der Banken	541	539	533	503	499

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges „Konsolidierte Eigenmittel gemäß Teil 2 und 3 CRR auf Basis CBD (Consolidated Banking Data) 67“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Eigenmittelausstattung des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

<sup>2</sup> Nur von Investmentfirmen zu melden.

<sup>3</sup> Artikel 92(3) Punkt (b) (ii) und 395 bis 401 CRR.

<sup>4</sup> Artikel 3, 458, 459.

Anmerkung: Datenstand 26. April 2017.

**Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD<sup>1</sup>**

	Q4 15	Q4 16
	<i>in Mio EUR</i>	
Zinsergebnis	18.375	14.713
Zinsen und ähnliche Erträge	32.519	24.186
(Zinsen und ähnliche Aufwendungen)	14.144	9.473
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital) <sup>2</sup>	0	0
Dividenderträge und Erträge aus Beteiligungen	638	435
Provisionsergebnis	7.727	6.567
Provisionserträge	10.637	9.006
(Provisionsaufwand)	2.910	2.438
Gewinne oder (–) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto	529	728
Gewinne oder (–) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto <sup>2</sup>	–71	96
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS <sup>2</sup>	1.073	417
Sonstige betriebliche Erträge	2.470	2.571
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	2.596	2.881
Betriebsserträge, netto	28.146	22.645
(Verwaltungsaufwendungen)	15.763	14.568
(davon: Personalaufwendungen)	8.982	8.753
(davon: Sachaufwendungen)	6.782	5.815
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inklusive Firmenwert), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen)	1.904	2.111
Betriebsergebnis	10.479	5.966
(Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	0	1.005
(Sonstige Rückstellungen) <sup>2</sup>	486	274
(Wertminderung oder (–) Wertaufholung bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	109	–64
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert <sup>2</sup>	1.101	126
Anteil des Gewinns oder (–) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen <sup>2</sup>	854	695
Gewinn oder (–) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuftem langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen <sup>2</sup>	25	32
Außerordentliches Ergebnis	–4	–19
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	7.882	5.584
(Ertragssteuern)	1.281	1.252
Gewinn oder (–) Verlust aus fortzuführenden Geschäften nach Steuern	6.601	4.333
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern <sup>2</sup>	–669	1.169
(Fremdanteile) <sup>2</sup>	754	683
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	5.178	4.819

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute.

Im Rahmen des Belegs „Vermögens- und Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute insgesamt (CBD 66)“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

<sup>2</sup> Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erhoben.

Anmerkung: Abzugsposten sind in Klammern dargestellt. Datenstand 11. April 2017.



Tabelle 7

**Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)**

	2013		2014		2015		Q3 16		Q4 16	
	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	553	0,3	559	0,4	523	0,3	581	0,3	568	0,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	454	0,3	430	0,3	352	0,2	379	0,2	351	0,2
Herstellung von Waren	22.571	13,8	21.887	14,0	21.712	13,6	21.533	12,9	21.466	12,7
Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	6.334	3,9	6.653	4,3	6.312	4,0	5.902	3,5	5.936	3,5
Bau	10.308	6,3	10.574	6,8	10.464	6,6	10.861	6,5	10.872	6,5
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	17.256	10,6	16.347	10,5	15.766	9,9	15.107	9,0	15.084	8,9
Beherbergung und Gastronomie	7.480	4,6	6.942	4,4	7.130	4,5	7.136	4,3	7.290	4,3
Verkehr und Lagerei	9.566	5,8	7.347	4,7	7.528	4,7	7.609	4,6	7.791	4,6
Information und Kommunikation	1.531	0,9	1.450	0,9	1.469	0,9	1.243	0,7	1.290	0,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	52.337	32,0	51.168	32,7	53.230	33,4	53.976	32,3	54.413	32,3
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	12.565	7,7	11.939	7,6	12.132	7,6	19.456	11,6	19.215	11,4
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	5.999	3,7	5.782	3,7	5.103	3,2	5.289	3,2	5.429	3,2
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	3.149	1,9	1.628	1,0	1.601	1,0	1.680	1,0	1.786	1,1
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.607	1,0	1.293	0,8	1.413	0,9	1.394	0,8	1.368	0,8
Solidarkreditnehmergruppen	11.823	7,2	12.330	7,9	14.481	9,1	15.010	9,0	15.700	9,3
<b>Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)</b>	<b>163.533</b>	<b>100</b>	<b>156.329</b>	<b>100</b>	<b>159.216</b>	<b>100</b>	<b>167.157</b>	<b>100</b>	<b>168.558</b>	<b>100</b>
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	163.533	20,8	156.329	20,2	159.216	21,0	167.157	22,7	168.558	23,1
Sonstige inländische Kreditnehmer	25.992	3,3	26.160	3,4	27.329	3,6	27.570	3,7	27.802	3,8
Öffentlicher Sektor	59.085	7,5	69.395	9,0	68.870	9,1	67.538	9,2	67.657	9,3
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	245.107	31,2	223.650	28,9	222.484	29,4	205.536	27,9	206.530	28,3
<b>Ausland<sup>1</sup></b>	<b>164.850</b>	<b>21,0</b>	<b>164.021</b>	<b>21,2</b>	<b>154.890</b>	<b>20,4</b>	<b>143.407</b>	<b>19,5</b>	<b>132.133</b>	<b>18,1</b>
Euroraum ohne Österreich	126.189	16,1	134.360	17,4	125.193	16,5	124.331	16,9	128.124	17,5
<b>Summe Kredite gem. ZKR – alle Sektoren</b>	<b>784.755</b>	<b>100</b>	<b>773.915</b>	<b>100</b>	<b>757.983</b>	<b>100</b>	<b>735.539</b>	<b>100</b>	<b>730.803</b>	<b>100</b>

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

**Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt**

	2013		2014		2015		Q3 16		Q4 16	
	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % <sup>1</sup>	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % <sup>1</sup>	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % <sup>1</sup>	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % <sup>1</sup>	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % <sup>1</sup>
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	549	99,3	553	98,9	516	98,7	572	98,5	559	98,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	436	96,0	412	95,8	331	94,0	356	93,9	327	93,2
Herstellung von Waren	21.271	94,2	20.586	94,1	20.302	93,5	20.102	93,4	20.021	93,3
Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	5.894	93,1	6.077	91,3	5.772	91,4	5.456	92,4	5.496	92,6
Bau	9.954	96,6	10.251	96,9	10.157	97,1	10.541	97,1	10.543	97,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	15.787	91,5	15.129	92,5	14.613	92,7	14.059	93,1	14.055	93,2
Beherbergung und Gastronomie	7.292	97,5	6.695	96,4	6.929	97,2	6.907	96,8	7.098	97,4
Verkehr und Lagerei	7.529	78,7	5.826	79,3	5.940	78,9	5.937	78,0	6.038	77,5
Information und Kommunikation	1.187	77,5	1.111	76,6	1.086	73,9	966	77,7	1.011	78,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	49.829	95,2	48.139	94,1	50.150	94,2	51.339	95,1	51.919	95,4
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	11.648	92,7	10.899	91,3	11.223	92,5	17.933	92,2	17.580	91,5
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	5.442	90,7	5.184	89,7	4.496	88,1	4.714	89,1	4.843	89,2
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	2.772	88,0	1.370	84,2	1.359	84,9	1.393	82,9	1.500	84,0
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.481	92,2	1.195	92,4	1.301	92,1	1.275	91,5	1.262	92,3
Solidarkreditnehmergruppen	11.752	99,4	12.266	99,5	14.406	99,5	14.908	99,3	15.595	99,3
<b>Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)</b>	<b>152.824</b>	<b>93,5</b>	<b>145.692</b>	<b>93,2</b>	<b>148.581</b>	<b>93,3</b>	<b>156.458</b>	<b>93,6</b>	<b>157.847</b>	<b>93,6</b>
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	152.824	93,5	145.692	93,2	148.581	93,3	156.458	93,6	157.847	93,6
Sonstige inländische Kreditnehmer	25.659	98,7	25.877	98,9	27.076	99,1	27.333	99,1	27.575	99,2
Öffentlicher Sektor	52.484	88,8	61.332	88,4	60.770	88,2	59.600	88,2	59.545	88,0
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	227.140	92,7	200.815	89,8	199.415	89,6	182.598	88,8	183.706	88,9
Ausland <sup>2</sup>	156.464	94,9	149.222	91,0	141.480	91,3	130.085	90,7	119.036	90,1
Euroraum ohne Österreich	104.879	83,1	106.786	79,5	99.527	79,5	98.103	78,9	102.177	79,7
<b>Summe Kredite gem. ZKR – Kreditinstitute insgesamt</b>	<b>719.451</b>	<b>91,7</b>	<b>689.724</b>	<b>89,1</b>	<b>676.848</b>	<b>89,3</b>	<b>654.178</b>	<b>88,9</b>	<b>649.887</b>	<b>88,9</b>

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Bezogen auf alle Sektoren (siehe Tabelle 7).<sup>2</sup> Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Tabelle 9

**Sonstige Finanzintermediäre**

	2014	2015	2016	Q2 15	Q3 15	Q4 15	Q1 16	Q2 16	Q3 16	Q4 16
<i>in Mio EUR</i>										
<b>Investmentfonds</b>										
<b>Bereinigtes Fondsvolumen (abzüglich der „Fonds-in-Fonds“-Veranlagungen)</b>	138.642	143.249	148.682	144.919	140.329	143.249	142.690	144.319	148.306	148.682
<b>Veränderung des bereinigten Fondsvolumens</b>	10.200	4.607	1.774	-3.073	-4.590	4.607	1.961	-29	685	1.774
Bereinigte Nettomittelveränderung	2.989	3.960	-88	953	2	3.960	-275	211	822	-88
Kapitalveränderung durch Ausschüttungen zum Ex-Tag	2.130	2.223	512	317	362	2.223	219	87	130	512
Kapitalveränderung durch Kurswertveränderungen und Erträge	9.341	2.870	2.374	-3.709	-4.230	2.870	2.455	-153	-7	2.374
<b>Pensionskassen</b>										
Vermögensbestand	19.059	19.527	20.882	19.951	19.218	19.697	19.680	19.890	20.572	20.882
in Euro	18.543	19.023	20.488	19.430	18.752	19.193	19.198	19.359	20.166	20.488
in Fremdwährung	516	504	394	521	467	504	481	531	406	394
Inländische Investmentzertifikate	15.450	16.276	17.140	16.788	16.011	16.445	16.292	16.191	16.957	17.140
Ausländische Investmentzertifikate	2.364	2.081	2.656	1.925	1.945	2.081	2.270	2.621	2.603	2.656
<b>Versicherungen</b>										
Inländische Rentenwertpapiere	17.046	15.940	x	15.958	16.052	15.938	15.908	15.995	15.940	15.538
Ausländische Rentenwertpapiere	30.231	30.667	x	30.661	30.601	30.666	31.771	32.144	32.679	32.856
Inländische Anteilswerte und sonstige inländische Wertpapiere	27.096	27.176	x	27.802	26.704	27.143	26.901	26.947	26.864	27.778
Ausländische Anteilswerte und sonstige ausländische Wertpapiere	6.055	6.426	x	6.322	6.427	6.411	6.328	6.370	6.934	6.420
Summe der Aktiva	113.604	113.704	x	115.217	114.835	114.495	115.499	115.024	115.606	114.707

Quelle: OeNB.

## Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen im vierten Quartal 2016

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Bestände in Mio EUR										
<b>Geldvermögen</b>										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR)	x	11.955	11.955	x	x	x	x	x	x	2.213
Bargeld	1.434	3.841	3.840	0	0	2	0	22.120	0	4.032
Täglich fällige Einlagen	48.557	103.883	88.229	5.765	6.953	2.429	507	123.923	4.407	71.449
Sonstige Einlagen	17.180	157.852	148.775	1.861	6.088	734	394	111.319	1.598	52.585
Kurzfristige Kredite	35.450	63.521	60.451	1	1.360	1.709	0	968	0	17.034
Langfristige Kredite	88.799	389.986	365.819	12	19.395	4.760	0	693	16	82.737
Handelskredite	48.295	15	1	0	13	0	0	15	4	18.359
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	124	3.103	2.740	338	13	10	1	1.205	18	13.377
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	6.438	314.171	172.398	82.771	2.908	55.689	405	33.084	1.561	316.677
Börsennotierte Aktien	22.819	47.497	2.423	23.686	20.127	1.258	3	21.570	731	41.666
Nicht börsennotierte Aktien	39.231	100.916	24.988	122	68.148	7.620	38	2.784	20	32.157
Investmentzertifikate	10.275	141.105	16.277	54.634	15.758	34.262	20.173	55.005	2.586	19.935
Sonstige Anteilsrechte	168.471	118.041	36.702	1.802	73.555	5.982	0	110.275	1.313	165.500
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	72.627	x	2.049
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	6.637	4.857	0	0	0	4.857	0	12.326	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	40.567	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	5.870	17.664	9.437	8	6.726	1.463	30	16.683	14	11.371
<b>Finanzvermögen in Summe (Bestände)</b>	<b>499.579</b>	<b>1.478.407</b>	<b>944.033</b>	<b>171.002</b>	<b>221.046</b>	<b>120.774</b>	<b>21.552</b>	<b>625.163</b>	<b>12.267</b>	<b>851.141</b>

Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR

<b>Geldvermögensbildung</b>										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR)	x			x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	67	374	373	0	0	1	0	575	0	390
Täglich fällige Einlagen	5.796	13.935	15.564	-1.610	890	-796	-114	16.193	672	4.880
Sonstige Einlagen	-612	-36.714	-36.716	617	-430	-178	-7	-5.669	-142	-13.014
Kurzfristige Kredite	5.464	-6.845	-5.680	0	-1.102	-64	0	-690	0	-1.838
Langfristige Kredite	-1.124	1.574	2.786	0	-1.412	208	-9	-29	-30	7.585
Handelskredite	5.390	-4	1	0	-5	0	0	-4	0	1.788
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-112	-282	-206	-82	1	5	0	237	18	988
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-400	10.773	14.592	-3.124	-1.565	899	-28	-2.733	-193	-17.902
Börsennotierte Aktien	-480	-1.975	-2.126	289	-194	53	3	342	-3	1.231
Nicht börsennotierte Aktien	-2.209	-37.687	-8.398	18	-29.507	195	4	71	-1	-5.918
Investmentzertifikate	-312	6.836	1.771	3.626	1.189	-367	618	2.994	118	-405
Sonstige Anteilsrechte	11.686	4.850	2.334	373	2.607	-465	0	763	13	-24.118
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-772	x	-85
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	176	-678	0	0	0	-678	0	328	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	748	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-176	-898	-662	250	-319	-158	-9	640	-10	-476
<b>Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)</b>	<b>23.154</b>	<b>-46.741</b>	<b>-16.368</b>	<b>358</b>	<b>-29.846</b>	<b>-1.345</b>	<b>458</b>	<b>12.993</b>	<b>442</b>	<b>-46.895</b>
<b>Nettogeldvermögen</b>	<b>-248.731</b>	<b>20.868</b>	<b>34.347</b>	<b>-3.737</b>	<b>-16.007</b>	<b>5.002</b>	<b>1.263</b>	<b>443.700</b>	<b>9.159</b>	<b>-18.141</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>5.126</b>	<b>-1.739</b>	<b>2.915</b>	<b>-1.885</b>	<b>-3.173</b>	<b>370</b>	<b>34</b>	<b>9.247</b>	<b>-211</b>	<b>-6.645</b>

Quelle: OeNB.

## Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten im vierten Quartal 2016

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Bestände in Mio EUR										
<b>Verbindlichkeiten</b>										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) <sup>1</sup>	x	2.213	2.213	x	x	x	x	x	x	11.955
Bargeld	x	30.685	30.685	x	x	x	x	x	x	849
Täglich fällige Einlagen	x	343.771	343.771	x	x	x	x	x	x	31.073
Sonstige Einlagen	x	274.483	274.483	x	x	x	x	x	x	77.413
Kurzfristige Kredite	40.926	11.957	0	99	9.908	1.940	11	10.097	471	53.908
Langfristige Kredite	236.497	32.539	0	375	30.907	1.255	2	170.060	2.587	116.379
Handelskredite	47.366	20	12	0	8	0	0	39	1	18.186
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	519	6.513	6.491	x	22	0	0	x	x	3.211
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	44.698	157.288	141.121	0	12.506	3.662	0	x	x	196.235
Börsennotierte Aktien	73.034	25.707	20.455	x	281	4.971	x	x	x	45.375
Nicht börsennotierte Aktien	38.069	68.513	52.172	536	7.711	7.920	175	x	x	91.952
Investmentzertifikate	x	173.729	73	173.655	0	0	x	x	x	64.525
Sonstige Anteilsrechte	241.261	185.028	20.769	59	163.188	1.012	0	x	29	137.343
Lebensversicherungsansprüche	x	70.561	x	x	0	70.561	x	x	x	4.115
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	21.007	x	x	0	21.007	x	x	x	2.812
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	10.738	29.691	7.512	x	0	2.079	20.101	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	15.203	23.832	9.930	16	12.521	1.366	0	1.267	20	13.954
<b>Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)</b>	<b>748.310</b>	<b>1.457.539</b>	<b>909.686</b>	<b>174.739</b>	<b>237.053</b>	<b>115.772</b>	<b>20.289</b>	<b>181.463</b>	<b>3.108</b>	<b>869.282</b>
Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR										
<b>Finanzierung</b>										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) <sup>1</sup>	x	0	0	x	x	x	x	x	x	
Bargeld	x	1.214	1.214	x	x	x	x	x	x	156
Täglich fällige Einlagen	x	49.358	49.358	x	x	x	x	x	x	-2.027
Sonstige Einlagen	x	-48.342	-48.342	x	x	x	x	x	x	-8.296
Kurzfristige Kredite	-4.518	-675	0	47	-863	132	10	-1.083	57	2.609
Langfristige Kredite	10.400	3.162	0	-8	3.023	153	-6	5.097	595	-10.022
Handelskredite	6.067	-4	-1	0	-3	0	0	0	0	1.181
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	74	-1.583	-1.601	x	18	0	0	x	x	317
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	1.025	-17.718	-13.604	x	-3.700	-414	0	x	x	-2.875
Börsennotierte Aktien	238	204	231	x	-27	0	0	x	x	-1.344
Nicht börsennotierte Aktien	-584	-7.105	-7.141	x	52	-30	-8	x	x	-38.408
Investmentzertifikate	x	2.013	-12	2.025	0	0	0	x	x	7.592
Sonstige Anteilsrechte	5.818	-24.566	1.576	-2	-26.071	-70	0	x	2	11.496
Lebensversicherungsansprüche	x	-1.144	0	x	0	-1.144	0	x	x	287
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	-312	0	x	0	-312	0	x	x	139
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-72	823	307	x	0	89	428	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-419	-328	-1.268	160	899	-119	0	-267		-1.054
<b>Finanzierung in Summe (Transaktionen)</b>	<b>18.029</b>	<b>-45.003</b>	<b>-19.282</b>	<b>2.243</b>	<b>-26.673</b>	<b>-1.714</b>	<b>424</b>	<b>3.747</b>	<b>653</b>	<b>-40.250</b>
<b>Nettogeldvermögen</b>	<b>-248.731</b>	<b>20.868</b>	<b>34.347</b>	<b>-3.737</b>	<b>-16.007</b>	<b>5.002</b>	<b>1.263</b>	<b>443.700</b>	<b>9.159</b>	<b>-18.141</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>5.126</b>	<b>-1.739</b>	<b>2.915</b>	<b>-1.885</b>	<b>-3.173</b>	<b>370</b>	<b>34</b>	<b>9.247</b>	<b>-211</b>	<b>-6.645</b>

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslands gegenübergestellt wird.

**Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global**

		2014	2015	2016	Q1 16	Q2 16	Q3 16	Q4 16
		<i>in Mio EUR</i>						
<b>Leistungsbilanz</b>	Netto	7.895	6.487	6.002	4.365	338	713	586
	Credit	201.600	213.499	216.445	54.737	53.032	53.682	54.994
	Debet	193.705	207.012	210.444	50.372	52.694	52.969	54.408
<b>Güter</b>	Netto	1.039	1.498	-186	87	752	202	-1.227
	Credit	124.975	128.149	129.077	31.495	33.091	31.943	32.548
	Debet	123.936	126.652	129.263	31.408	32.338	31.741	33.775
<b>Dienstleistungen</b>	Netto	9.409	10.015	10.270	5.818	611	1.756	2.085
	Credit	50.708	52.395	54.323	15.376	11.546	13.992	13.409
	Debet	41.299	42.380	44.053	9.559	10.936	12.236	11.323
<b>Primäreinkommen</b>	Netto	697	-1.641	-610	-574	-270	-466	700
	Credit	23.132	28.552	28.523	6.747	7.386	6.636	7.755
	Debet	22.435	30.193	29.133	7.321	7.656	7.102	7.054
<b>Sekundäreinkommen</b>	Netto	-3.250	-3.384	-3.473	-965	-755	-780	-973
	Credit	2.785	4.403	4.522	1.119	1.009	1.112	1.283
	Debet	6.035	7.787	7.995	2.085	1.763	1.891	2.256
<b>Vermögensübertragungen</b>	Netto	-352	-1.749	-628	-253	-627	505	-253
	Credit	175	600	907	89	110	600	107
	Debet	527	2.349	1.534	342	737	95	360
<b>Kapitalbilanz</b>	Netto	2.604	4.902	6.665	4.754	-386	4.388	-2.091
<b>Direktinvestitionen i.w.S.</b>	Netto	-1.973	6.227	-1.018	1.728	-4.051	3.918	-2.612
<b>Forderungen</b>	Netto	-551	10.877	-26.521	-23.229	2.847	4.026	-10.165
<b>Verpflichtungen</b>	Netto	1.422	4.650	-25.503	-24.957	6.898	108	-7.553
<b>Direktinvestitionen i.e.S.</b>	Netto	-3.999	5.700	3.508	3.709	-1.291	3.430	-2.340
<b>Im Ausland</b>	Netto	-547	9.113	-1.996	5.109	-595	2.832	-9.342
<b>In Österreich</b>	Netto	3.452	3.413	-5.504	1.401	696	-599	-7.002
<b>Portfolioinvestitionen</b>	Netto	12.452	13.210	21.886	-453	9.508	10.334	2.497
<b>Forderungen</b>	Netto	7.243	743	4.918	905	3.099	-1.357	2.271
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	3.552	5.106	8.245	1.447	1.779	2.572	2.447
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	4.639	-3.591	-3.419	-296	1.291	-3.634	-779
Geldmarktpapiere	Netto	-948	-772	92	-247	29	-295	604
<b>Verpflichtungen</b>	Netto	-5.209	-12.468	-16.968	1.357	-6.409	-11.691	-225
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	676	1.275	1.033	-102	279	766	89
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	-5.761	-9.627	-18.989	1.857	-5.073	-13.853	-1.920
Geldmarktpapiere	Netto	-124	-4.115	988	-398	-1.616	1.396	1.606
<b>Sonstige Investitionen</b>	Netto	-8.618	-13.868	-14.244	2.836	-6.167	-9.625	-1.289
<b>Forderungen</b>	Netto	-18.113	-16.656	-17.843	9.622	-8.793	-7.879	-10.793
davon Handelskredite	Netto	-191	-507	123	476	201	-102	-452
davon Kredite	Netto	-3.644	-1.841	-8.763	458	-3.150	2.026	-8.097
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-15.040	-14.326	-9.864	8.456	-5.729	-9.572	-3.019
<b>Verpflichtungen</b>	Netto	-9.495	-2.788	-3.599	6.786	-2.627	1.746	-9.504
davon Handelskredite	Netto	-315	799	1.101	227	417	355	101
davon Kredite	Netto	-92	4.032	2.532	-281	-407	1.833	1.387
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-9.007	-7.575	-7.255	6.822	-2.677	-431	-10.969
<b>Finanzderivate</b>	Netto	-1.386	-359	-410	106	-449	-128	61
<b>Offizielle Währungsreserven</b>	Netto	2.129	-309	451	536	773	-110	-748
<b>Statistische Differenz</b>	Netto	-4.939	163	1.291	641	-97	3.171	-2.424

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2013 endgültige Daten, 2014 und 2015 revidierte Daten, 2016 provisorische Daten.

Tabelle 13

## Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland

	Q1 15–Q4 15			Q1 16–Q4 16		
	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto
	<i>in Mio EUR</i>					
<b>Dienstleistungen</b>	52.396	42.380	10.015	54.323	44.054	10.270
Gebühren für Lohnveredelung	904	1.885	-982	930	2.023	-1.093
Reparaturdienstleistungen	509	641	-130	537	656	-119
Transport	12.864	13.006	-142	12.910	13.296	-386
Internationaler Personentransport	1.932	1.811	120	1.548	1.720	-173
Frachten	8.928	10.002	-1.073	9.249	10.349	-1.100
Transporthilfsleistungen	1.495	878	617	1.567	831	735
Post- und Kurierdienste	508	313	194	545	394	151
Reiseverkehr	16.420	8.206	8.216	17.436	8.588	8.848
Geschäftsreisen	2.295	1.471	822	2.544	1.470	1.074
Urlaubsreisen	14.127	6.733	7.394	14.892	7.118	7.774
Bauleistungen	679	719	-41	696	609	88
Versicherungsdienstleistungen	474	937	-462	503	1.008	-505
Finanzdienstleistungen	2.347	1.556	791	2.328	1.837	491
Finanzdienstleistungen im engeren Sinn	1.051	794	258	965	805	159
unterstellte Bankgebühr (FISIM)	1.295	762	533	1.364	1.032	332
Patente, Lizenzen, Franchise und Handelsmarken	797	1.319	-521	860	1.611	-751
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	5.081	3.534	1.548	5.497	3.606	1.890
Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	11.465	9.569	1.896	11.675	9.794	1.881
Forschungs- und Entwicklungsleistungen	1.922	729	1.193	1.867	812	1.055
Rechts- und Wirtschaftsdienste, Werbung und Marktforschung	3.024	3.522	-496	3.099	3.546	-447
Technische Dienstleistungen	3.382	1.687	1.696	3.145	1.593	1.551
Dienstleistungen für Landwirtschaft, Bergbau und Recycling	73	74	-1	76	52	24
Operational Leasing	495	206	288	663	249	412
Handelsleistungen	921	1.128	-207	970	1.093	-124
Übrige unternehmensbezogene Dienstleistungen	1.648	2.225	-576	1.857	2.448	-590
Dienstleistungen für persönliche Zwecke, für Kultur und Erholung	396	917	-520	442	938	-497
Regierungsleistungen, a.n.g.	455	95	362	512	90	421
<b>Dienstleistungsverkehr nach Regionen</b>						
<b>EU-28</b>	39.679	33.371	6.308	41.724	34.897	6.826
davon Euroraum-19	31.566	24.262	7.305	32.990	24.912	8.078
davon Deutschland	21.268	13.295	7.973	21.888	13.321	8.566
davon Italien	2.538	2.384	154	2.732	2.646	85
davon Vereinigtes Königreich	2.082	1.881	201	2.202	2.174	28
davon Ungarn	1.302	1.326	-23	1.462	1.423	38
<b>Extra-EU-28</b>	12.715	9.009	3.706	12.598	9.157	3.443
davon Schweiz	3.665	1.952	1.714	3.887	1.983	1.905
davon USA	1.602	1.509	92	1.586	1.600	-14
davon Russische Föderation	940	677	262	817	682	134
davon China	537	321	216	600	383	216

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2013 endgültige Daten, 2014 und 2015 revidierte Daten, 2016 provisorische Daten.

**Transaktionen Aktiver Direktinvestitionen**

		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
		<i>in Mio EUR</i>								
<b>nach Komponenten</b>										
<b>Transaktionen</b>	Netto	19.598	7.917	7.237	15.763	10.203	11.725	-547	9.113	-1.996
Eigenkapital	Netto	14.484	7.846	3.239	12.341	5.523	7.268	-3.040	3.764	-5.767
Neuinvestitionen (+)	Netto	19.570	20.364	12.499	21.981	20.457	20.310	32.554	16.643	16.495
Desinvestitionen (-)	Netto	5.087	12.518	9.260	9.640	14.934	13.042	35.595	12.879	22.263
Reinvestierte Gewinne	Netto	1.937	544	2.210	2.091	947	1.306	-1.114	3.419	5.027
Sonstiges DI-Kapital <sup>1</sup>	Netto	3.178	-473	1.788	1.332	3.733	3.152	3.607	1.930	-1.256
Forderungen (+)	Netto	3.288	1.755	1.697	-1.261	1.415	4.502	3.263	1.877	-1.073
Verbindlichkeiten (-)	Netto	110	2.228	-90	-2.592	-2.318	1.351	-345	-53	183
<b>nach Zielregion</b>										
<b>Global</b>		19.598	7.917	7.237	15.763	10.203	11.725	-547	9.113	-1.996
<b>EU-28</b>		11.329	3.074	1.137	7.125	3.215	9.549	1.502	4.549	3.570
Deutschland		475	1.180	673	3.476	-952	2.924	-805	499	933
Italien		432	926	131	-137	699	-949	-339	508	720
Vereinigtes Königreich		-19	80	-45	1.090	-208	1.130	-806	97	1.043
Niederlande		3758	-2157	856	-44	-4352	5335	5183	327	5124
Ungarn		1.047	-743	136	390	227	-357	-214	-340	-573
Tschechische Republik		1.587	217	692	371	1.400	819	356	615	-733
Rumänien		1.012	1.000	461	744	825	789	-1.056	1.262	-1.041
<b>Extra-EU-28</b>		8269	4843	6101	8638	6988	2176	-2050	4564	-5567
Schweiz		685	-149	651	590	1294	-210	362	688	694
Türkei		180	586	1.251	1.676	1.540	-1.503	428	11	-2.733
USA		245	593	165	791	537	1.602	1.115	391	-793
Russland		1.427	985	1.235	1.386	686	917	247	3	-822
China <sup>4</sup>		162	419	690	624	-263	-440	-173	595	782
<b>Europa</b>		17.363	5.031	4.823	12.114	8.659	11.143	1.579	6.052	669
Euroraum-19		6.411	1.719	1.463	3.390	84	6.965	3.808	2.239	7.577
MOEL <sup>3</sup>		10.002	2.990	3.168	6.165	4.928	2.464	-3.254	3.271	-6.518

**Transaktionen Passiver Direktinvestitionen**

		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
		<i>in Mio EUR</i>								
<b>nach Komponenten</b>										
<b>Transaktionen</b>	Netto	4.933	6.672	1.945	7.636	3.105	4.308	3.452	3.413	-5.504
Eigenkapital	Netto	7.138	3998	1.619	7.418	1.753	5.113	3.553	2.632	-6.533
Neuinvestitionen (+)	Netto	9.210	10.612	14.380	13.825	7.152	11.456	20.334	11.745	5.523
Desinvestitionen (-)	Netto	2.072	6.615	12.761	6.407	5.399	6.343	16.781	9.113	12.056
Reinvestierte Gewinne	Netto	-2.513	-1.206	964	1.839	237	-2.654	-2.564	2.966	3.567
Sonstiges DI-Kapital <sup>2</sup>	Netto	308	3.881	-639	-1620	1114	1849	2463	-2185	-2537
Forderungen (+)	Netto	-641	-303	596	4.012	-279	-265	658	-737	3.872
Verbindlichkeiten (-)	Netto	-334	3577	-43	2.392	835	1.584	3.121	-2.922	1.335
<b>nach Herkunftsregionen</b>										
<b>Global</b>		4.933	6.672	1.945	7.636	3.105	4.308	3.452	3.413	-5.504
<b>EU-28</b>		5.018	2.899	3.795	3.846	2.962	-939	-1.771	7.464	-6.039
Deutschland		4.307	-1.168	-255	2.490	2.466	1.309	-1.421	3.303	448
Italien		668	237	2.418	273	-689	-1.724	-2.013	1.009	-6.893
Vereinigtes Königreich		-36	-74	538	433	-325	430	-1.221	406	-195
Niederlande		-87	176	1.340	-235	485	1.127	1.183	1.617	863
Luxemburg		72	276	134	74	147	1.081	926	916	454
Belgien		-198	319	238	63	-281	-311	24	-38	3
Spanien		682	1.398	289	64	320	-66	-444	71	-79
Frankreich		42	171	197	123	110	-678	196	80	57
<b>Extra-EU-28</b>		-85	3.773	-1.850	3.791	142	5.247	5.223	-4.051	534
Schweiz		419	482	556	701	-355	311	-349	-114	167
USA		-979	2.784	-1.441	-559	-609	-565	155	-3.741	-2.386
Russland		-222	-46	254	591	624	3.663	559	1.044	1.025
Japan		39	-18	-161	174	51	-30	773	294	146
<b>Europa</b>		5.430	3.251	4.400	5.990	3.061	2.954	-1.614	8.758	-4.755
Euroraum-19		4.231	2.549	3.318	3.116	3.038	108	-472	7.040	-5.882
MOEL <sup>3</sup>		-397	-83	24	824	603	3.561	511	1.186	1.016

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Nettogewährung Konzernkredite bei Aktiven Direktinvestitionen: Nettoveränderung der Forderungen abzüglich Nettoveränderung der Verpflichtungen.<sup>2</sup> Nettogewährung Konzernkredite bei Passiven Direktinvestitionen: Nettoveränderung der Verpflichtungen abzüglich Nettoveränderung der Forderungen.<sup>3</sup> Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.<sup>4</sup> Einschließlich Hongkong.

Anmerkung: Bis 2013 endgültige Daten, 2014 und 2015 revidierte Daten, 2016 provisorische Daten.